

Nr. 25

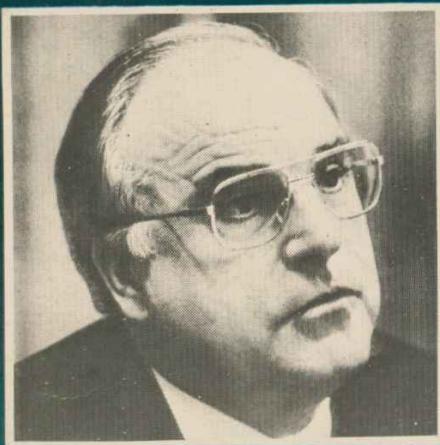
20.-26. Juni 1989

BRD 2,- DM
Österreich 7,- ÖS
Schweiz 1,80 sfr
Westberlin 2,- DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

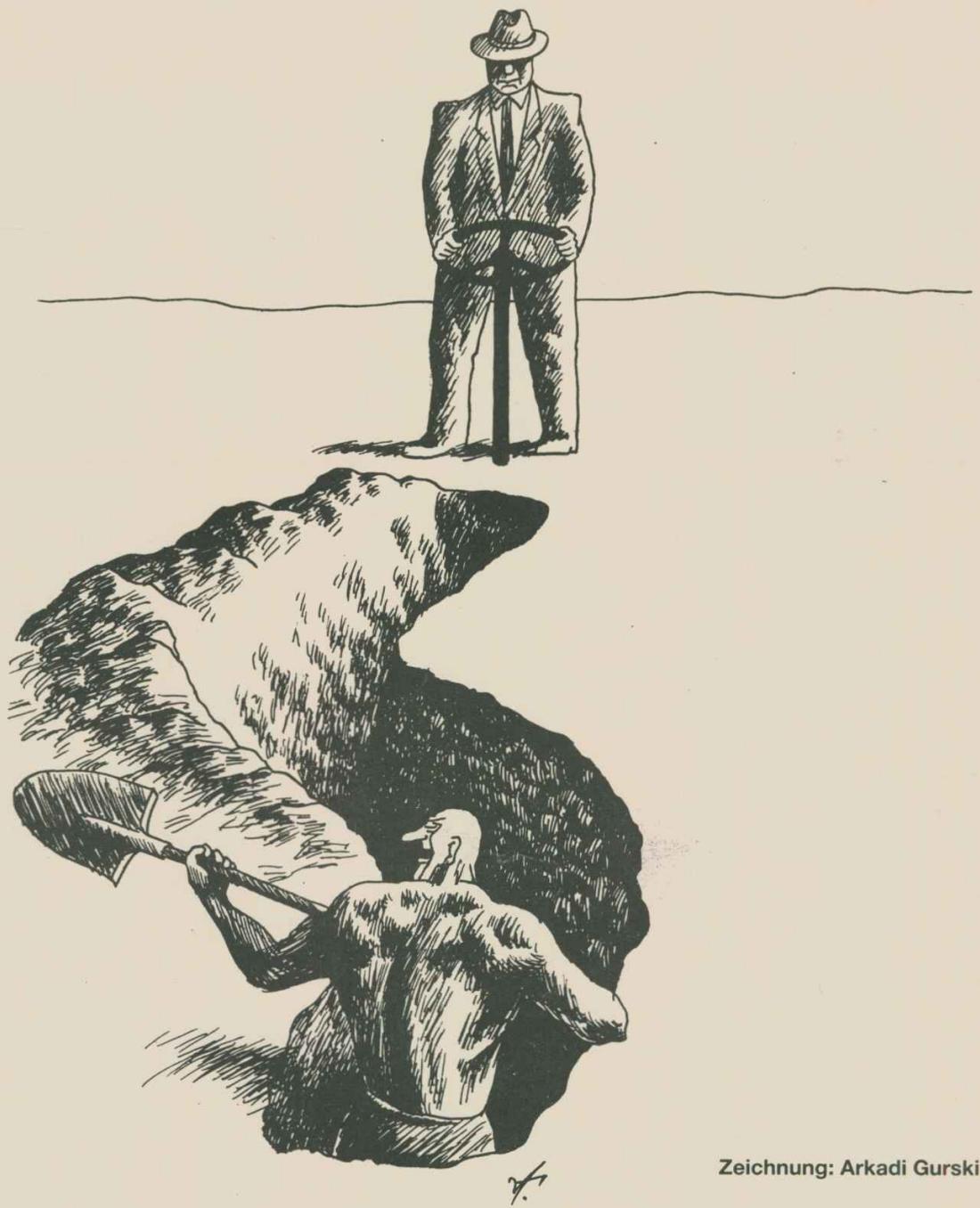
Brauchen wir
heute
Konzessionen?



Für Europa und die Welt

Michail Gorbatschows Besuch in Bonn

Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg: Dogmen und Dorne



Zeichnung: Arkadi Gurski



Der erste Kongress
der Volksdeputierten
hat seine Arbeit
abgeschlossen
S. 8

Peking.
Demonstrationen
sind
auseinandergejagt.
Was weiter?
S. 33



LESERBRIEFE (2), PERSONALIEN (44)

UdSSR – BRD <i>L. Besymenski, N. Sholkwer</i> DER BESUCH – VIEL ARBEIT	4
<i>N. Popow</i> WAS SOWJETISCHE BÜRGER ÜBER DIE BUNDESDEUTSCHEN DENKEN	6
13 TAGE, DIE DAS LAND ERSCHÜTTERTEN Reportage aus dem Kreml	8
BETRACHTUNGEN <i>A. Pumpjanski</i> DIE GABE DER REDE	12
NATIONALITÄTENPROBLEME <i>S. Tscheschko</i> DAS DRAMA	
IM FERGANA-TAL	16
SÜDEN AFRIKAS <i>W. Molew</i> HOFFNUNGEN DER „FRONTSTAATEN“	18
SÜDKOREA – UdSSR <i>Kim Young Sam</i> ORDNUNG AUS CHAOS	20
ABRÜSTUNG <i>O. Grinewski</i> DIE ZWEITE RUNDE IN WIEN	22
WIRTSCHAFT <i>A. Karmen</i> VORAUSSCHAUEN	24
ZEITGESCHICHTE <i>W. Schitow</i> SKF, RAGAS U. A.	26
UdSSR – USA <i>I. Malaschenko</i> UND FÜR 10 JAHRE	
IM VORAUS	29
NEUES DENKEN <i>I. Belikow, I. Raspopow</i>	
SCHICKSAL EINER KONZEPTION	30
POLEN <i>A. Didussenko</i> KONTUREN	
DES KÜNFTIGEN PARLAMENTS	32
CHINA <i>J. Starostenko</i> UNRUHIGE TAGE IM JUNI	33
<i>N. Anin</i> WAS WÜNSCHEN WIR	
DEM CHINESISCHEN VOLK?	34
RECHTSSTAAT <i>L. Mletschin</i> ENTZAUBERTE WELT Drama der Perestroika	
in Personen und Dokumenten	36
FRAUEN – LOGIK <i>T. Iwanowa</i> WOVON WIR SINGEN	40
KULTUR <i>W. Rajtschew</i> IM ANFANG WAR DAS WORT	41
LITERATUR <i>W. Kornilow</i> ICH, EIN DISSIDENT?	42
JUNGE WELT <i>S. Solowejtschik</i> DIE ERZIEHUNG	
VON WEICHENSTELLERN	43
KUNST <i>J. Piwowarowa</i> „DIE ERSTE“ SOLL NICHT	
DIE LETZTE SEIN Eine Genossenschaft unterstützt	
nichtkommerzielle Ausstellungen	46



Das Drama
im Fergana-Tal
S. 16

Umschlag: Igor Schejin

ANSCHRIFT: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl. Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-10-38

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“

NEUE ZEIT

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO

Redaktionskollegium:

Leonid ABRAMOW,

Lew BESYMENSKI,

Vitali GANJUSCHKIN

(stellv.

Chefredakteur),

Sergej GOLJAKOW,

Wladimir

KULISTIKOW

(verantwortl. Sekretär),

Leonid MLETSCHEIN,

Albert PIN,

Dmitri POGORSHESKI,

Alexander PUMPJANSKI

(1. stellv.

Chefredakteur),

Juri SCHEWTSCHENKO,

Viktor STARSCHINOW,

Vitali TSCHERNJAWSKI

(stellv.

Chefredakteur)

Gestaltung:

Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur
der deutschen Ausgabe:

Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier

Jewgeni BOBROW;

Belgrad

Wladimir GRISCHNIJ;

Berlin

Anatoli KOWRIGIN;

Bonn

Nikita SHOLKWER;

Bukarest

Sergej SWIRIN;

Delhi

Sergej IRODOW;

Havanna

Vitali SOBOLEW;

Lusaka

Nikolai RESCHETNJAK;

Managua

Juri KUDIMOW;

New York

Jewgeni ANDRIANOW;

Rom

Pawel NEGOIZA;

Stockholm

Alexander POLJUCHOW;

Tokio

Wladimir

OWSJANNIKOW.

Auslandsredaktionen:

Warschau, "Nowe Czasy"

Jan LYSEK;

Prag, "Nova doba"

Vladimir TRAVNICEK;

Athen, "Nei Keri"

Kostas MICHAELIDES

Leserbriefe

Sergej Rubzow

Workuta, ASSR der Komi

■ Natürlich ist der Kongreß der Volksdeputierten das wichtigste Ereignis im politischen Leben unseres Landes. Er begann nur ein Paar Tage nach der Rückkehr von Michail Gorbatschow aus China. Deshalb haben wir keine Zeit gehabt, da wir unsere Aufmerksamkeit sofort auf den Kongreß lenkten, dieses historische Ereignis gebührend zu werten. Denken wir einmal darüber nach, was damals wirklich geschah. 30 Jahre lang konnten unsere Länder füreinander kein Verständnis aufbringen, sich nicht miteinander einigen. Nur wenige können sich vorstellen, welch tragische Folgen derartige Beziehungen zwischen zwei Nachbarländern hätten haben können. China ist wie die UdSSR eine Großmacht, und davon, wie sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern entwickeln, hängt in vielem das Schicksal der ganzen Welt ab.

Inzwischen wurden Verträge mit den USA und anderen Ländern des Westens abgeschlossen, kamen Gipfeltreffen zustande. Das ist natürlich von enormer Bedeutung. Aber unsere Beziehungen zu China waren viel zu lange unnormal. Ich frage mich manchmal, ob wir nicht auch mit daran schuld sind, daß wir miteinander "koexistierten" und einander nur duldeten, anstelle Beziehungen der Freundschaft, Zusammenarbeit und sozialistischen Integration zu entwickeln? Das ist doch paradox. Ich hoffe nur, daß diese Zeiten endgültig vorbei sind.

W. Stetschischin

Kriegsveteran,

Moskau

■ In diesen Tagen findet das Treffen zwischen Michail Gorbatschow und Helmut Kohl statt. Ich glaube, mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß das Sowjetvolk diesem Treffen eine besondere Bedeutung

beimäßt. In der Geschichte unserer Beziehungen gab es genügend dramatische und tragische Ereignisse. Ich glaube, das ist auch der Grund, warum die sowjetischen Vorschläge zur friedlichen Zusammenarbeit aller Staaten der Welt in Bonn mit so großer Aufmerksamkeit aufgenommen wurden. Davon zeugt auch die Position der BRD hinsichtlich der Modernisierung der taktischen Kernwaffen, worin sie sich von einigen anderen NATO-Ländern unterscheidet. Trotz des Drucks seitens einiger Bündnispartner tritt die BRD zumindest für einen Aufschub der Modernisierung ein. Das ist ein Beweis dafür, daß die BRD und die UdSSR die richtigen Lehren aus der bitteren Vergangenheit ziehen. Das gibt allen Anlaß zu der Hoffnung, daß bei dem Besuch ernstzunehmende Vereinbarungen erzielt werden, die es gestatten, diese traurige Last nicht mit ins 21. Jahrhundert mitzuschleppen.

Juri Malyschew

Furmanow,
Gebiet Iwanowo, RSFSR

■ Ich bin davon überzeugt, daß der neue Oberste Sowjet oder der nächste Kongreß der Volksdeputierten u. a. ein Streikgesetz verabschieden muß. Natürlich sind Streiks das äußerste Mittel, manchmal bieten sie aber die einzige Möglichkeit, seine gesetzlichen Rechte durchzusetzen. Selbstverständlich geht es dabei um friedliche Streiks, bei denen die Forderungen der Streikenden nicht den Rahmen der Verfassung der UdSSR sprengen. Jetzt gibt es kein solches Gesetz, und es besteht die Möglichkeit, daß Menschen, die zu diesem äußersten Mittel greifen, Repressalien ausgesetzt werden, ohne daß man sich über die Ursachen ein Bild macht, die sie dazu gezwungen haben. In solchen Situationen ist es aber meiner Ansicht nach

besonders wichtig, die Gründe zu klären, warum sich die Arbeiter nicht mit der Leitung einigen konnten, ohne in den Streik zu treten, warum die Leitung nicht mit den Untergebenen in Dialog getreten ist. Ich denke, das Streikgesetz sollte einen Punkt über die Verantwortlichkeit von Leitungsfunktionären für Streiks enthalten. Würden sie rechtzeitig den Nöten der Menschen Gehör schenken, dann gäbe es keinen Grund für diesen Ausdruck des Volkszorns. Ein derartiges Gesetz würde die Autorität der Partei in den Augen des Volkes heben.

Reiner Meyer

Magdeburg, DDR

■ Ich möchte einige Gedanken zur Rolle der Presse unter den neuen Entwicklungsbedingungen der sozialistischen Länder äußern. Ich sehe die Scheu, die einige Journalisten bei der Beurteilung negativer Seiten des gesellschaftlichen Lebens zur Schau stellen, wenn sie gewisse Prozesse kritisch einschätzen. Sie wollen ja nicht als Anschwärzer in den Augen ihres eigenen Volkes dastehen. Mir aber scheint, das sollte uns nicht von entschiedenen Maßnahmen abhalten, die die gesellschaftliche Entwicklung fördern, und auch nicht von der Berichterstattung über derartige Maßnahmen. Es wäre sehr schlecht, würden wir vor der eigenen Courage Angst bekommen.

L. Goljas

Stellv. Leiter
der Produktionsverwaltung
der LADA-Werke
Togliatti, RSFSR

■ Unter dem Ansturm von Glasnost fallen die letzten Bastionen verschlossener Themen. Wir haben erfahren, daß wir nicht nur im Bereich der Technik und angewandten Wissenschaft zurückliegen, sondern auch in den Grundlagenwissenschaften. Der Grund dafür besteht in der Monopolisierung der Wissenschaft. Die

**Nicht die eigene
Courage fürchten!**

**Streikgesetz
verabschieden!**

**Limit für Alkohol-
patienten?**

**Wissenschafts-
monopol, wozu?**

Rückständigkeit der monopolisierten Wissenschaft ist ihr eigenes Produkt und leider auch ihr Ziel. Nur der Wettbewerb treibt den Fortschritt voran. Das Monopol-Kommando-System hat sich aber zuverlässig mit ideologischen Mythen abgesichert, z. B. mit der angeblichen Unvereinbarkeit von Sozialismus und Konkurrenz. Wir zerstören diese Mythen. Laßt uns das Monopol in der Wissenschaft zerstören! Es muß die unterschiedlichsten wissenschaftlichen Gesellschaften geben, die frei von jeglicher Druckausübung von oben sind, wo jeder Mensch die Möglichkeit hat, selbst zu wählen, wo und auf welchem Gebiet er sich betätigt, und wo ihm nicht die Formen der Wahrheitssuche aufgezwungen werden.

Isao Ashiba
Tokio, Japan

■ Ich möchte Sie zu dem großen Erfolg beglückwünschen, den der sowjetische Pavillon bei der internationalen Messe in Tokio hatte. Allein schon die Tatsache, daß der Pavillon so viele Menschen angezogen hat, zeugt bereits von dem gewaltigen Interesse der Japaner für die sowjetische Kultur. Einige der ausgestellten Exponate zeugten von dem hohen technologischen Niveau der UdSSR. Aber noch mehr und angenehm war ich vom zuvorkommenden Benehmen und den guten Mähleren der sowjetischen Vertreter beeindruckt, die ich dort zu sehen bekam. Alle meine Bekannten, die sich in verschiedenen Fragen an Ihre Mitarbeiter wandten, waren von deren Professionalismus begeistert.

■ Das schreibe ich als eine Art Präambel zum Wichtigsten: Es ist an der Zeit, daß unsere beiden Staaten einen Friedensvertrag schließen. Je eher das passiert, desto besser. Ich hoffe auch daß sich der Kultur- und



Zeichnung: Viktor Bogorad

der Handelsaustausch zwischen der UdSSR und Japan deutlich entwickelt und dabei ein Niveau erreicht, das unseren beiden Staaten zukommt.

Bernard Kulick
New York, USA

■ In letzter Zeit haben mich einige Ihrer unkritischen Beiträge über kapitalistische Industrieländer gezwungen, mir über die Position Ihrer Presse Gedanken zu machen. Zweifellos gibt es so manches, was Sie von den Ländern des Kapitalismus lernen können, z. B. bei der Organisation der Produktion, auf dem Gebiet der Effektivität der Wirtschaft und sogar bei einigen Formen der Demokratie. Ich verstehe auch, daß früher ausschließlich über die negativen Seiten unseres Lebens berichtet wurde, was man jetzt vermeiden will. Man sollte das allerdings nicht übertrieben. Ja, wir kommen in den Genüß einer umfassenden Demokratie, aber schauen Sie sich doch unsere Kongreßmänner an! Wenn sie nicht reich waren, als man sie wählte, werden sie es nachher. Woher kommen diese Gelder? Das Gericht ist auch nicht so unabhängig. In Texas kostet die Wahl eines Richters eine Million Dollar.

Einen bedeutenden Teil dieser Summe stellen jene Anwälte zur Verfügung, die mit dem Richter bei der Untersuchung zu tun haben. Von wem ist also der Richter abhängig?

Ich möchte Ihnen Erfolg wünschen beim Ausbau einer wahren Demokratie.

Sergej Worobjow
Odessa, Ukr. SSR

■ Heute gibt es wohl kaum ein Pressezeugnis, das noch keinen Beitrag über die Heil- und Arbeits-Prophylaktorien veröffentlicht hätte. Leider haben die Aktionen der Öffentlichkeit keinen Erfolg. Stschelokows Erfahrung verunstaltet weiterhin das Schicksal vieler Menschen, die keine Verbrecher, sondern Kranke sind. Eine derartige Mißachtung der Menschenrechte ist für einen Staat, der ein Rechtsstaat werden will, sehr verwunderlich. Dafür will ich einige Beispiele anführen. Die gesamte Korrespondenz der Patienten-Häftlinge wirdzensiert. Wozu? Man kann doch Wodka nicht in Briefform schicken! Es existiert ein strenges Limit für die Anzahl von Paketen und Verwandtenbesuchen. Eigenartig, diese Bestimmungen, die nach Meinung des Innenministeriums den Heilpro-

zeß fördern, in Wirklichkeit aber die Patienten zu beinahe unbezahlter Arbeit zwingen, ohne jegliche Kontrolle seitens der Gewerkschaften, die es in den Prophylaktorien einfach nicht existieren. Daraus resultieren auch die vielen Lohnabzüge, z. B. für den Unterhalt dieser Einrichtungen und die Heilbehandlung, die aber überhaupt nicht durchgeführt wird. Kürzlich habe ich einem Bekannten ein Päckchen ins Prophylaktorium geschickt. Ich bekam es mit dem Vermerk „Übergewicht“ zurück. Gibt es neuerdings auch noch Gewichtsbeschränkungen?

Doren Ritter
Frankfurt/Oder, DDR

■ Vielen Dank für die Veröffentlichung meines Briefes in Heft 9/89, worin ich um Hilfe bei der Suche nach meiner Freundin Aschenika Aksopjan aus Leninakan gebeten hatte, zu der seit dem schweren Erdbeben in Armenien keine Verbindung mehr bestand. Vielen Dank für die Mühe. Jetzt kann ich Ihnen mitteilen, daß ich meine Freundin wiedergefunden habe. Unsere Freundschaft ist seither noch fester geworden. Vielen Dank nochmals.

Zusammengestellt von
I. Lagunina und T. Tschernowa

Der Besuch – viel Arbeit

Über Michail Gorbatschows Besuch in der Bundesrepublik Deutschland berichten unsere Sonderkorrespondenten

Lew Besymenski, Nikita Sholkwer

Wie wird Weltpolitik gemacht? Dieser Prozeß beschränkt sich schon seit langem nicht nur auf Ministerien und Parlemente. Die Berufsdiplomatie verband sich mit der Volksdiplomatie, und davon sollte man – entgegen den Befürchtungen derjenigen, die die großen Geheimnisse der internationalen Beziehungen zu hüten haben – nur Gewinn haben. Heute sind wir alle mehr oder weniger zu Teilnehmern der Ereignisse geworden: Selbst als Fernsehzuschauer oder Zeitungsleser erlangen die so oft zitierten „einfachen Menschen“ Eigenschaften, die sie aus neugierigen zu Interesse zeigenden, aus Interesse zeigenden zu teilnehmenden Zeitgenossen werden lassen.

Eine solche Besonderheit des politischen Lebens gegen Ende des 20. Jh. wird besonders deutlich bei Gipfeltreffen. Wenn sich Menschen begegnen, von deren Willen und Können in nichtgeringen Maße das Schicksal von Ländern und Kontinenten abhängt, nimmt das kritische Potential der Menschheit sehr schnell zu. Was entscheiden die führenden Repräsentanten? Können sie einander verstehen?

Erst unlängst sagte Michail Gorbatschow auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR, die Zeit der Worte sei vorüber und die Zeit zu handeln gekommen. Derartige Feststellungen sollte man keineswegs auf die Innenpolitik beschränken. Die Außenpolitik der Sowjetunion, so erfolgreich sie in den letzten Jahren auch gewesen sein mag, braucht neue Aktivitäten, eine praktische Weiterentwicklung. Und obwohl der Zeitpunkt des Besuchs in der Bundesrepublik schon lange vor der Festlegung des Zeitplans für den ersten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR in Moskau bestimmt war, gelangten beide Ereignisse nolens volens in die gleiche Kategorie der internationalen Politik.

Vorbereitung und Ergebnis

Jedes Gipfeltreffen, an dem Michail Gorbatschow teilnimmt, hat seinen eigenen Charakter, der nicht nur vom Protokoll vorgegeben ist. Doch kein böses Wort über das Protokoll! Wenn ein Salut von 21 Schüssen protokollarisch sein muß – dann bitte schön. Da es nur einmal üblich ist, Essen in Festsaalen zu geben – dann soll das auch so sein, obwohl das Protokoll des 21. Jh. sicher einfacher und ungezwungener sein wird. Nicht von ungefähr sorgte der höchste Repräsentant der Sowjetunion für einige Aufregung bei denjenigen, die für seine persönliche Sicherheit verantwortlich sind, indem er den Wagen plötzlich verließ und sich unter die Menge mischte. Möglicherweise können sich viele von uns

kaum vorstellen, wie schwer und angespannt eine solche Begegnung ist. Die Arbeit beginnt ja keineswegs erst in dem Augenblick, wenn der Begrüßungssalut ertönt.

„Wann begann für Sie der Gorbatschow-Besuch?“ fragten wir einen Mann, der in alle Geheimnisse der diplomatischen und politischen Prozedur eingeweiht ist, den Außeror-

neue Ideen tauchten auf. Während der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse bei seinem Bonn-Besuch im April sechs Abkommen zu verschiedenen Bereichen der Zusammenarbeit erwähnte, wurden am 13. Juni im Bundeskanzleramt elf Abkommen und das Grundsatzdokument unterzeichnet, von dem der Botschafter sprach.



Im Sitz des Bundespräsidenten

Foto: TASS

dentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Sowjetunion, Andreas Mayer-Landrut.

„Er begann für mich bereits im Oktober 1988, als der Bundeskanzler und der Generalsekretär bei der Begegnung in Moskau ein Treffen in Bonn vereinbarten. Beide Besuche bilden ja eine Einheit...“

„Bei allen organisatorischen, protokollarischen und Sachfragen behalten die Hauptbeteiligten das entscheidende Wort. Das war deutlich bei der Vorbereitung auf den Gorbatschow-Besuch und besonders bei der Ausarbeitung der gemeinsamen politischen Erklärung, in der die Prinzipien für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland dargelegt sind. Als die ersten Entwürfe fertig waren, sprach mit mir nicht nur der Kanzler. Kürzlich, beim Moskau-Besuch des SPD-Vorsitzenden Hanz-Jochen Vogel, nahm mich Herr Gorbatschow zur Seite und äußerte einige Bemerkungen zu dem Entwurf. Das war sozusagen eine Vorbereitung auf höchster Ebene...“

Ja, Diplomaten und Politiker beider Länder haben lange und angespannt daran gearbeitet. Die Formulierungen wurden ausgefeilt,

Allein schon eine einfache Aufzählung der unterzeichneten Dokumente kann eine Vorstellung von der Breite der neuen Qualität der bilateralen Beziehungen geben. Ein Abkommen über die Einrichtung und Tätigkeit von Kulturzentren der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Ein Abkommen zur Förderung und zum Schutz von Investitionen. Ein Abkommen über die Aus- und Weiterbildung sowjetischer Fachleute. Über Kontakte in Wissenschaft und Hochschulwesen, über einen Schüler- und Lehreraustausch. Über Jugendaustausch. Über die Ausbildung von Fachleuten im Bereich des Arbeitsschutzes. Über Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Rauschgiftsucht. Über die Einrichtung einer Direktverbindung zwischen dem Kreml und dem Bundeskanzleramt und über die Einrichtung von Wirtschaftszentren. Über die Rückgabe der Hanse-Archive...

Wie man sieht, ein fürwahr umfassendes, interessantes, vielseitiges Programm. Da fragt sich nur, warum es nicht früher ausgearbeitet wurde? Und was soll da der Besuch – hätte man denn nicht jedes Abkommen einzeln unterzeichnen können? Die Verfasser dieses Beitrages, die über eine gewisse

Kenntnis der diplomatischen und politischen Mechanismen auf beiden Seiten verfügen, erlauben sich folgende Feststellung: Bislang braucht der Prozeß der Zusammenarbeit noch starke Impulse. Er verfügt noch nicht über eine ausreichende innere Dynamik. Doch die kann man entwickeln.

Was hätte Adenauer gesagt?

Liest man die Erklärung, die in Bonn von Michail Gorbatschow und Helmut Kohl (der sich als politischer Enkel Adenauers versteht), unterzeichnet wurde, dann muß man sich unwillkürlich an den enormen geschichtlich-politischen Weg erinnern, den unsere beiden Länder in den vergangenen 40 Jahren zurückgelegt haben. Die Bundesrepublik Deutschland beging 1989 ihren 40. Geburtstag, und das Bonner Dokument zieht eine völlig ungewöhnliche Bilanz, die sich offenbar die Väter des Grundgesetzes der Bundesrepublik, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat, nicht hätten träumen lassen. Die damaligen Führer der CDU, für die der kalte Krieg ihr Lebenselixier war, hätten wohl nicht geahnt, daß ihre Nachfolger 40 Jahre später mit der Sowjetunion eine Erklärung über gemeinsame Werte unterzeichnen, die unsere Länder vereinen und ihr gemeinsames Handeln zum Wohl Europas, des Friedens und der Prosperität auf dem Kontinent bestimmen.

Doch falsche Rücksicht ist hier nicht angebracht: Ach wie schön, wie lieb doch alle geworden sind. Alle sind nur anders geworden. Unser Land und seine Außenpolitik, die sich der Mühe unterzogen hat, die Probleme der Nachkriegszeit zu bereinigen, haben einen enormen Weg zurückgelegt.

Nicht weniger schwer war der Weg der bundesdeutschen Politik. 1955 rief Konrad Adenauer auf einer Pressekonferenz im Hotel "Sowjetkaja" aus:

"Nein, wir wollen nicht nur diplomatische, sondern auch gute Beziehungen herstellen..."

Damals konnte man den Gesichtern der Versammelten bestenfalls Skepsis, wenn nicht gar ein spöttisches Lächeln entnehmen – alle erinnerten sich an seine Erklärung von der „Befreiung Osteuropas“. Der greise Kanzler hatte letztlich doch die Friedensliebe der Sowjetunion anerkannt. Der objektive Gang der Entwicklung, die Logik des europäischen politischen Prozesses führten die Bundesrepublik auf andere Gleise.

Wer am stürmischen Beginn der 70er Jahre die Ereignisse in Bonn verfolgte, erinnert sich an jene euphorische Stimmung, die die äußerlich gleichgültige bundesdeutsche Gesellschaft im Zusammenhang mit der Ost-Politik der Regierung Brandt/Scheel erfaßte. Auch die dramatische Spannung im Plenarsaal des Bundestages, von dem das Schicksal der Ost-Verträge abhing, ist unvergessen. Heute ist das Geschichtliche. Der Moskauer Vertrag, die Verträge mit der VR Polen und der CSSR sowie der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik gelten heute alle als etwas Selbstverständliches. Ein namhafter SPD-Politiker, Andreas von Bülow, sagte uns, jetzt gebe es in dieser Frage vollständige Übereinstimmung zwischen der Regierungskoalition und den Parteien der Opposition. Von einem anderen langjährigen Beobachter der Bonner Szene hörten wir folgende Einschätzung:

"Die in Bonn unterzeichnete gemeinsame Erklärung ist für die CDU eine Art zweiter Moskauer Vertrag..."

Karl Lamers, ein bekannter CDU-Politiker und Bundestagsabgeordneter, ist da etwas anderer Meinung:

"Nein, für meine Partei reicht ein Vertrag durchaus. Erist nun bereits fast 20 Jahre Orientierungspunkt der Bonner Ostpolitik. Um so wertvoller und überzeugender ist die gemeinsame Erklärung, die sich spürbar von traditionellen Communiques, die nach derartigen Besuchen angenommen werden, unterscheidet. In ihr sind die gemeinsamen Aufgaben der UdSSR und der Bundesrepublik, mit denen sie in Europa konfrontiert werden, formuliert..."

"Wir können der Welt ein Beispiel geben für das Zusammenleben der Systeme, für system-öffnende Zusammenarbeit". Diese Worte von Hans-Dietrich Genscher, der einen großen Beitrag zum Erfolg der Verhandlungen leistete, sind durchaus auf die Ergebnisse des Bonner Treffens übertragen.

Die Bonner Erklärung sorgt für mehr als nur „Verhaltensregeln“ in den Beziehungen zwischen unseren Ländern. Worin liegt ihre grundlegende Bedeutung? Auf diese Frage antwortete Michail Gorbatschow wie folgt:

"Das ist das erste Dokument solchen Charakters und von dieser Größenordnung, in dem zwei bedeutende europäische Staaten, die verschiedenen Systemen und Bündnissen angehören, versuchen, den gegenwärtig von der Weltgemeinschaft durchlebten Moment philosophisch zu bewerten und gemeinsam die Ziele ihrer Politik zu umreißen."

Etagen des europäischen Hauses

Der Bundeskanzler bemerkte dieser Tage, man könne sich nur schwer eine günstigere Zeit für den Besuch denken als jetzt. Doch mit nicht geringerem Recht kann man sagen, daß man sich nur schwer eine größere Verantwortung für die Politiker beider Länder denken kann als diejenige, die auf ihnen lastet – vor ihren Ländern, vor Europa.

Natürlich ist die Zeit günstig. Alle Meinungsforschungsinstitute sprechen von einem Höhepunkt der Beliebtheit Michail Gorbatschows in der Bundesrepublik. Die Situation ist besonders günstig für die Aufnahme sowohl der sowjetischen Außenpolitischen Ideen als auch für das Verständnis der Sowjetunion selbst. Allerdings läßt, um offen zu sein, die Informiertheit der bundesdeutschen Öffentlichkeit über unsere innenpolitischen Prozesse, über den kürzlichen Kongreß der Volksdeputierten noch quantitativ wie qualitativ zu wünschen übrig.

Das Leben selbst läßt alte und neue Konzeptionen aufeinanderprallen. Zwei Ereignisse fielen zeitlich buchstäblich zusammen: die Veröffentlichung der Erklärungen Moskaus über eine weitere Kürzung der Rüstungsausgaben – und der Beschuß der NATO, alle ihre Mitgliedsländer würden die Rüstungsausgaben jährlich um 3% anheben. Unschwer ist zu erkennen, daß die Sympathien der bundesdeutschen Öffentlichkeit auf Seiten der sowjetischen Entscheidung sind. Andreas von Bülow sagte uns:

"Es ist einfach absurd. Die UdSSR schickt sich an, ihre Rüstungsausgaben entscheidend zu kürzen, die NATO aber steigert sie, obwohl sie auch ohnehin jedes Jahr um 20% mehr für militärische Zwecke ausgibt als der Warschauer Pakt. Wo ist denn da die Logik?"

Die Zeiten aber ändern sich. Nach Jahrzehnten, in denen immer wieder von „Druck aus dem Osten“ gesprochen wurde, stellt sich

heraus, daß der Druck von einer ganz anderen Seite erfolgt. Die Bundesrepublik wird von vielen amerikanischen und britischen (erst recht französischen) Politikern aller Todsünden verdächtigt. Wie sich herausstellt, legt die Bundesrepublik „ihr Schicksal in die Hände des Ostens“ (William Safire, „New York Times“) und distanziert sich „von den West-Bindungen“ (Anthony Hartley, „Sunday Telegraph“). Spricht man über dieses Thema mit Bonner Politikern, so spürt man offene Gereiztheit. Die Treue der Bundesrepublik zum westlichen Bündnis wird hier nicht in Frage gestellt. Und auch Taten im „guten atlantischen Geist“ gibt es mehr als genug. An die Adresse der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder werden oft Tiraden gerichtet, die in der Zeit des kalten Krieges eher angebracht gewesen wären. Doch in Bonn stellt man sich immer mehr die Frage, wie sich die NATO in der neuen Situation in Europa zu verhalten habe. Man macht sich am Rhein Gedanken über die Rolle der Bundesrepublik beim Bau des gesamteuropäischen Hauses, und dieser Begriff ist dort bereits fest in den Wortschatz eingegangen.

Die Diskussionen auf höchster Ebene waren aber alles andere als idyllisch. Die Standpunkte blieben in vielen Fragen ungeachtet der Annäherung verschieden. Es ging selbstverständlich um den Abrüstungsprozeß, um die Nuklearwaffen, um so mehr, als daß die NATO unlängst nach langer Überlegung ihre Erklärung verabschiedete und Präsident Bush mit seinen Vorschlägen auf die Initiativen des Warschauer Vertrages antwortete. Doch um den Militarisierungsprozeß in Europa zu stoppen, fehlt es noch an vielen. Der sowjetische Gast war aufrichtig: Ihn beunruhigt das Bestreben, die Politik der nuklearen Abschreckung und somit die nukleare Bedrohung zu verewigen.

„Eine Friedensregelung in Europa“, meinte Michail Gorbatschow, „verlangt nicht nukleare Abschreckung, sondern Eindämmung der Nuklearwaffen, noch besser – ihre Vernichtung..."

Vor- und Nachteile

Bei seinem Besuch widmete Michail Gorbatschow den bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik als leistungsstarker Industriemacht besondere Aufmerksamkeit. In Köln sprach er mit bundesdeutschen Industriekapitänen, in Bonn und Stuttgart informierte er sich über die neuesten Errungenschaften der Technik, in Dortmund besuchte er den Hoesch-Konzern und traf mit Arbeitern zusammen. Und könnte es auch anders in einem Land sein, dessen industrielle Entwicklung es auf einen der ersten Plätze in der Welt geführt hat?

Natürlich mußte man nicht bei Null anfangen. Die Wirtschaftsverbindungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik gehören zu den traditionsreichsten und intensivsten in den gesamteuropäischen Wirtschaftskontakten.

Sowjetische Publizisten und Wirtschaftswissenschaftler wiederholen nur zu gern, daß die Bundesrepublik der größte Handelspartner der Sowjetunion unter den westlichen Ländern ist. Doch von Bonn aus nimmt sich die Situation anders aus. Der Anteil des Handels mit der UdSSR am Außenhandelsvolumen der Bundesrepublik betrug 1985 nur 2,4% und ging dann gar auf 1,8% zurück. Wie wenig dies ist, verdeutlicht allein schon die Tatsache, daß

der Anteil des Handels mit der kleinen Schweiz 5,5% ausmacht. Was nun bremst die Entwicklung der beiderseitig vorteilhaften geschäftlichen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik?

Offen sucht man alle Schwierigkeiten durch die COCOM-Verbotslisten zu erklären, die die Lieferung von Hochtechnologie in die sozialistischen Länder verbieten. Tatsächlich wurde eine ganze Reihe vielversprechender Verträge gerade aus diesem Grund nicht unterzeichnet. Und doch, wie unsere bundesdeutschen Gesprächspartner erklären, besteht eines der Hauptprobleme darin, daß die Sowjetunion nur relativ wenig Waren für den westlichen Markt anzubieten hat. Der überwiegende Teil des sowjetischen Exports aber besteht nach wie vor aus Rohstoffen und Energieträgern – aus Erdöl und Erdgas.

Über 20 Jahre steht Friedrich-Wilhelm Christians, früher Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, mit sowjetischen Partnern in Geschäftsbeziehung. In der Zentrale der Bank in Düsseldorf berichtete er uns über die langjährigen Handelstraditionen von Deutschen und Russen, über die so gesammelten – positiven wie negativen – Erfahrungen. Christians schätzt die jetzige Situation insgesamt optimistisch ein. Während früher Lieferungen von Waren und Dienstleistungen dominierten, verlagert sich jetzt das Schwerpunkt hin auf die Zusammenarbeit in Form der gemeinsamen Leitung von Industriebetrieben. Der Abschluß von Verträgen über gemeinsame Unternehmen bedeutet, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit eine

neue organisatorische Qualität erlangt.

„Von 1985 bis 1987 kam es im sowjetisch-bundesdeutschen Handel zu einem spürbaren Rückgang. Wie erklären Sie das?“

„Durch den Fall der Erdölpreise und den Dollar-Kurs. Während des Ölbooms machte die Sowjetunion enorme Einnahmen, ohne dafür im Grunde etwas zu tun. Man sprach mir gegenüber von 170 Md. Petrodollar, die die UdSSR unter Leonid Breschnew erhielt. Die sowjetische Führung kam damals zu dem falschen Schluß, daß Energieträger das Wichtigste seien, daß dies eine zuverlässige und langfristige Einnahmequelle sei. Andere Bereiche und die Effektivität der Produktion wurden vernachlässigt. Doch in jenen Jahren überdeckte der Ölreichtum tatsächlich Schwächen. Jetzt müssen Sie natürlich die Fehlentwicklungen abstellen.“

So habe ich viele Jahre Verhandlungen mit sowjetischen Partnern geführt, wobei ich unsere Zusammenarbeit zur Überwindung von Schwierigkeiten bei der Produktion von Konsumgütern anbot. Ein Konsortium bundesdeutscher Banken gewährte der UdSSR für diese Zwecke einen Kredit von mehr als 3 Md. D-Mark. Doch man hat es nicht eilig, von dem Geld Gebrauch zu machen. Im letzten Jahr schlug ich Ihrer Regierung folgende Variante vor: Wir nehmen unverzüglich umfassende Lieferungen von Konsumgütern auf und modernisieren gleichzeitig grundlegend die sowjetische Leichtindustrie, um innerhalb von 2 bis 3 Jahren allmählich die bundesdeutschen Waren durch entsprechende sowjetische Produkte zu ersetzen. Doch die sowjeti-

sche Seite erklärte, sie werde schon irgendwie selbst dieses Geld auszugeben verstehen.“

„Während Michail Gorbatschows Bonn-Besuch wurde ein Abkommen zur Förderung und zum Schutz von Investitionen unterzeichnet. Welche Bedeutung messen Sie diesem Abkommen bei?“

„Eine wesentliche. Das Abkommen soll die psychologische Bereitschaft beider Länder mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen demonstrieren, gegenseitige Kapitalinvestitionen zu garantieren. Investitionschutzabkommen ist kein neuer Begriff in der internationalen Wirtschaftspraxis. In der Regel werden solche Abkommen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern geschlossen. Die Sowjetunion gehört nicht zu letzteren, doch ihr Wirtschaftssystem unterscheidet sich von unserem. So gibt es in der UdSSR kein Privateigentum an den Produktionsmitteln, doch von einem bundesdeutschen Geschäftsmann, der ein gemeinsames Unternehmen aufbaut, erwartet man natürlich Investitionen. Dafür muß er die Gewißheit haben, daß keine staatliche sowjetische Einrichtung ihm seine Investitionen nehmen kann. Man muß viel Geduld und gegenseitiges Vertrauen haben, um die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder stabil zu entwickeln.“

Manager haben das Wort

In diesem Zusammenhang sollte man einem

Was sowjetische Menschen über die Bundesdeutschen denken

Das Unionszentrum für das Studium der öffentlichen Meinung führte eine Umfrage unter der Bevölkerung unseres Landes über die Einstellung zur Bundesrepublik Deutschland und den dort lebenden Menschen durch.

Dr. phil. habil. (Historiker)

Nikolai Popow

Ein Umfrage zufolge haben 93 Prozent der von uns Befragten nie Bundesdeutsche getroffen, sich mit ihnen unterhalten, und Hauptquelle ihrer Kenntnisse von diesem Land ist die Presse. 71 Prozent nannten als wichtigste Informationsquelle über die Bundesrepublik das Fernsehen, 50 Prozent die Presse, 13 Prozent Eindrücke von Freunden und Bekannten, die die BRD besucht hatten. Die Menschen wollen Informationen über dieses Land aus erster Hand erhalten, da sich mehr als 90 Prozent der Befragten für die sowjetisch-bundesdeutschen

Beziehungen interessieren und 65 Prozent der Befragten die Bundesrepublik besuchen möchten.

Wir meinten, eine wichtige Frage sei, inwieweit die heutige Bundesrepublik Deutschland in den Vorstellungen sowjetischer Menschen mit dem letzten Krieg in Verbindung gebracht wird. 48 Prozent teilten in ihren Antworten mit, bei der Erwähnung der Bundesrepublik würden sie in der Regel an den Großen Vaterländischen Krieg denken, bei 40 Prozent stellte sich eine solche Assoziation nicht ein. Hier unterscheiden sich die Stimmen verschiedener Generationen merklich: 71 Prozent der über 60jährigen müssen,

wenn die BRD erwähnt wird, an den Krieg denken – gegenüber 25 Prozent bei den 18- und 19jährigen.

Nichtsdestoweniger wecken die Erinnerung an den Krieg und die Assozierung der BRD mit ihm nicht automatisch negative Gefühle gegenüber diesem Land und seinen Bewohnern. Eine Umfrage zeigte, daß die Haltung der sowjetischen Menschen gegenüber den Bundesdeutschen vor allem als positiv zu bezeichnen ist: 34 Prozent insgesamt „positiv“, 43 Prozent „neutral“, 6 Prozent „negativ“ und 13 Prozent wußten nicht, was sie antworten sollten. Eine positive Haltung ist am stärksten unter den Jüngsten der Befragten verbreitet und nimmt mit zunehmendem Alter ab – von 55 auf 32 Prozent.

In unserer Umfrage wurden 28 verschiedene Charakterzüge angeboten, unter denen die Menschen die ihrer Meinung nach für die Bundesdeut-

schens, die Amerikaner und für uns selbst als typisch zu wählen hatten. Die ersten drei Züge, die von der größten Zahl der Befragten gewählt wurden, waren: Die Bundesdeutschen sind diszipliniert und zurückhaltend (62 Prozent), fleißig und strebsam (61 Prozent), höflich (43 Prozent). Die Amerikaner sind aktiv und energisch (64 Prozent), progressiv (45 Prozent), fromm (44 Prozent). Die sowjetischen Menschen sind friedliebend (75 Prozent), freundlich und hilfsbereit (74 Prozent), patriotisch (68 Prozent).

Insgesamt nehmen sich die Vorstellungen der sowjetischen Menschen von den Bundesdeutschen ebenso wie von den Amerikanern recht attraktiv aus.



Internationales

Friedens-
barometer

der Abkommen Beachtung schenken, die jetzt in Bonn unterzeichnet wurden – über Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung sowjetischer Fachleute und von Spitzenkräften der Wirtschaft.

Vor allem kümmert sich die in Köln ansässige Carl-Duisburg-Gesellschaft, die vor 40 Jahren von bundesdeutschen Unternehmern ins Leben gerufen wurde, um die Verwirklichung der Abkommen.

„Wir sind eine Art Vermittlungsbüro zwischen Wirtschaft und Staat“, erläutert Ludwig Harbusch, Leiter der Abteilung für internationale Managementausbildung. „Hauptaufgabe der Gesellschaft ist Hilfe bei der Ausbildung von Wirtschaftskräften aus Entwicklungsländern sowie die Fortbildung von Managern aus Industrieländern in Ost und West.“

Bei der Vorbereitung von Kohls Moskau-Besuch 1988 schlug die Carl-Duisburg-Gesellschaft ihr Projekt für die Ausbildung sowjetischer Manager in der Bundesrepublik vor.

„Unser Vorschlag wurde akzeptiert“, fährt Herr Harbusch fort. „Überdies versprach Helmut Kohl in Moskau großzügig, jährlich bis zu 1000 sowjetische Wirtschaftswissenschaftler in der Bundesrepublik auf Kosten der Bundesregierung auszubilden. Ehrlich gesagt, waren wir von einer bescheideneren Zahl ausgegangen. Doch da es der Kanzler versprochen hat, muß Wort gehalten werden, um so mehr, da das Auswärtige Amt das Programm finanziert wird.“

Und hier eine Einschätzung sowjetischerseits: Sie stammt von Wjatscheslaw Komkow, Professor an der Akademie für Volkswirtschaft der UdSSR. Er nahm kürzlich an einem von der

Carl-Duisburg-Gesellschaft organisierten Seminaren teil.

„Mit der Ausbildung sowjetischer Manager im Westen“, sagte Prof. Komkow, „begann man bereits in den 70er Jahren. Doch auf eine so feste Grundlage stellen wir sie erstmals. Die sowjetischen Betriebe müssen jetzt umfassend westliche Märkte erobern, wir aber kennen sie nicht gut genug. Bei der Schaffung von auf die Auslandsmärkte orientierten Leitungssystemen in der UdSSR erlangt eine Ausbildung im Westen praktische Bedeutung. Für mich aber war es besonders nützlich, alles kennenzulernen, was bei der Schaffung und Arbeit gemeinsamer Unternehmen helfen kann. Die Gründung gemeinsamer Unternehmen eröffnet den Weg zur Zusammenarbeit mit mittleren und kleinen Betrieben der Bundesrepublik. Zu dem, was uns sehr fehlt...“

Interessenausgleich

Michail Gorbatschows Reise in die Bundesrepublik dauerte vier Tage, und viele waren darüber enttäuscht, daß sie nicht ins offizielle Programm gelangten. Hamburg und Bayern wurden ausgeklammert, der sowjetische Präsident konnte nicht mit allen Politikern sprechen und erst recht nicht die vielen Familien besuchen, die die sowjetische Botschaft mit liebenswürdigen Einladungen überschüttet hatten. Sicher bedauerte auch der Gast selbst, daß ihm so wenig Zeit blieb, um das Land kennenzulernen. Dafür arbeitete Michail Gorbatschow in diesen Tagen überaus hart.

Natürlich ist der Nutzen solcher Besuche nicht gleich voll zu erkennen. Man muß hoffen, daß beide Seiten dies nur zu gut verstehen. Man muß die Schwierigkeiten, die in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik unvermeidlich sind, nüchtern einschätzen. Um so größere Bedeutung erlangt die bereits entstehende und durchaus konkrete Infrastruktur der Beziehungen beider Länder im Rahmen des gesamteuropäischen Hauses.

Diplomaten und Politiker hatten vor und während des Besuchs alle Hände voll zu tun. Jetzt werden sie umfassende Unterstützung von jenen gesellschaftlichen Gruppen erfahren, deren Einbeziehung in diese Infrastruktur durch die neuen Abkommen vorgesehen ist. Es handelt sich um Manager und Schüler, führende Vertreter von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, Geschäftsleute und Pädagogen, Wissenschaftler und Militärs. Im nächsten Heft werden wir unseren Lesern berichten, wie der Gorbatschow-Besuch in der Bundesrepublik bewertet wurde. Doch das eine ist schon jetzt klar: Der Besuch wurde zu einer Fortsetzung und Verwirklichung der außenpolitischen Prinzipien, die Michail Gorbatschow auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR formuliert hatte. Erinnern Sie sich? „Nicht Konfrontation, sondern Dialog und Verhandlungen mit dem Ziel eines Interessenausgleichs...“ Das vor allem bestimmte die Atmosphäre und die Ergebnisse des Besuchs.

BONN

26 Prozent der sowjetischen Menschen bewerteten die bundesdeutsche Außenpolitik „eher positiv“, 16 Prozent „eher negativ“ und 58 Prozent waren unentschieden.

Offenbar ist die Frage, ob von einem Land eine militärische Gefahr ausgeht, entscheidend bei der Einschätzung der Außenpolitik des Landes. Die Antwort auf diese Frage bezüglich der Bundesrepublik gab folgende Ergebnisse: 11 Prozent meinten, es „bestehe eine militärische Bedrohung der UdSSR seitens der BRD“, 54 Prozent waren der Ansicht, eine solche Gefahr gebe es nicht, und 35 Prozent waren unentschieden. Dabei war die Vorstellung, daß es eine solche Gefahr gibt, am stärksten bei den 55- bis 59jährigen und am schwächsten bei den 20- bis 29jährigen vertreten. Insgesamt kann man sagen, daß das Gefühl einer von der BRD ausgehenden Gefahr heute in unserem Land nur schwach verbreitet ist.

Bei der Antwort auf die Frage nach dem Kräfteverhältnis zwis-

schen den Ländern der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages meinten die meisten sowjetischen Menschen, ihre militärische Macht sei etwa gleich – so denken 58 Prozent, 11 Prozent sind der Meinung, die Länder des Warschauer Vertrages seien stärker, und 7 Prozent – die der NATO. 23 Prozent beantworteten die Frage nicht. Übrigens lauteten die Antworten von Bewohnern der Bundesrepublik auf die entsprechende Frage im vergangenen Jahr wie folgt: 44 Prozent meinten, es bestehe ein Gleichgewicht, 14 Prozent – die NATO sei stärker, 30 Prozent – die Länder des Warschauer Vertrages seien stärker, und 12 Prozent waren unentschlossen.

Was die möglichen Schritte zum weiteren Abbau der Kriegsgefahr angeht, so begrüßten die sowjetischen Menschen ebenso wie die Bundesdeutschen in der überwiegenden Mehrheit die Idee des Abzuges sowohl der sowjetischen als auch der amerikanischen Truppen vom Territorium ihrer Ver-

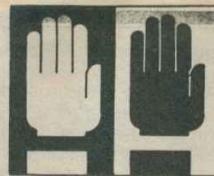
bündeten in Europa: Für einen solchen Schritt sprachen sich 90 Prozent der sowjetischen Menschen und 76 Prozent der Bundesdeutschen aus.

Die sowjetischen Menschen verbinden in ihrer Einschätzung des Standes der Ost-West-Beziehungen diese so oder so mit den Prozessen, die sich im eigenen Land vollziehen. Eine bedeutende Mehrheit meint, ein Erfolg der Reformen in der UdSSR werde eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Ost-West-Zusammenarbeit bei der Lösung globaler Fragen wie der Bekämpfung des Hungers und beim Umweltschutz sein. Insbesondere sprachen sich 82 Prozent für die Entwicklung der sowjetisch-bundesdeutschen Zusammenarbeit beim Umweltschutz aus. Noch größer – über 90 Prozent – ist die Unterstützung für die Weiterentwicklung des Kulturaustausches, für Tourismus und besonders für den Jugendaustausch. Auch die Idee der Schaffung gemeinsamer Unternehmen, der Zusammenarbeit

bei der Produktion von Konsumgütern ist populär. Am geringsten ist die Unterstützung für Zusammenarbeit bei der Raumforschung und der Kernenergie.

Insgesamt zeigten die Umfragen, daß die Haltung der sowjetischen Menschen zur Bundesrepublik und zu ihren Einwohnern weitgehend positiv, von Respekt vor dem deutschen Volk und von der hohen Wertschätzung für Erfolge der Bundesrepublik in vielen Bereichen der Wirtschaft und der Kultur, vom Streben nach der weiteren Verbesserung der Beziehungen und der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen gekennzeichnet ist.

Die Umfrage erfolgte im Auftrag des Verlages des Magazins „Stern“ und basierte weitgehend auf dem gleichen Schema wie die Meinungsumfrage in der Bundesrepublik, die vom SINUS-Institut aus München im Auftrag des „Stern“ am Vortag des Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl im vergangenen Herbst in der Sowjetunion vorgenommen wurde.



Unsere Sonderkorrespondenten berichten aus dem Kreml

13 Tage, die das Land erschütterten

13 Tage lang hielt das Land den Atem an und verfolgte das Geschehen im Kreml an Radios und Fernsehern. Freude und Empörung, Zustimmung und Ablehnung wurden geäußert.

13 Tage lang fieberte der Kongreß über die Probleme des Landes. Wir spürten seine innere Spannung.

Nun ist alles vorbei. Oder fängt es erst an?

Wir wollen versuchen, Bilanz zu ziehen, und schließen damit die in den Heften 23 und 24 begonnene Diskussionsreportage ab. Uns NZ-Sonderkorrespondenten hat der Kongreß so in den Bann geschlagen, daß wir manchmal vergaßen, nur unvoreingenommene Berichterstatter zu sein. Wir fieberten mit den Ideen und ihren Autoren, als wären es unsere eigenen.

Galina Sidorowa. Der Meinungspolarismus während der Diskussion kommt natürlich auch bei der Beurteilung der Resultate des Kongresses zum Ausdruck. Einige sind optimistisch, andere weniger. Es gibt auch Pessimisten. Das ist ganz normal, denn ganz unterschiedliche Deputierte und Abordnungen hatten sich im Sitzungssaal des Kongresses versammelt. Wir sprachen bereits darüber, daß der Kongreß auf seine Weise das Kräfteverhältnis in unserer Gesellschaft widerspiegelt. Die Diskussionsbeiträge einiger Deputierter, so mein Eindruck, klangen wie Zukunftsmusik. Die Mehrzahl der Deputierten, vielleicht auch der überwiegende Teil unserer Gesellschaft, sind noch nicht bereit, diese Ideen zu übernehmen oder zumindest ernsthaft zu durchdenken, egal ob es sich dabei um politische oder ökonomische

Reformen handelt. Aber gerade diese Leute regen uns zum Nachdenken an und rütteln das gesellschaftliche Bewußtsein wach, daß man Jahrzehntelang eingelullt hat.

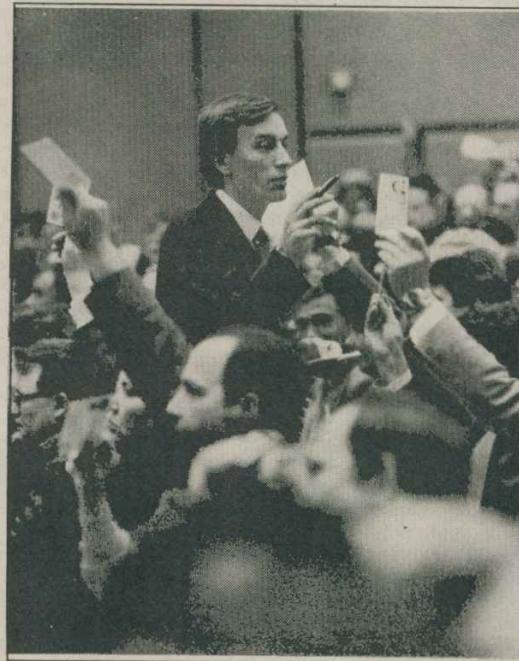
Ein weiterer wichtiger Moment besteht darin, daß wir aus den bitteren Erfahrungen Chinas lernen müssen. Wir sehen heute, zu welch schlimmen Folgen es führt, wenn die ökonomische Reform nicht von Reformen auf politischer Ebene begleitet wird. Bei uns zeichnet sich ein umgekehrtes Bild ab, das seinerseits auch die Gefahr öffentlicher Unmutsäußerungen in sich birgt. Deshalb konzentrierten die Deputierten in den letzten Tagen des Kongresses ihre Aufmerksamkeit auf die Wege der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, um die gegenwärtige Krise zu überwinden.

Juri Schewtschenko. Das Handlungsprogramm der neuen Regierung wurde von Nikolai Ryshkov vorgetragen. Offiziell sah

die Prozedur des Kongresses keine Korreferate über die wirtschaftliche Lage und die Wege zur Überwindung der Krise vor. Die Deputierten Juri Tschernitschenko, Pawel Bunitsch, Nikolai Schmeljow und ganz besonders Gawriil Popow waren aber praktisch Korreferenten.

Worin besteht nun die Konstruktivität der Polemik dieser Wirtschaftswissenschaftler, worin besteht der Wert dieses Präzedenzfalles alternativer Vorschläge zum allgemeinen Entwicklungsprogramm für die Zukunft des Parlamentarismus? In erster Linie haben die eigenständigen Arbeiten unserer führenden Denker endlich ihr Existenzrecht und die Möglichkeit erhalten, die Wirtschaftspolitik zu bereichern und als Glieder in die Praxis der Wirtschaftsführung einzugehen. Ein Auftritt im Parlament ist ein Akt, der auf staatliche Folgen abzielt. Wozu wären sonst die Parlamentarier nötig? Zweitens wurde der Weg zum Pluralismus bei der Ausarbeitung von Beschlüssen durch den Kongreß der Volksdeputierten geebnet.

Nikolai Andrejew. Meiner Ansicht nach ist eine gewisse Rehabilitierung der Moskauer Gruppe erfolgt. Bei einer der ersten Sitzungen wurde ein Zettel verlesen: „Es reicht jetzt, immer den Moskauern das Wort zu erteilen!“ In den letzten Tagen dagegen immer mehr Forderungen ein, die Moskauer zu Wort kommen zu lassen. Die Korreferate von Schmeljow und Popow zeigten das hohe Niveau der ökonomischen Analyse und reale Wege zur Lösung von Wirtschaftsproblemen. Man kann sie akzeptieren oder nicht, aber man kann den Wirtschaftswissenschaftlern nicht mehr vorwerfen, sie würden ausschließlich kritisieren und keinerlei konstruktive Vorschläge unterbreiten. Nebenbei bemerkt: Hätten in diesem Augenblick die Wahlen zum Obersten Sowjet stattgefunden, wäre ein anderes Abstimmungsergebnis herausgekommen. Erinnert sei an den Beifall, mit dem die Mitteilung aufgenommen wurde, daß 1142 Deputierte gegen Gawriil Popow gestimmt hatten. Die Deputierten freuten sich darüber, daß der bekannte Wirtschaftswissenschaftler nicht in den Obersten Sowjet gewählt wurde. Am letzten Tag dagegen stimmten sie beinahe alle dafür, die Redezeit von Popow zu verlängern.



Stimmauszählung

Juri Schewtschenko. Das Wesen der Vorschläge einiger Wirtschaftswissenschaftler, davon bin ich überzeugt, wird noch von der Regierung und der Öffentlichkeit analysiert werden. Sie haben das verdient. Ich würde zwei prinzipielle Vorschläge hervorheben, von Schmeljow und von Popow. Letzterer schlug ein langfristiges Programm mit grundlegenden Maßnahmen zum Umbau des derzeitigen sozialökonomischen Modells vor. Was enthält sein Programm konkret?

Popows Konzeption gründet sich auf einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse. In unserem administrativen System erfolgte eine allumfassende Verstaatlichung und eine allumfassende Zentralisierung. Das eine wie das andere ist eine Vergewaltigung der objektiven Wirtschaft. Gibt es eine Alternative? Der Deputierte schlägt vor, maximal die Hälfte der Wirtschaft (und folglich auch höchstens die Hälfte des Eigentums) in staatlicher Hand zu behalten. Die andere Hälfte soll dem genossenschaftlichen, individuellen und privaten Sektor übertragen werden.

Im Rahmen dieser Konzeption ist eine Umverteilung der Funktionen des Zentrums und seiner Strukturglieder (Unionsrepubliken, Regionen, Gebiete) vorgesehen. Man sollte einen Weg wählen, wobei das Zentrum einige fundamentale Akte beschließt, die die Grundlagen des Wirtschaftsmechanismus bestimmen, aber der Großteil der Legislative in den Händen der Unionsrepubliken liegt.

Popow äußerte den Gedanken, man solle der bäuerlichen Familienwirtschaft grünes Licht geben. Die Wahl zwischen Kolchose, Sowchose und Familienwirtschaft soll auf dem Markt, durch den Markt auf Wettbewerbsgrundlage getroffen werden. Es müssen alle Bedingungen dafür geschaffen werden, daß sich dieser Markt und dieser Wettbewerb entfalten kann.

Schließlich schlug er vor, das bisherige System der Verteilung und der sozialen Garantien einer Revision zu unterziehen.

Nikolai Schmeljow unterbreitete seinerseits ein Paket außerordentlicher Sofortmaßnahmen, die dazu angetan sind, in den nächsten zwei bis drei Jahren die wirtschaftliche Situation im Land grundlegend zu verbessern. Beide Konzeptionen widersprechen sich keineswegs, sondern ergänzen einander.

Wladimir Shitomirski. Kürzlich haben wir erfahren, daß unser Haushaltsdefizit die Grenze von 100 Md. Rubel überschritten hat. Einen Ausweg aus diesem finanziellen Tief zeigte Nikolai Schmeljow auf, der seinen Diskussionsbeitrag mit den paradox klingenden Worten begann: „Mich als Wirtschaftswissenschaftler beunruhigen die langfristigen Perspektiven unserer Entwicklung nicht“, da wir sowieso den Weg einschlagen werden, den Lenin in den 20er Jahren vorgezeichnet hat. Der Wissenschaftler widerlegte die These, wonach das sagenhafte Anwachsen des Haushaltsdefizits (100 Prozent in einem Jahr) durch die Lohnerhöhungen (14 Md. Rubel 1988) verursacht worden sei. Als Argument führte er die fehlende Übereinstimmung zwischen dem Niveau des gewachsenen Einkommens und dem des Haushaltsdefizits an. Schmeljow nannte folgende Maß-

Michail Gorbatschow: Demokratie und Offenheit

Am Abend des 9. Juni, am letzten Tag des Kongresses, gelang es uns, einige Journalisten aus der UdSSR, Ungarn und Griechenland, den Vorsitzenden des Obersten Sowjets „abzufangen“, als er sich müde und nachdenklich dem Ausgang näherte

Wie schätzen Sie die Ergebnisse des ersten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR ein?

„Der Kongreß ist ein großer Schritt bei der Entwicklung unseres Staates, unseres politischen Systems. Nach diesem Kongreß wird die Gesellschaft eine andere sein, weil er der Demokratie und Offenheit sowie der Initiative so mächtige Impulse gegeben hat, daß, wie ich denke, die Prozesse der Demokratisierung und der Erhöhung der sozialen Aktivität der Menschen weiter anwachsen werden. Und das ist gut so. Ich bin überzeugt, daß wir Erfolg haben werden, wenn die Menschen die Politik der Perestroika verstehen und sie als ihre eigene begreifen. Wenn das allerdings nur Obrigkeitentscheidungen bleiben, die das Volk nicht versteht, die ihm fremd sind und seinen Interessen nicht entsprechen, wird nichts geschehen. Der Kongreß hat gezeigt, daß die Menschen die Perestroika wollen. Das ist das wichtigste politische Ergebnis.“

Wir durchleben gegenwärtig eine wirklich schwierige Etappe sowohl im Sinne der radikalen Wirtschaftsreform als auch im Sinne der Entwicklung politischer Prozesse und im Sinne der Harmonisierung der Beziehungen zwischen unseren Nationalitäten. Alle diese großen Fragen sind jetzt in Bewegung geraten, und deshalb wollten die Deputierten solche Machtorgane formieren, die die Perestroika sicher weiterführen. Deshalb wurden erstmals alle Kandidaten für Führungspositionen einem richtigen Kreuzverhör unterworfen, ich auch. Jetzt, da mich die Menschen „verhört“, akzeptiert und mir nach der Klärung meiner Positionen ihr Vertrauen geschenkt haben, fühle ich mich sicherer.“

nahmen: Erstens sollte man zum normalen Handel mit alkoholischen Getränken zurückkehren, wodurch der Staatshaushalt mit einigen Dutzend Milliarden saniert werden könnte. Es wird sowieso nicht weniger getrunken, sagte der Redner, dafür wird aber die Hälfte des Alkohols von Selbstbrennern erzeugt und nicht vom Staat. Zweitens nannte Nikolai Schmeljow die Liquidierung des Geldüberschusses. Hierfür müßten zunächst für 15 Md. Dollar Waren importiert werden, dann sollte der Konsumgüterimport 5 bis 6 Md. Dollar jährlich betragen, um in den nächsten zwei bis drei Jahren eine Warendeckung zu garantieren. Woher sollen die Devisen kommen? Man könnte beispielsweise die Überplanproduktion von Kolchosen in Dollar bezahlen. Das wäre ein Anreiz für sie, und gleichzeitig könnte der Getreideimport eingeschränkt werden. Dann sollte man für fünf bis zehn Jahre den Import von Ausrüstungen für industrielle Großprojekte einstellen. Es gibt landesweit auch so schon nichtmontierte Anlagen für 10 Md. Dollar. Drittens sollte man aufhören, „sowjetische Auslandsinteressen“ in Devisen zu bezahlen. Das kostet die UdSSR nach westlicher Einschätzung allein in der lateinamerikanischen Region jährlich 6 bis 8 Md. Dollar. Dann sollte man im Westen Kredite aufnehmen. Eine weitere Quelle für unsere Wirtschaft besteht darin, im nächsten Jahrzehnt auf die Realisierung gigantischer „Großbaustellen des Kommunismus“ zu verzichten.

Klingt das ungewöhnlich? Möglich. Aber auch die Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, ist ungewöhnlich. Jedenfalls hat nach Schmeljows Diskussionsbeitrag kein Redner mehr den Deputierten der Moskauer Gruppe vorgeworfen, sie würden keine kon-

kreten Vorschläge unterbreiten. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß Nikolai Ryshkow bei der Beantwortung von Fragen die Aufnahme von Großkrediten im Ausland ablehnte. Er legte das Saldo unserer Einnahmen und Ausgaben vor und unterstrich, daß neue Kredite in unserer derzeitigen Situation nicht wünschenswert sind.

Galina Sidorowa. Die vom Vorsitzenden des Ministerrates vorgelegte Devisenbilanz sieht nicht gerade ermutigend aus. Das Land steht mit 34 Md. Rubel in der Kreide. Deviseneinkünfte werden in diesem Jahr in Höhe von 16 Md. Rubel erwartet, von denen 12 Md. Rubel zur Begleichung fälliger Kreditzinsen aufgewandt werden müssen.

Wladimir Shitomirski. In seiner Rede berührte Nikolai Schmeljow ein ganz aktuelles Problem, nämlich die Eigentumsfrage. Er sagte, man müsse es wagen, zur Ausgleichung des Marktes alles zu verkaufen, was vorrätig ist, u. a. Wohnungen, LKWs, Traktoren, auch Ländereien, oder sie zur ewigen Nutzung zu verpachten.

Juri Schewtschenko. Michail Gorbatschow hat in seinem Schlußwort zur Diskussion zugegeben, daß die Umverteilung des Eigentums die Schlüsselfrage der Perestroika ist. Ohne das geht es nicht, da helfen keinerlei Maßnahmen. Der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR hat sich damit der Meinung jener angeschlossen, die eine Revision der Eigentumsbeziehungen und die Formierung eines sozialistischen Marktes befürworten.

Alexander Guber. Wie kann das Land aus der Wirtschaftskrise herausgeführt werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Kongresses vom ersten bis zum letzten Tag. Allerdings hatten nicht alle dieselben Vor-

stellungen von den Lösungsmöglichkeiten dieser Aufgabe. Jeder hat sie nur von seinem Kirchturm aus betrachtet. Vielleicht sah deshalb das von Nikolai Ryshkow vorgetragene Regierungsprogramm nicht so radikal wie die anderen aus. Es ging davon aus, daß man keine weitere, wenn auch nur kurzzeitige, Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung, besonders der minderbemittelten Bürger, zulassen darf. Wir dürfen die gegenwärtigen Probleme nicht auf die Schultern unserer Kinder und Enkel abwälzen, d. h. uns in Schulden stürzen, die spätere Generationen begleichen müssen. Wir dürfen den technischen Fortschritt nicht bremsen, um einen gewissen Vorlauf für die Zukunft zu haben usw.

Gleichzeitig gab es in den Diskussionsbeiträgen bekannter Wirtschaftswissenschaftler viele Ideen, die man nicht gleich übernehmen, aber auch nicht rigoros verwerfen kann. Sie sind zu ernst, um sich einer Abstimmung zu unterwerfen, wo die Kunst des Redens und der persönliche Charme des Redners nicht zuletzt eine Rolle spielen. Der Kongreß beauftragte den Obersten Sowjet, die Kommissionen und die Regierung, die Vorschläge gründlich und objektiv zu untersuchen und alles Nützliche zu übernehmen.

Wladimir Shitomirski. Offenbar entstammten einige „Vorschläge“ und „Forderungen“ der Deputierten ihren Wahlkampfprogrammen, die Mindestrenten und Mindesteinkommen zu erhöhen. Fast 40 Millionen Menschen, hieß es beim Kongreß, leben unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Natürlich ist es wichtig, die Aufmerksamkeit auf dieses Problem zu richten. Mehrmals wurde auch die Frage gestellt, woher man die Mittel dafür nehmen soll. Es gab genügend Rezepte dafür. Man sprach u. a. von den irrsinnigen Ausgaben für die Wasserwirtschaft und die Verteidigung, aber die Vorschläge waren in ihrer Mehrzahl dilettantisch. Als der wiedergewählte Nikolai Ryshkow die Erhöhung der Renten für etwa 22 Millionen Menschen ankündigte, was von allen begrüßt wurde, sagte er auch: „Dafür benötigen wir fast 6 Md. Rubel. Die Regierung wird demnächst die Quellen bestimmen und sie zusammen mit den Kommissionen der Kammern und Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR erörtern. Hierbei ist offensichtlich, daß die Lösung dieses Problems die Sorge der ganzen Gesellschaft, jedes Betriebes und jeder Organisation erfordert.“

Nikolai Andrejew. Mir scheint, der Vorsitzende des Ministerrates müßte ein Wunder vollbringen, um die ökonomische Situation in kürzester Zeit ins Lot zu bringen. Ob es ihm gelingen wird? Vieles wird von den Mitgliedern des Kabinetts abhängen, von denen, die in der Regierung Schlüsselpositionen innehaben, dem Finanzminister, den Vorsitzenden der Staatlichen



Der Kongreß beim Bestätigen des Generalstaatsanwalts der UdSSR. Klärung der Positionen. Am Rednerpult: A. Sucharew und T. Gdiljan

Komitees für Preise, Arbeit, Planung, dem Präsidenten der Staatsbank und dem Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle. Die Kandidaten für die Ministerposten werden rigoros geprüft werden.

Galina Sidorowa. Übrigens war Nikolai Ryshkow, seinen eigenen Worten zufolge, auch ziemlich aufgeregt, als ihn die Deputierten ins Kreuzverhör nahmen. An dieser Stelle will ich von der Wirtschaftsthematik etwas abweichen und an die dramatische Wahl des Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle im Obersten Sowjet erinnern.

Der Vorsitzende des Obersten Sowjets schlug den Deputierten Gennadi Kolbin zur Wahl vor, was widersprüchliche Reaktionen auslöste. Wieder wurde der Ruf nach Alternativen laut, und wieder verwies man auf die internationale Praxis. Der Deputierte Fjodor Burlazki nannte als Beispiel die USA, wo der Präsident selbst sein Team zusammenstellt und es dann vom Kongreß bestätigen läßt. Allerdings ist der Präsident in den USA gleichzeitig Staatsoberhaupt und Kabinettschef.

Lassen wir unsere Überlegungen beiseite, wer die Kandidatur für einen Posten unterbreiten soll, der von der Legislative, der Exekutive und den Parteiorganen unabhängig sein soll, und denken wir nach. In der amerikanischen Praxis ist für diesen Fall keine Alternative vorgesehen. Der Präsident unterbreitet seinen Vorschlag, und die Kongreßmitglieder haben das Recht, einen Kandidaten, der nicht ihren Vorstellungen entspricht, abzulehnen. Dann schlägt der Präsident einen anderen vor. Die amerikanischen Gesetzgeber sagen also zu einem Kandidaten, der ihnen aus unterschiedlichen Gründen nicht paßt, ihr deutliches „Nein“. Die sowjetischen Parlamentarier sind vorerst noch nicht in der Lage, zu einem Kandidaten, der vom Vorsitzenden des Obersten Sowjets benannt wurde, „Nein“ zu sagen und anschließend vom Präsidenten die Benennung eines anderen zu fordern. Wir haben nicht nur das Recht, sagt ein Deputierter, sondern auch die Pflicht, unseren Standpunkt zu äußern. Und ihn zu behaupten, würde ich noch hinzufügen. Gerade in der Behauptung seines Standpunktes kommt Zivilcourage zum Ausdruck, ohne die eine Gesellschaft von Staatsbürgern undenkbar ist. Freilich, diese Courage läßt sich nicht an einem Tag anerziehen.

Aus der Botschaft des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR an die Völker der Welt

Die Perestroika ist eine innere Angelegenheit der Völker der Sowjetunion, geboren aus den dringendsten Bedürfnissen des Landes. Aber wir wollen uns nicht von der Weltgemeinschaft isolieren, von den Prozessen, die das Antlitz der modernen Zivilisation prägen, und betrachten die Freiheit der Persönlichkeit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit als grundlegende Werte, auf denen sich das Leben unserer Gesellschaft gründen muß.

...Heute sind wir für die ganze Welt offen und bereit zur Zusammenarbeit mit allen, für die das menschliche Leben und die Menschenwürde die höchsten Werte darstellen, und rechnen auf gegenseitiges Verständnis.

A. Guber. Hoch wie nie zuvor war auf dem Kongreß der Anteil der Diskussionsbeiträge, die etwas Neues enthielten: eine neu formulierte Frage, einen für die öffentliche Erörterung neuen Gegenstand, eine neue Analyse. Zu den Fragen gehörten auch folgende: Ist die Stellung der Partei in unserem politischen System, ihre durch die einstigen Verdienste bedingte führende Rolle in der Gesellschaft eine permanente Einrichtung? Dann ist der betreffende Artikel unserer Verfassung angebracht. Oder ist es so, daß die Stellung des politischen Führers des Volkes nicht ein für allemal gegeben ist, daß sie vielmehr tätig immer von neuem bewiesen werden muß, unbeschadet der Formulierung im Grundgesetz? Was geht vor, der Kongreß der Volksdeputierten oder der Parteitag, das Parteistatut oder die Verfassung, die Pflichten des Kommunisten oder die des Staatsbürgers?

Es geht nicht um die Kinderfrage, wer am klügsten oder am stärksten ist. Wenn ein Mitglied der Partei, erst recht des Zentralkomitees zum Kongreß oder in den Obersten Sowjet nicht von der KPdSU, sondern von einem territorialen bzw. national-territorialen Wahlkreis entsandt ist, vertritt er dort seine Wähler, die zum großen Teil parteilos sind. Ist er in jedem Fall verpflichtet, die Parteidisziplin zu halten und die Beschlüsse der Parteiorgane zu befolgen?

Vorläufig sind das eher theoretische Fragen. Man kann sich jedoch ohne weiteres eine Situation vorstellen, da die Bürgerpflicht vom Deputierten das eine, die Parteidisziplin aber etwas anderes verlangt, zumal diese meist vom Parteiausschuss gedeutet wird, von jenem Parteiausschuss, der auf dem Kongreß wohl am heftigsten kritisiert wurde, vielleicht sogar über das Maß hinaus. Wie soll ein Deputierter in diesem Fall handeln? Wie soll z. B. Michail Gorbatschow vorgehen, der als Präsident

dem obersten Organ der Staatsmacht, als Generalsekretär aber dem Parteitag und dem ZK rechenschaftspflichtig ist? Dazu Gorbatschow selbst in seinem Schlußwort: Die Partei diene dem Volk. Der Kongreß und auch das Land glaubte Gorbatschow persönlich. Es gibt aber auch andere Deputierte... Man möchte nicht hoffen, daß diese Frage nicht jetzt, wo sie von Deputierten angesprochen worden ist, sondern immer erst dann entschieden werden wird, wenn eine Konfliktsituation bereits entstanden sein wird.

G. Sidorowa. Bei einer vom soziologischen Dienst des Kongresses veranstalteten Umfrage sprachen sich übrigens 79% der Deputierten für die Abgrenzung der Funktionen von Partei- und Staatsorganen auf neuer legislativer Grundlage aus. Nur 14% waren dafür, das Zusammenwirken dieser Organe im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung zu verbessern.

A. Guber. In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage der Verantwortung. Auf dem Kongreß wurde viel davon gesprochen. Wer trägt die Verantwortung dafür, daß die notwendigsten Waren aus unseren Geschäften verschwunden sind, daß das Defizit des Staatshaushalts wächst und daß über 100 unserer Städte in ökologischer Not sind? Wer soll den Ausweg suchen? Bei uns ist es Usus, daß sich die Parteiorgane mit allem beschäftigen und letztendlich für alles die Verantwortung tragen. Alle wichtigsten Entscheidungen zu Wirtschaftsfragen werden im Politbüro diskutiert und als gemeinsamer Beschuß des ZK der KPdSU und des Ministerrats erlassen. Die Regierung ist dem Obersten Sowjet und dem Kongreß der Volksdeputierten, das ZK der KPdSU aber dem Parteitag rechenschaftspflichtig. Was ist zu tun, wenn ein gemeinsamer

Beschluß mißglückt ist? Wer soll ihn aufheben, wenn das nicht das ZK der KPdSU und der Ministerrat tun? Viele Deputierte bezweifelten die Verfassungs- und Zweckmäßigkeit dieser Praxis.

W. Shitomirski. Auch von

Disziplin sprach man wiederholt. Das geschah im verschiedenen Zusammenhang, am häufigsten jedoch in dem Sinne, daß bei der Arbeit gepfuscht wird. Iwan Nasarow, Sekretär eines Rayonparteikomitees im Gebiet Omsk, sagte, früher habe man alles auf den Zarismus, dann auf die Stagnation abgeschoben, dabei sei das Problem klar: Ein jeder stehe für die ihm aufgetragene Sache gerade... Ist da wirklich alles so klar? Ein Mann, der einen Graben gräbt, dabei sein Tagessoll übererfüllt und so den Tod eines großen Stroms ein wenig näherbringt, scheint der „ihm aufgetragenen Sache“ verantwortungsbewußt zu dienen, aber dürfen wir ihn loben? Oder ein Enthusiast, der den Plan in einer Schuhfabrik überbietet, deren Erzeugnisse niemand will. Ist er ein nachahmenswertes Beispiel? Wahrscheinlich wird diese Frage nicht nur in den Betriebsabteilungen entschieden, sondern auch andernorts. Insbesondere im Kongreßpalast des Kreml. Dort wird nämlich die Wirtschaftsstrategie festgelegt, die schon die Möglichkeit der Schlampelei bei der Arbeit ausschließen soll. Natürlich nicht durch Zwang – das haben wir bereits durchgenommen. Es geht vielmehr darum, den arbeitenden Menschen zu interessieren, sein kreatives Potential anzuregen, ihn, wenn man will, zu inspirieren.

A. Guber. Viele Deputierte fanden es falsch, daß Gesetzentwürfe und Regierungsbeschlüsse anonym sind. Man weiß, wer sie annahm, kann jedoch fast nie feststellen, wer sie vorbereitete und zur Unterzeichnung vorlegte, besonders wenn ernsthafte Einwände gegen das gegebene Dokument erhoben werden. Natürlich trägt das Organ, das einen Akt beschließt, die kollektive Verantwortung dafür. Die einzelnen Menschen sind jedoch in verschiedenem Grade schuld. Solange das Land seine „Helden“ nicht namentlich kennt, wird es Menschen geben, die dem Präsidium des Obersten Sowjets oder der Regierung Entwürfe von zweifelhafter Qualität und juristischer Reinheit unterjubeln.

G. Sidorowa. Die Frage der Verantwortung gehört auch sonst zu den wichtigsten auf dem Kongreß. Viel zu lange erstarrte unser Land in der Verantwortungslosigkeit, und dieser Zustand dauert leider an. Die Verantwortungslosigkeit von Leitern, die Verantwortungslose Beschlüsse: Tschernobyl, Baschkirien, die Tragödie in Tbilissi und schließlich Afghanistan als unser gemeinsamer Schmerz. Nicht von ungefähr brachten Deputierte den Vorschlag ein, eine Kommission für Afghanistan einzusetzen oder sogar offene Anhörungen im Obersten Sowjet zu dieser



Diskussion nach der Diskussion: die Volksdeputierten Juri Tschernitschenko, David Kugulinow und Nikolai Schmeljow

Die Gabe der Rede

Alexander Pumpjanski

Was waren die zwei Wochen des Kongresses der Volksdeputierten für uns? Es wird darüber bestimmt viele Definitionen geben. Ich möchte mich heute auf folgende beschränken: ein Leben ohne Zensur.

Ich glaube, daß die Zensur der Schlag traf und sie die Gabe der Rede verlor, obschon sich das Nebeneinander allein von „Zensur“ und „Gabe der Rede“ merkwürdig genug ausnimmt. In der Tat sagten die Deputierten Unerhörtes. Ohne jeden Respekt vor Rang und Amt, so, als gäbe es keine ideologischen Tabus, kein Korsett der abgesprochenen Formeln, keine Pietät gegenüber der Obrigkeit, nicht die Gewohnheit zum Bescheiden des Geistes und nicht die Tradition, Tatsachen vor Gebrauch so lange zu kochen, bis niemand mehr zu roh oder zu brenzlig, zu pikant, zu gepfeffert findet (unsere Gesellschaft wurde offenbar als dermaßen krank befunden, daß nur eine streng tatsachenarme Diät für sie als ungefährlich galt). Und? Nichts ist geschehen. Der Boden hat sich nicht geöffnet, auseinandergelassen, das System ist nicht zusammengebrochen. Die Grundfesten sind nicht erschüttert.

Nicht, daß sich da lauter Journalisten produziert hätten, diese verkleideten Eleven des Äsop, die Schmuggler von geheimen Sinninhalten und verfolgten Wahrheiten, die Meister des Hineindeutens. Nein, zu Wort meldeten sich Wissenschaftler, Betriebsleiter, Arbeiter. Wohlbemerkt: keine Dissidenten, sondern Deputierte! Welch eine Orgie der ungebundenen Rede, was für ein Reichtum an Erfahrungen und Gedanken, welche Freiheit!

Und wenn wir dasselbe mal nicht so gefühlsbetont beurteilen? Im Grunde ein gewöhnlicher Sieg von Glasnost, die Abgeordneten des Volkes sagten vor allem das, was sie dachten. Sie sagten es ihrem Land. Völlig normal. Endlich sind wir zur Norm gekommen, hoffentlich geht das ohne Rückfälle. Freilich fühlte man auch auf dem Kongress bisweilen, wie anstrengend das ist, wie rasch wir mitunter der Glasnost müde sind. (Ohne sie waren wir unermüdlich, heute finden wir sie strapaziös und nervenaufreibend, dann gehen wir solo oder im Chor dazu über, unliebsames Andersdenken zu dämpfen. Dabei ist Glasnost kein Chor, erst recht kein Gejohle. Sie ist die Möglichkeit,

**Selbst wenn wir Glasnost
anstrengend finden,
brauchen wir sie mehr als alles**

jede Stimme zu vernehmen, und wenn sie noch so leise ist, stottert, sich vor Aufregung überschlägt, noch so ungewohnt klingt oder einen ärgert.)

Wie dem auch sei, besteht das Wichtigste, was der Kongreß uns gegeben hat, im neuen Niveau der Glasnost. Wir haben erkannt, daß wir ohne Zensur leben können. Aber haben wir nicht ohnehin zu viel Glasnost, wir mit unseren leeren Geschäften, unserem Mangel an praktischen Maßnahmen und unserer in der ideellen Ausweglosigkeit absackenden Wirtschaftsreform? Viele sind von so etwas aufrecht überzeugt. Es wird zu viel geredet, sagen sie, und zu wenig gehandelt. Zeit, mit dem Reden aufzuhören und an die Arbeit zu gehen!

Laßt uns nachdenken. Ist Glasnost kein Handeln? Die

Möglichkeit, frei zu sprechen, zu

denken, zu wissen, von allen im eigenen Land und in der Welt gesammelten Reichtümern des Denkens Gebrauch zu machen, Kritik zu üben, die Dinge beim Namen zu nennen, abzulehnen, was einem nicht paßt, welche Autorität da auch immer vorgeschützt wird, Varianten zu diskutieren und optimale Lösungen zu wählen – ist das kein Handeln? Uns ideologisch, geistig und moralisch aufzurichten – kein Handeln? Und erst das politische und staatsbürgerliche Erwachen von Millionen?

Aber die Geschäfte sind doch wirklich wie leergefegt, die praktischen Reformen stocken tatsächlich. Gut, verstummen wir alle! Werden sich die Regale dann füllen, wird die Reform vollbracht sein?

Die Umgestaltung kann in der Tat hauptsächlich nur die Glasnost als Erfolg buchen. Müssen wir also, um nicht „vorzugreifen“, uns solange gedulden oder gar auf die Ausgangsstellungen der Stagnationsjahre zurückkehren und auf die bedeutsamste Errungenschaft verzichten? Nun, von dieser Harmonie haben wir wirklich genug gehabt. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir müssen dahinterkommen, warum wir an anderen Abschnitten auf der Stelle treten, und die Trägheit entschieden überwinden. Glasnost ist kein Synonym für Reformen, aber fehlende Glasnost würde garantieren dafür sorgen, daß alle praktischen Initiativen ein Schlag ins Wasser sein und sich bürokratisch entarten werden.

Frage durchzuführen. Wer ist nun persönlich an der Entscheidung schuld? Sie war verbrecherisch, weil sie die Blüte unserer Nation, deren Jugend, zu Tod und Leiden verdammte und so viele Menschenleben im Nachbarland dahintraffte. Sie war unmoralisch, weil sie auf einen Begriff wie den Internationalismus spekulierte und falsche Ideale züchtete; sie war ruinös, weil der Afghanistan-Krieg unser Land alljährlich 5 Md. Rubel kostete.

W. Shitomirski. Mich beeindruckten das Verantwortungsbewußtsein und die Beharrlichkeit, mit denen viele Deputierte ihre Vorschläge und Programme behaupteten. Beispielsweise der Lyriker Olshas Sulejmenow. In seinem Wahlkreis im Gebiet Semipalatinsk liegt das landes-

größte nukleare Testgelände. Der Deputierte Sulejmenow wendet sich konsequent gegen Nukleartests, auch bei Semipalatinsk. Wie er erzählte, führten selbst unterirdische Tests manchmal zu einer Emission radioaktiver Gase, z. B. im Februar dieses und im Sommer vorigen Jahres. Schon seien in diesem Gebiet Kernladungen mit einer Gesamtleistung von 2 500 Hiroshima-Bomben zur Explosion gebracht worden. Konnte das an der Bevölkerung der umliegenden Gebiete und ihrer Gesundheit spurlos vorbeigehen? Die 3. Hauptverwaltung des Gesundheitsministeriums der UdSSR hält die Forschungsergebnisse geheim. Die Deputier-

ten fordern ihre Veröffentlichung.

A. Guber. In der Resolution des Kongresses werden der Oberste Sowjet, die Regierung und andere zentrale Ämter beauftragt, die Vorschläge der Deputierten bei der Erörterung konkreter Fragen in Betracht zu ziehen. Das ist eine traditionelle Formel bei Dokumenten dieser Art.

Die Deputierten rechnen damit, daß ihre Meinungen diesmal tatsächlich in Betracht gezogen werden und daß die Kommissionen im Herbst dem nächsten Kongreß der Volksdeputierten darüber berichten, so daß die Deputierten jenen zur Verantwortung ziehen können, der auf ihre um den



Das übliche „Viel geredet, wenig getan!“ kann auf Glasnost höchstens aus Mißverständnis angewandt werden. Was soll da zu viel sein? Ein Zuviel an Wahrheit gibt es nicht, davon kann man nur zu wenig haben. Viele Lügen? Ja, sie schießen eben in den Zeiten jeder Milchglasnost ins Kraut, wenn dem Volk von oben eine einzige unumstößliche amtliche Wahrheit verabreicht wird. Viel Geschwätz? Das Geschwätz Verantwortungsloser hat mit Glasnost nichts zu tun. Ein wirklich gefährliches Übel ist das Geschwätz jener, die mit Verantwortung ausgestattet sind, und auch dieses Übel breitet sich in Zeiten ohne Glasnost aus. Man zwingt das Volk, stumm zu sein und „unerschütterliche Einheit“ sowie „unverbrüchliche Treue“ vorzutäuschen.

In unserer Gesellschaft wird das gar nicht hamlose Vorurteil gepflegt, Glasnost sei eine Domäne der Presse, der gewieften Journalisten, die immer etwas in der Hinterhand haben, der Gesellschaft aber bringe sie lediglich Scherereien, ein bißchen Unterhaltung und vor allem Ablenkung von „realem Handeln“. Der Kongreß hat das zurechtgerückt.

Die Glasnost bedeutet nicht nur, daß die Presse zu Wort kommt. Auf dem Kongreß hörten wir die Stimmen jener, die aus der Feuertaufe der stürmischen Wahlkampagne mit einem Mandat von Hunderttausenden, ja Millionen hervorgegangen sind. Sie sagten, was die Wähler ihnen zu sagen aufgetragen hatten, und formulierten es mit einer Schärfe, die nur der Akutheit unserer realen Probleme gleichkommt. Schärferes haben wir bisher nie gehört. Wer würde es wagen, dem Kongreß der Volksdeputierten vorzuwerfen, er schwärze unser Leben an? Wird unsere Presse das Maß halten können?

Die Offensive gegen Glasnost beginnt gewöhnlich damit, daß man in der Presse die Schrauben festzieht, aber das ist keine Berufskrankheit, vielmehr ein Leiden der Gesellschaft: Schreiende Probleme werden totgeschwiegen, die Gesellschaft schluckt ihre Schmerzen...

Das erste, was unsere leidgeprüfte Gesellschaft erlangt hat, ist die Glasnost. Nicht deshalb, weil dem Volk das Wort zu erteilen viel einfacher ist, als ihm Brot zu geben. Das Wort fehlt uns sogar noch mehr als Brot. Das größte Defizit in unserem Land der Defizite war das an Freiheit. Das ist auch heute nicht anders. Der Kongreß hat diese Lücke ein wenig gefüllt.

Wir haben uns jedoch auch davon überzeugt, daß Glasnost die beste Art ist zu handeln. Gawril Popows und Nikolai Schmeljows polemisch zugesetzte Vorschläge, die beim Auditorium sofort ankommen, erweitern unsere Vorstellungen von der sozialökonomischen Tagesordnung und vom möglichen Instrumentarium. Warten wir ab, inwiefern sich das neue Ministerkabinett das neue Denken aneignet, auf jeden Fall war das durch eine lebhafte Diskussion angeregte Schlußwort Nikolai Ryshkows viel spannender als sein Referat. Anatoli Lukjanow hielt seine beste Ansprache nicht beim Ablesen, sondern dann, als er auf eine Herausforderung antworten mußte. Sollte in die verworrene Gdiljan-Story je Licht gebracht werden, so bildet vielleicht die Art, wie Generalstaatsanwalt Sucharew seine Version davon öffentlich darlegte, den Auftakt dazu. Mangelnde Glasnost gebiert Mythen, bestehende Glasnost dagegen Wissen. Man kann nicht behaupten, daß Gennadi Kolbin das Auditorium durch Prägnanz und Kompetenz seiner Behauptungen erobert hätte. Wahrscheinlich wird er in der Erinnerung an das Pressing der Deputierten noch oft schweißbedeckt aus dem Schlaf hochfahren. Es wäre zum Besten der Sache, wenn er diese Auseinandersetzung nicht aus seiner Erinnerung streicht.

Preis so mancher Leiden gezogenen Schlüsse einfach nicht hatte eingehen wollen. Ob das jemandem gefällt oder nicht, aber meines Erachtens ist das ein Maximum davon, was der Kongreß tun konnte. Zum Glück befaßte er sich nicht damit, zahlreiche neue Gesetze und Verfassungsänderungen anzunehmen; sie wären unbedingt überstürzt und deshalb unvollkommen gewesen. Aus gleichem Grund fanden Hunderte konkrete Ideen, die von der Tribüne dargelegt worden waren, nicht ihren Niederschlag in der Resolution. Übrigens sind viele Deputierte nicht dazu gekommen, vor dem Kongreß zu reden. Das wünschten etwa 800 Deputierte, und man könnte sich ausrechnen, wie lange der Kongreß hätte dauern müssen, wenn alle

zu Worte kämen. Es wurde beschlossen, die Reden, die nicht gehalten wurden, in den stenographischen Bericht des Kongresses aufzunehmen.

N. Andrejew. Bei den ersten Sitzungen des Obersten Sowjets der UdSSR hatte ich den Eindruck, daß er, obwohl diesmal nur organisatorische Fragen entschieden wurden, ein arbeitsfähiges Legislativorgan ist und die Möglichkeit einer konstruktiven Diskussion bietet. Der Kongreß kann natürlich nicht gleich in seinem Verlauf Entscheidungen treffen: Es gibt zu viele Deputierte, jeder will sich etwas von der Seele reden, ein paar Lösungen an den Mann bringen und seine Opponenten herausfordern. All das zusammen bewirkte, daß der Kongreß ab und zu etwas von einer

Selbst Beweise aus dem Gegenteil dienten der Glasnost. Als Rafik Nischanow gefragt wurde, was in Fergana denn nun geschehe, entwarf er ein Bild, das unverkennbar oberflächlich und wenig realistisch war. Weshalb tat er das? Am ehesten aus dem Wunsch heraus, die Menschen zu beruhigen, sie durch Information über die wahre Sachlage nicht zu verstimmen. Es gibt diese Tendenz unserer Persönlichkeiten: „Nur ja nicht das Volk nervös machen! (Als Variante: „Bitte keine Leidenschaften aufpeitschen!“). Wir werden schon allein und in aller Stille mit allem klarkommen. Und überhaupt, stört uns nicht mit eurem Stimmengewirr, die Demokratie für euch einzuführen!“ Diese Taktik zieht nicht mehr.

Wie leid tat mir Akademiemitglied Kudrjawzew, ein intelligenter, feinsinniger Mann von höchstem Wissen, als ein Deputierter ihn aggressiv daran erinnerte, daß er nicht gegen den eindeutig undemokratischen Artikel 11/1 aus dem jüngsten Erlass protestiert habe. Wie sich herausstellte, hatte Kudrjawzew mit der Abfassung besagten Artikels nichts zu tun, ihn als negativ charakterisiert und bei einer Sitzung des Politbüros entsprechend kommentiert; freilich in der offenen Presse den Beschuß propagiert und seine wahre Einstellung zum wichtigsten Artikel mit keiner Silbe verraten. Diese Zwiespältigkeit kam ihm auf dem Kongreß teuer zu stehen.

Es gibt gewiß das Ethos eines Beraters, der ja nicht in die Welt hinausposaunen kann, welche Ratschläge er erteile. Die Menschen verlangen jedoch, daß alle Macht und nicht etwa jeder Ratschlag den Sowjets (lies: den Räten) gegeben wird. Von den Politikern, die sie gewählt haben, erwarten sie Unabhängigkeit, einen klaren Standpunkt, einen offenen Kampf dafür, was ihrer Meinung nach gut, und dagegen, was schlecht ist. Ein demütiges Sich-Fügen in die Anonymität bei der Beschußfassung wird nicht gebraucht.

Im Fall von Artikel 11/1 bleibt unbekannt, wer konkret dieses juristische Meisterstück vollbracht hat. Dafür weiß man, daß der Artikel von der Öffentlichkeit, von der demokratischen Gesellschaft wie ein Fremdkörper abgestoßen wurde. (Unsere Zeitschrift allein hat sich dreimal dazu geäußert.) Bekannt ist ferner, wie die Presse zurechtgewiesen wurde: Sie mäkelte an allem Neuen herum, sie störte bei der Ausarbeitung, erschwert jedes Handeln... Das Finale: Einen Fehler eines namenlosen Bürokraten mußte der ganze Kongreß des ganzen Volkes korrigieren. Die Praktiken der Rechtsschöpfung unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Beschußfassung in der Stille exklusiver Austräume birgt die Gefahr solcher Konfusionen in sich. Nur Glasnost und demokratische Diskussion können davor bewahren und die Qualität von Entscheidungen garantieren.

Es ist bemerkt worden, daß Glasnost gerade dann stockt, wenn es kriselt. So, als wäre die Demokratie ein Luxus, den man sich in ruhigen Zeiten noch leisten kann, den man aber, wenn es ernst wird, als Spielerei beiseite lassen muß, um zu richtigen Maßnahmen zu greifen. Dieser Standpunkt ist außer allem anderen unrationell. In Krisensituationen kommt es erst recht darauf an, alle Bedingungen für die Suche nach optimalen Lösungen zu erhalten, denn autoritäre Methoden tendieren zu Gewalt.

Glasnost ist kein Geschenk des Schicksals, vielmehr eine Existenzbedingung der Gesellschaft staatsbewußter Bürger. Die Gabe der Rede ist eine göttliche Gabe, nicht ein Geschenk der Obrigkeit.

Kundgebung hatte. Bei den Sitzungen des Obersten Sowjets ist so etwas ausgeschlossen. Man müßte jedoch seine Tätigkeit etwas länger beobachtet haben, um sein Potential zu beurteilen.

G. Sidorowa. Offen gesagt, habe ich gewisse Zweifel an der Fähigkeit des Obersten Sowjets, seine Legislativ- und Kontrollfunktionen effektiv auszuüben. Bei den ersten Sitzungen der Kammer gab es Probleme bei der Bestätigung von Kommissionen und Komitees, weil es an kompetenten Fachleuten, an Juristen mangelt. So besteht das Komitee des Obersten Sowjets für Verteidigung und Staatsicherheit laut Vorschlag zu einem Großteil aus Vertretern der Verteidigungsindustrie verschiedenen Rangs und aus Militärs.



Die litauischen Deputierten stimmen mit den Füßen ab. Am Tag darauf wird ein Kompromiß erzielt

Juristen sind praktisch nicht da. Wer wird also wen kontrollieren?

Gewiß, unser Parlament macht seine ersten Schritte. Man möchte glauben, daß sie ihn zu mehr Professionalismus und Kompetenz führen.

N. Andrejew. Sicherlich werden wir noch Anlaß und Gelegenheit haben, über die Tätigkeit des Obersten Sowjets zu sprechen. Vorläufig noch etwas zum Kongreß. Ich kann mir denken, daß die Diskussionsbeiträge und das Verhalten der Delegationen aus unseren baltischen Unionsrepubliken, besonders aus Litauen, viele Deputierte und wahrscheinlich viele Menschen in unserem Land ärgerten. Ab und zu grenzten ihre Aktivitäten und Worte an ein Ultimatum. Der Grund ist vielleicht darin zu suchen, daß die baltischen Delegationen mit einem präzisen und vielleicht einzigen Ziel nach Moskau gekommen waren: für ihre Republiken ein Maximum an politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit zu erkämpfen. Deshalb versäumten sie keine Gelegenheit, ihre Absichten kundzutun, und blieben dabei eisern. Einerseits ist das natürlich lobenswert, wenn Deputierte die Interessen ihrer Wähler so energisch vertreten. Aber andererseits trägt die Unnachgiebigkeit bei weitem nicht immer dazu bei, das Ziel zu erreichen.

G. Sidorowa. Ich kann dem nicht zustimmen. Die dramatischen Momente, die der Kongreß erlebte, als die litauische Delegation sich weigerte, an der Abstimmung über die Schaffung eines Komitees der UdSSR für Verfassungsaufsicht teilzunehmen, und wegging, waren, glaube ich, von dem Verfahren zur Beschußfassung vorausbestimmt, das der Kongreß in den ersten Tagen festgelegt hatte.

Ich meine das Problem von Mehrheit und Minderheit. Jahrelang wurde bei unseren höchsten Foren wie eine Beschwörung der Ausdruck „die erdrückende Mehrheit“ wie-

derholt, was übrigens voraussetzt, daß da noch eine erdrückte Minderheit ist.

Kann man aber in einer demokratischen Gesellschaft (und die wollen wir ja aufbauen) Beschlüsse mittels automatischer Mehrheit fassen und die Interessen einer ganzen Gruppe oder sogar einer Republik ignorieren? Ein Ultimatum ist für mich kein Ausweg. Offenbar muß man bis zum nächsten Kongreß sehr ernst darüber nachdenken, welcher Mechanismus die Interessen der Minderheit schützen kann. Wie dem auch sei, führten gerade diese prinzipienfeste Haltung der litauischen Delegation und letzten Endes das verständnisvolle Entgegenkommen des Vorsitzenden des Obersten Sowjets, der mit ihr verhandelte, zu einem für alle annehmbaren Kompromiß: Der Kongreß setzte eine Kommission ein, die den Entwurf eines Gesetzes über das Komitee der UdSSR für Verfassungsaufsicht vorbereiten soll.

Dieser Zwischenfall zeigte ein übriges Mal, wie behutsam man vorgehen muß, wenn die Interessen einer Nation, gleich, ob sie groß oder klein ist, berührt werden.

W. Shitomirski. Auf dem Kongreß sprachen viele von der Notwendigkeit der Konsolidierung und Zusammenlegung von Anstrengungen. So war es, als die Moskauer Deputierten in den ersten Tagen etwas vorschlugen, was vom Reglement abwich, und auch dann, als Vertreter der baltischen Sowjetrepubliken ihre eigenen Entwürfe unterbreiteten. Es gibt auch andere Fälle dieser Art. Der Umweltforscher Alexej Jablokow legte eine konkrete Plattform für die Konsolidierung aller Kräfte der Gesellschaft unabhängig von ihren Ansichten vor. Diese Plattform heißt Umweltschutz, denn jedermann möchte saubere Luft atmen, klares Wasser trinken und gesunde Nahrung zu sich nehmen.

Wenn wir schon in den internationalen Angelegenheiten allgemein menschlichen

Werten den Vorrang vor den klassenmäßigen Werten geben, warum sollten wir nicht die Priorität von Dingen anerkennen wie der Sorge um die Umwelt des Menschen, dem Naturschutz und dem Schutz der Gesundheit eines jeden von uns?

J. Schewtschenko. Unsere herausragenden Schriftsteller Sergej Salygin und Valentin Rasputin, Streiter für eine saubere Natur und eine moralisch saubere Gesellschaft, schlugen Alarm, um auf den Zustand unserer Umwelt aufmerksam zu machen. Aber vom Standpunkt der, wenn man will, sozialen Ökologie schien mir Rasputins Rede unter dem Niveau: ein merkwürdiger Stil, waage Andeutungen, giftige Pfeile, man weiß nicht recht, gegen wen. Zum Beispiel: „Wenn die Falken an die Macht kommen, werden sie sich bemühen, auch ein staatliches System der Unterdrückung der Konterrevolution zu schaffen, vorläufig aber wird auf dem Weg zur Macht ein System der Unterdrückung der Öffentlichkeit eingeführt, und dies sehr erfolgreich.“ Was für ein System meint er?

Publizistische Verallgemeinerungen dieser Art sind der Begabung dieses Schriftstellers offensichtlich nicht adäquat.

W. Shitomirski. Wenn wir zu den Ergebnissen des Kongresses kommen, möchte ich noch auf einen bei uns erst entstehenden Begriff wie das Deputiertenethos eingehen. Einen Beitrag zu seiner Gestaltung leistete die Deputierte Jewdokija Gajer aus dem sowjetischen Fernen Osten (am schwierigsten waren die letzten Meter auf ihrem langen Weg, als die Deputierte wiederholt und energisch verlangte, daß man ihr das Wort erteile, und es schließlich auch erreichte). Diese zierliche und mutige Frau, Vertreterin eines jener Völker, die man früher einfach klein nannte und jetzt euphemistisch als zahlenmäßig gering bezeichnet, war offensichtlich nervös auf der Tribüne, nippte immer wieder am Glas Tee, das auf dem Pult stand, um eine leichte Heiserkeit zu überwinden und mit ihrer hellen Stimme bis zu den Herzen vorzudringen und die Sorgen und Nöte der Udehen, Orotschen, Nanaier und Niwchen zu veranschaulichen. Ihre natürliche Welt wird unter dem massierten Andrang von Ministerien und Ämtern, die nur an die Überfüllung ihrer eigenen Pläne denken, zerstört. Ich glaube die helle Stimme der fernöstlichen Deputierten noch immer zu hören. Hoffentlich hat diese Stimme auch jene erreicht, an die sie appelliert.

Noch etwas anderes. Die mutige Frau besiegte in der Wahlkampagne über einen Generalleutnant, der einen wichtigen Posten innehat. Auf dem Kongreß gab sie vielen ein gutes Beispiel, indem sie über Probleme sprach, die ihren früheren Opponenten nahestehen: über den Armeedienst und das Schicksal der Demobilisierten. Meines Erachtens zeugt das von einem weiten Horizont von Staatsklugheit und parlamentarischer Reife. Die Deputierten merkten das wohl auch, viele applaudierten ihr im Stehen. Eine ganz gute Unterrichtsstunde in der Schule des Parlamentarismus.

J. Schewtschenko. Ich war von der



Ein Meeting in Lushniki, wie an jedem Abend während des Kongresses

Dramatik des Kongresses gefesselt. Welche Persönlichkeiten, welche Köpfe traten da auf den Plan! Wir sprechen zu Recht von unserer Armut und Mißwirtschaft. Aber über welch einen menschlichen Reichtum verfügen wir!

G. Sidorowa. Auch ich war über diesen Reichtum verblüfft. Ich meine jetzt nicht einmal Figuren, deren Namen in letzter Zeit in aller Munde waren, sondern Menschen, deren Bekanntschaft wir erst auf dem Kongreß machen. Für mich sind sie eine Entdeckung des Kongresses. Jung, gebildet, kompetent, haben sie ihren eigenen Standpunkt und verstehen es, ihn zu vertreten, sie haben sich bewußt für Politik entschieden und sind bereit, den Parlamentarismus zu lernen. Juri Boldyrew, Ilja Saslawski, Sergej Stankewitsch, Anatoli Sobtschak, Weniamin Jarin. Menschen voller Würde und Zivilcourage. Nicht einmal die Stagnationsjahre haben diese Eigenschaften ausmerzen können. Für die Zukunft möchte man diesen Menschen nur eins wünschen: die Prüfung durch Berühmtheit und Macht zu bestehen.

J. Schewtschenko. Ein Deputierter sagte auf der Tribüne (und seine Worte scheinen mir am genauesten von allem, was über das Wesen des Forums selbst gesagt wurde): Unser Kongreß ist jetzt eine Ideenbank.

Dieser Gedanke wurde auch außerhalb des Kreml, auf Versammlungen und Kund-

gebungen variiert. Tausende Vorschläge des Kongresses, Hunderte Ideen, ein ganzer Strom von Gedanken – wohin wird das Leben ihn tragen? Gorbatschow sagte, daß alles Vernünftige, Neue, darunter in den Ansprachen der Wirtschaftswissenschaftler als der radikalsten Diskussionsteilnehmer, genutzt werden muß. Eine Zeit der Wende erfordert die Suche, einen Durchbruch im Denken. Wir dürfen nicht Angst vor eigener Courage kriegen.

W. Shitomirski. Der Kongreß ist zu Ende. Die Zeit wird ihr Urteil über ihn sprechen. Im Grunde nahm unser ganzes Land daran teil. Insofern war er für uns alle eine Schule der Volksmacht, eine Schule von Demokratie, Parlamentarismus und politischer Kultur. Allerdings dürfen wir nicht glauben, wir hätten diese Schule schon absolviert. Wir haben gemeinsam mit den Volksdeputierten bestenfalls die Anfangsklasse hinter uns. Unter den Parlamentariern fanden sich fähige Schüler, ausgesprochene Persönlichkeiten. Wie in jeder Schulkasse, gibt es auch eine passive Gruppe, die erst bei der Abstimmung zum Vorschein kommt, wenn es gilt, sich an die Mehrheit anzulehnen. Es gibt auch noch Menschen, denen die Schule der Demokratie überhaupt gegen den Strich geht. Wie wir morgen dastehen werden, hängt von uns ab.

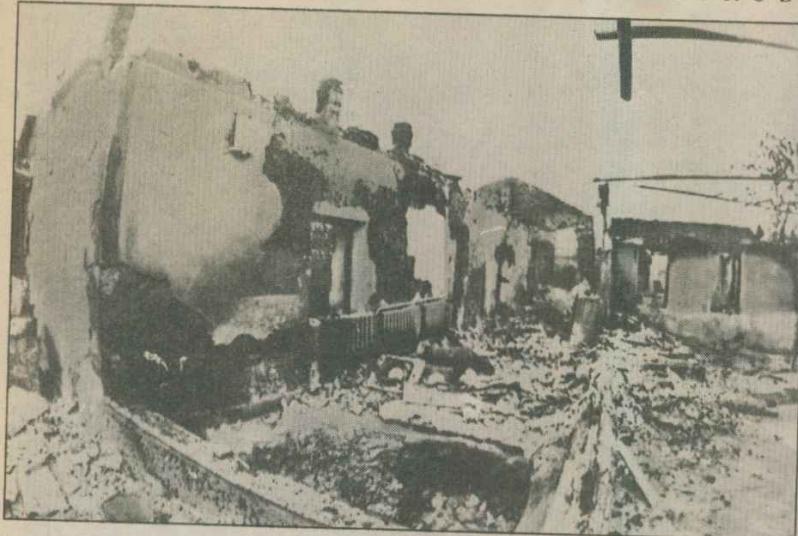
G. Sidorowa. Beim Abschluß unserer Diskussion dürfen wir auch den internationalen Aspekt nicht übergehen.

Die 13 Tage des Kongresses haben die Welt erschüttert. Sie zeigten uns so, wie wir sind. Mit all unseren neuralgischen Punkten, wirtschaftlichen Wirren, den Widerwärtigkeiten des Alltags, den sozialen Spannungen, den Konflikten zwischen einzelnen Nationalitäten, mit dem Kampf politischer Kräfte und Ideen. Die Weltgemeinschaft, die vieles davon, was sich bei uns abspielte, viel früher „geahnt“ hatte, als wir selbst „darauf kamen“, sah einen erwachenden Giganten, der sich das Abc der Demokratie beharrlich aneignet, weltweit offen ist, mit den Nachbarn eine ziviliisierte Sprache spricht und, wie mir westliche Kollegen beteuerten, in einigen Fächern der demokratischen Wissenschaften sogar weiter als andere zu gehen wagt.

Wichtiger für uns ist jedoch nicht, wie man uns „drüber“ sieht. Der Kongreß gab dem Land die Möglichkeit, in sich zu gehen und im Spiegel des Kongresses besser zu sehen, wie wir sind und wie wir vielleicht noch werden.



Fotos: B. Kaufman, TASS, APN



In diesem Haus wohnten Bürger turk-meschhetischer Herkunft

Das Drama im Fergana-Tal

Immer wieder fragen wir uns, wie es so weit kommen konnte. Am Ausgang des 20. Jahrhunderts töteten Menschen einander, nur weil ihnen bei einem anderen die Nasen- oder die Augenform bzw. eine Zeile im Fragebogen mißfällt. Wir schweigen uns heute nicht mehr über unsere Nationalitätenprobleme aus und schwingen keine Reden, die eher Trinksprüchen gleichen. Wir sprechen, wir schreien, wir wenden uns aneinander mit Schrecken und Trauer: Was tun? Wie die Menschen retten? Herde des Haders zwischen einzelnen Nationalitäten flammen an verschiedenen Enden unseres Landes auf, und jedesmal stehen wir ratlos da: Konnte der Brand denn nicht yorausgehen werden? Sind die Truppen des Innenministeriums denn wirklich das einzige Mittel, die Probleme unserer Nationalitäten zu lösen? Ein Pogrom, ein Gemetzel... Wie furchtbar, daß diese Wörter so leicht in unseren heutigen Wortschatz eingegangen sind.

Opfer eines Gemetzes sind diesmal Bürger turk-meschhetischer Herkunft, die vor mehr als 40 Jahren nicht aus freien Stücken nach Usbekistan kamen. Daß dieses Problem besteht, wußte man seit langem, niemand unternahm jedoch auch nur einen Versuch, es zu lösen, und nun fließt Blut. Die Zahl der Getöteten wird bald dreistellig, über 1000 Personen wurden verletzt. In der Hauptsache sind es Bürger turk-meschhetischer Herkunft, auf die die richtige Jagd gemacht wird. In Fergana und Kokand sieht man niedergebrannte Häuser und

Autowracks, dort ist die Ausgangssperre verhängt worden, Streifen patrouillieren auf den Straßen. In Kokand rotteten sich 5000 Menschen zusammen, steckten unter der grünen Fahne Häuser in Brand, mordeten Menschen, demolierten ein Milizrevier, bewarfen Soldaten mit Steinen, Benzinfälschen und selbstgemachten Lanzen und schossen auf sie.

Die Bürger turk-meschhetischer Herkunft wurden in ein Flüchtlingslager transportiert. Aber auch dort haben sie keine Ruhe. Eine mit MPis und Pistolen bewaffnete Gruppe von 400 Personen versuchte, das Flüchtlingslager im Gebirge auf Last- und Personenkraftwagen zu erreichen und zu überfallen. Hubschrauber mit Luftlandeeinheiten kamen gerade noch rechtzeitig, um ihnen zu helfen. Hubschrauber mit Ärzten an Bord wurden ebenfalls mit Steinen beworfen. Nunmehr werden die Bürger turk-meschhetischer Herkunft in die Russische Föderation evakuiert.

Eine im Gebiet Fergana erscheinende Zeitung schreibt von einer „seit langem ausgearbeiteten, umfassenden und geschickt verwirklichten politischen Aktion, die das Ziel verfolgt, die Lage zu destabilisieren“.

Machen wir es uns nicht zu leicht, alles auf eine Verschwörung abzuschieben? Können wir bei dieser Art, die Dinge zu sehen, hinter die wahren Gründe der Tragödie kommen und die Wege zu ihrer Überwindung finden?

Dr. Sergej TSCHESCHKO vom Institut für Ethnographie der AdW der UdSSR kommentiert die Ereignisse in Fergana und Kokand.

NZ. Die Bürger turk-meschhetischer Herkunft sind in den Meldungen aus den Herden der nationalen Konflikte noch nie vorgekommen. Wie stark ist diese Gruppe, wie kamen sie nach Usbekistan?

Sergej Tscheschko. Früher gehörten sie zur Bevölkerung von Meschetien im Süden Georgiens. In den 40er Jahren wurden sie in den Süden von Kasachstan und Usbekistan umgesiedelt. Wie die Krimtataren, die Tschetschenen und andere Völker waren sie Opfer der Stalinschen Willkür. Nach Angaben von 1979 (andere liegen nicht vor) leben in der UdSSR etwa 93 000 Bürger turk-meschhetischer Herkunft, darunter rd. 50 000 in Usbekistan. Die Zahlen sind nicht gerade präzise: Als in den 30er Jahren die Pässe für alle eingeführt wurden, registrierte man viele von ihnen als Aserbaidschaner oder Georgier. Im Gebiet Fergana z. B. werden 8000 von den 13 000 dort lebenden Bürgern turk-meschhetischer Herkunft als Aserbaidschaner geführt.

Man weiß, wieviel umgesiedelte Völker zu leiden hatten. Die Bürger turk-meschhetischer Herkunft hatten relativ gesehen weniger Pech, denn sie wurden nicht mitten in einer kahlen Steppe abgesetzt wie etwa die Sowjetdeutschen. Dennoch starben in den ersten Jahren viele Umsiedler an Seuchen: Die Bergbewohner konnten sich an die neue Umwelt nicht gewöhnen.

NZ. Haben sie sich jetzt assimiliert?

S. Tsch. Ihre materiellen Bedingungen sind nicht schlechter als die der Urbevölkerung. Dagegen gibt es praktisch keine Voraussetzungen für die Entwicklung ihrer nationalen Kultur.

Seit Beginn der 60er Jahre ersuchten diese Bürger wiederholt um die Erlaubnis, zu den Orten zurückzukehren, wo sie früher gelebt hatten. In jener Zeit entstand ein provisorisches Koordinationskomitee für die Heimkehr. Es sammelte Unterschriften unter Petitionen und entsandte Delegationen nach Moskau. Sie haben keine Antwort erhalten. Selbständig unternommene Versuche, in ihre engere Heimat zurückzukehren, führten zu nichts: Man verbot es ihnen, weil Meschetien ein Grenzgebiet ist. Es sei darauf hingewiesen, daß nationalistischer Extremismus den Bürger turk-meschhetischer Herkunft nie eigen war.

NZ. Wo liegt dann aber der Grund der tragischen Ereignisse?

S. Tsch. Die Demokratisierung unserer Gesellschaft hat eine nationale Wiederbelebung in Gang gesetzt. Die Menschen haben nicht vergessen, wie ungerecht sie einst

behandelt wurden. Die Völker, die unter Stalin verfolgt wurden, wollen wieder in ihre Rechte eingesetzt werden und verlangen, daß ihren geistigen und sozialen Interessen Rechnung getragen wird.

Um die Gründe der heutigen Ereignisse zu begreifen, muß man alle Bedingungen der nationalen Entwicklung in einer Region betrachten, in der es noch dazu an sozialen Problemen nicht mangelt. Einerseits ist es die Arbeitslosigkeit, andererseits der Mangel an Arbeitskräften in einigen Wirtschaftszweigen, der die Zuwanderung aus anderen Regionen des Landes nach sich zieht. Hinzu kommen verschiedene Deformationen der Stagnationszeit: Verstöße gegen die Gesetzlichkeit, Lokalpatriotismus, Nepotismus, Korruption.

NZ. Folglich haben die Ereignisse in Fergana und Kokand lediglich eine nationalistische Färbung, sind in Wirklichkeit aber auf akute sozialökonomische Probleme zurückzuführen?

S. Tsch. Der Konflikt zwischen den ethnischen Gruppen entstand auf der Basis außerordentlich ernsthafter sozialer Probleme Usbekistans, die übrigens für ganz Mittelasien charakteristisch sind. An sich sind die Probleme Mittelasiens nichts Einmaliges. Ihnen liegen ökonomische, soziale und politische Fehler und Verbrechen der Vergangenheit zugrunde. Es gibt aber auch einige spezifische Züge. Jetzt kommt es zu einem Ausbruch des ethnischen Selbstbewußtseins, und dies vor dem Hintergrund recht zurückgebliebener sozialer Verhältnisse. Unter solchen Umständen nehmen Äußerungen des Nationalismus nicht selten schreckliche Formen an.

Ferner besteht die Spezifität darin, daß die sozialen Probleme zugespielt sind: Das Bildungs- und das Gesundheitswesen sind in einer Notlage. Die soziale Konkurrenz im Bereich der Beschäftigung, des gesellschaftlichen Aufstiegs, der Verteilung materieller Güter werden auf den Bereich der nationalen Beziehungen projiziert.

Ein weiteres Problem ist das Bestehen zahlreicher Randgruppen der Bevölkerung. Das sind Menschen, die ihre gewohnte ländliche Lebensweise schon aufgegeben haben, aber innerlich noch nicht dazu bereit sind, sich in die moderne Industriegesellschaft zu integrieren. Besonders für sie sind erhöhte Aggressivität, soziale Minderwertigkeitskomplexe, Unduldsamkeit gegenüber fremden Gebräuchen, Rauschgiftsucht und Kriminalität charakteristisch. Die Randgruppen bilden den Nährboden für einen militanten Chauvinismus und Extremismus.

NZ. Konnte denn niemand die Möglichkeit eines Konflikts auch nur ahnen?

S. Tsch. Anfang der 70er Jahre machten einige Forscher unsere Führung darauf aufmerksam, daß sich die Probleme stauen und jederzeit hervorbrechen können. Man hörte aber nicht auf sie.

Wenn wir vom Großmachtchauvinismus sprechen, meinen wir meist den russischen Chauvinismus. Aber gerade in den Stagnationsjahren schoß der Chauvinismus der ortsansässigen Nationalitäten unserer einzelnen Republiken ins Kraut. Man könnte viele Beispiele anführen, wie nationale Minderheiten in den Republiken, darunter auch in Mittelasien, diskriminiert wurden. So gibt es Kolchose und Sowchose, in denen überwiegend Personen turk-meschhetischer Herkunft beschäftigt, aber in der Leitung nur Usbeken sind. Bisweilen stoßen diese Bürger auf Schwierigkeiten bei der Einstellung. Wenn das kein günstiger Boden für Belci-

bauen Obst an und verkaufen es auf dem freien Markt, was ihnen gute Einkünfte einbringt. Sie waren schon immer Gemüsebauer und Viehzüchter, dagegen trifft man sie im Baumwollanbau nur selten. Obwohl sie sprachlich und kulturell den Usbeken nahestehen, neigen sie wenig zu Kontakten mit ihnen, gehen so gut wie keine Mischungen ein und sie sind gewöhnlich kompakt, in Gruppen, vor allem in der Nähe von Rayonzentren, Städten und stadtähnlichen Siedlungen.

Das Ungewohnte erweckt Mißtrauen. Zudem sagen sie offen, daß sie nach Meschetien heimkehren wollen. Zwischen ihnen und Usbeken besteht noch eine scharfe Rivalität um Arbeitsstellen. Die usbekischen Randgruppen, von denen ich schon sprach, sind für hetzerische Lösungen besonders empfänglich.

NZ. Wo ist der Ausweg? Wie kann die Lage stabilisiert werden?

S. Tsch. Ich glaube, man sollte die Möglichkeit der Rückkehr nach Meschetien ernsthaft erwägen. Selbstverständlich kann dieser Konflikt nur bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen den Nationalitäten insgesamt beigelegt werden. Vor allem gilt es, die Rechte der Nationalitäten in der Gesetzgebung genau festzulegen und die reale Gleichberechtigung aller großen und kleinen Völker unseres Landes zu garantieren.



Im Flüchtlingslager

digitsein und Unzufriedenheit ist...

NZ. Sie sprechen von tieferliegenden Ursachen der nationalen Spannungen in Mittelasien. Aber was spielt sich jetzt ab?

S. Tsch. Kurz vor den Ereignissen in Fergana und Kokand war Alexej Ossipow, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter unseres Instituts, der die Geschichte und Kultur der Bürger turk-meschhetischer Herkunft erforscht, dort. Wie er sagt, zeigten sich die ersten Anzeichen der gegenseitigen Unduldsamkeit im Herbst v. J., als in Usbekistan nationalistische Flugblätter auftauchten, in denen es z. B. hieß: „Usbekistan für Usbeken!“ Am 2. Mai geschah in der Siedlung Laisch, Gebiet Samarkand, eine große Prügelei zwischen Usbeken und jungen Leuten aus den Turkvölkern. Am 23. Mai wiederholte sich das in der Stadt Kuwassai, Gebiet Fergana. Die Spannungen in Fergana wuchsen sich am 3. Juni zu Aktivitäten gegen die Bürger turk-meschhetischer Herkunft aus.

NZ. Warum ausgerechnet gegen sie? Im Gebiet Fergana leben doch auch andere Völker von geringer zahlenmäßiger Stärke.

S. Tsch. Auch hier ist die wichtigste Ursache wohl doch sozialer Natur. Unter den Bürgern turk-meschhetischer Herkunft gibt es zahlreiche hochqualifizierte Ärzte, Lehrer, Ingenieure, viele Industrie- und Verkehrsarbeiter. Nach den dortigen Begriffen sind das beinahe Traumberufe. Viele dieser Bürger sind auch im Handel beschäftigt. Außerdem pachten sie Bodenparzellen,

Warum haben die Ereignisse die Menschen, die von Amts wegen für die Rechtsordnung zu sorgen haben, überrumpelt? Warum haben selbst einige führende Funktionäre der Republik die Geschehnisse etwa so kommentiert: „Alles begann Ende Mai in Kuwassai mit unbedeutenden Konflikten, ich würde sogar sagen, mit alltäglichen Zänkereien...“ Nativität, Inkompetenz, Leichtsinn?

Nein, die Ursachen der Tragödie von Sumgait wurden nicht erschöpfend analysiert. Dazu gleicht die Entwicklung in Fergana ihnen zu sehr. Man könnte nicht nur den örtlichen Behörden, sondern auch zentralen Ämtern Inkompetenz vorwerfen. Wir haben es nicht gelernt, Konsequenzen aus Fehlern in der Nationalitätspolitik zu ziehen und die Entwicklung zu prognostizieren. Noch immer hoffen wir, die Schande von Pogromen und Gemetzel mit Schweigen zu übergehen oder zu verdrängen. Das ist die beste Methode, sie noch einmal zu erleben. Die Geretteten danken den Menschen, die ihnen Zuflucht bieten und aus dem Gebiet der Tragödie evakuieren. Es geht aber darum, daß der Staat jeden seiner Bürger zu schützen hat. Der Staat muß jedes Blutvergießen voraussehen und ihm vorbeugen.

Boris Balkarej

Hoffnungen der „Frontstaaten“

Wjatscheslaw Molew

Die Gewährung der Unabhängigkeit an das namibische Volk und die Einstellung des langwierigen Konflikts im Südwesten Afrikas sind gegenwärtig die wichtigsten Ereignisse im Leben der „Frontstaaten“ des afrikanischen Südens. Auch im Leben Botswanas

Als unsere Delegation des Sowjetischen Friedenskomitees in Gaborone, der Hauptstadt von Botswana, eintraf, spürten wir, wie geladen die Atmosphäre dort war: Die kaum begonnene Realisierung des UNO-Plans zur Entkolonialisierung Namibias wurde wegen blutiger Zusammenstöße zwischen den RSA-Truppen und den SWAPO-Partisanen aufs Spiel gesetzt. Die Seiten gaben widersprüchliche Erklärungen, noch fehlten authentische Informationen. Dabei betrifft die Herstellung eines festen Friedens in der Region die Interessen Botswanas, das eine mehrere Hundert Kilometer lange Grenze zu Namibia hat, auf das unmittelbarste.

„Sie kommen in unser Land in einer Zeit, da wir alle ziemlich aufgereggt sind“, sagte Frau Gaositwe Chiepe, Außenministerin von Botswana, als sie unsere Delegation in ihrem Arbeitszimmer empfing. „Der Süden Afrikas ist überhaupt eine heiße Region, ganz besonders heute.“ Die grazile, charmante Frau mit ausdrucksstarken Augen betrachtete ihre Gesprächspartner aufmerksam durch ihre goldene Brille.

„Dennoch glauben wir an den erfolgreichen Abschluß der Entkolonialisierung Namibias“, setzte sie fort. „Gegenwärtig darf weder die eine noch die andere Seite beschuldigt werden, man muß einfach alles tun, um den Konflikt friedlich beizulegen.“

Dieses Gespräch fand am Vorabend eines dringlich nach Luanda einberufenen Gipfeltreffens der „Frontstaaten“ im Süden Afrikas (Angola, Botswana, Mocambique, Sambia, Simbabwe und Tansania) statt. Die Teilnehmer sollten einen gemeinsamen Standpunkt zu dieser Frage erarbeiten.

„Botswana setzt sich vor allem für die baldigste Feuereinstellung ein und wird alles tun, damit sich solche Zwischenfälle nicht wiederholen. Dazu muß die UNO unserer Meinung nach bereit sein, die Stärke der UNTAG-Truppen zu erhöhen.“ (Das sind UNO-Gruppen, die Namibia in der Übergangszeit

helfen sollen). „Es ist nun einmal so, daß sich bei der Verwirklichung der Resolution 435 des Sicherheitsrates über die Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia dieser Grenzkonflikt ereignete, aber in dieser Situation bedeutet eine Verurteilung keine Hilfe.“

Einige Tage später waren wir bei Quett Masire, dem Präsidenten der Republik Botswana, der eben erst aus Luanda zurückgekommen war. Beim Gipfel der „Frontstaaten“, wo es darum ging, die friedliche Regelung in Südwestafrika zu retten und zu verhindern, daß sich dieser Zwischenfall zu einem neuen großen und blutigen Konflikt auswächst, fand Botswana ausgewogene Position Anerkennung.

Das Treffen von Luanda umriß die wichtigsten Maßnahmen zur Einstellung der Zusammenstöße im Norden Namibias und erweckte neue Hoffnungen auf dessen weitere Entkolonialisierung. Der Präsident war in gehobener Stimmung. Nur seine müden Augen verrieten, welch anstrengende Tage hinter ihm lagen. Wie er sagte, schlugen die „Frontstaaten“, über die Lage in Namibia äußerst besorgt, vor, zur Auf-

rechterhaltung der Ordnung ihre Truppen als Hilfe für die UNTAG-Truppen zu entsenden; das sei allerdings nur mit Zustimmung der UNO möglich.

Gefährliche Nachbarschaft

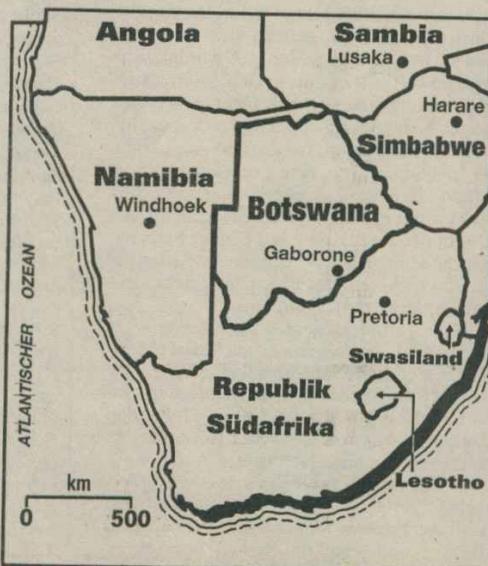
Die Lage in Südwestafrika und ein dauerhafter, stabiler Frieden an der Grenze sind für Botswana von besonderer Bedeutung: Davon hängen in hohem Maße die Situation im Lande selbst, seine sozialökonomische Lage und der Lebensstandard der Bevölkerung (mit der höchsten unter den unabhängigen Ländern Afrikas) ab.

Botswana hat nur rd. 1,2 Millionen Einwohner, aber seiner Fläche nach (600 000 Quadratkilometer) ist es größer als Frankreich. Etwa 2800 km von Botswanas Grenze entfallen auf Namibia und die RSA, zwei neuralgische Punkte der südafrikanischen Region. Von Gaborone bis zur Grenze mit der RSA sind es nur 15 oder 20 Minuten Fahrt. Diese Nachbarschaft verursachte Botswana in all den Jahren der Unabhängigkeit, die es 1966 erlangte, stets viele Sorgen. Da Botswana die Apartheid grundsätzlich verurteilt und die Befreiungsbewegungen der Völker der RSA und Namibias unterstützt, startete Pretoria wiederholt bewaffnete Provokationen gegen dieses Land. Überfälle der RSA-Commandos und die unruhige Lage in Namibia gefährden auch Botswanas Stabilität.

Als dieses nach ca. 80 Jahren britischer Herrschaft den Weg der Unabhängigkeit einschlug, betrug das Bruttonsozialprodukt kaum 50 Dollar pro Kopf der Bevölkerung, die gesamte Wirtschaft stand und fiel mit der Weiden- und Triftviehzucht. Das ganze große Land hatte eine einzige 5 km lange Asphaltstraße.

Die jährlichen Wachstumsraten der Volkswirtschaft belaufen sich in den letzten 10 Jahren auf ungefähr 10%. Die Entwicklung ist beeindruckend schnell: Gegenwärtig beträgt das Bruttonsozialprodukt bereits 840 Dollar pro Kopf der Bevölkerung, und der Anteil der Analphabeten ist von 80 auf 30% zurückgegangen.

Die 23 Jahre der Unabhängigkeit haben das Land beträchtlich verändert. Die liberale Finanzpolitik, die Auslandskapital heranziehen sollte (15prozentige Dividendenabgabe), förderte die Entwicklung von Industrie und Handel. Eine Bergbauindustrie entstand. Anfang der 70er Jahre wurden außerordentlich reiche Diamantenerde entdeckt. Gegenwärtig steht das Land mit der Diamantförderung an dritter



Stelle in der kapitalistischen Welt. Der Erlös aus dem Diamantenexport hat das Land die mehrjährige Dürre ruhig überbrücken lassen. Allein 1987 gingen in Botswana 80% des Getreideaufkommens wegen der Dürre ein, auch die Viehhaltung erlitt schweren Schaden. Die Bevölkerung bekam das jedoch nicht zu spüren, denn die Nahrungsmittel wurden importiert.

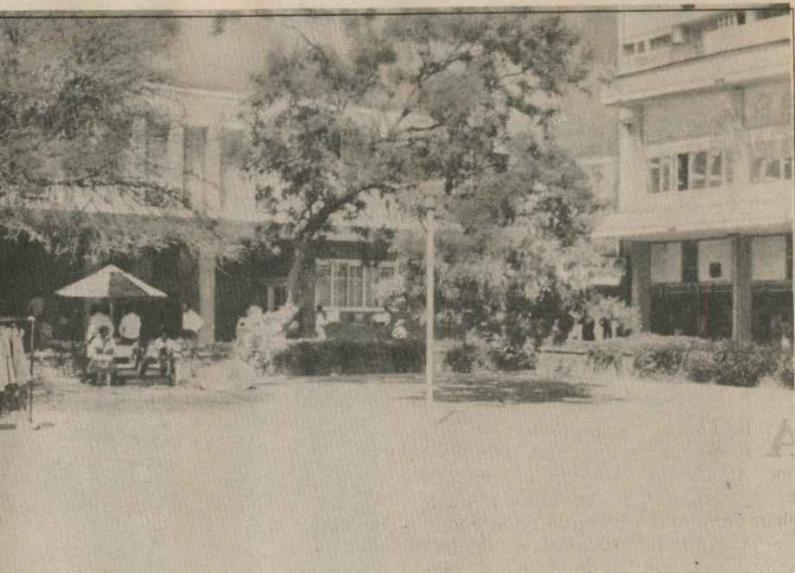
In Lobatse wurde eines der weltgrößten Fleischverarbeitungskombinate gebaut (auf jeden Einwohner von Botswana entfallen etwa drei Stück Rinder, die Fleischindustrie gehört zu den führenden im Lande). Die örtliche Verarbeitungsindustrie entwickelt sich. Es wurden 8000 km Straßen mit fester Decke gelegt.

Interessen-gleichgewicht

Die Erfolge sind unverkennbar. Aber das Land hängt in hohem Maße von seinem Nachbarn im Süden ab. Das RSA-Kapital beherrscht praktisch seinen Bergbau. Das Aktienpaket der Diamantengesellschaft Debswana gehört zur Hälfte der De Beers (RSA). In einer so neuen und vielversprechenden Branche wie der Gewinnung von Mineralsalzen gehören 52% des Kapitals der RSA-Firma African Explosives and Chemical Industries. Die Kohlevorräte werden von einer Filiale der südafrikanischen Anglo-American Co., die Kupfer- und Nickelerze von mehreren Firmen der RSA und der USA ausgebeutet. Die in Botswana gewonnenen Bodenschätze werden über südafrikanische Häfen ausgeführt. Der Import von Botswana entfällt zu 80% auf die RSA.

Von der RSA hängt ferner die Beschäftigung von 20 000 Einwohnern Botswanas (ein Viertel aller verfügbaren Arbeitskräfte) ab. Das ist wohl die verwundbare Stelle des Landes. Die einheimische Bevölkerung kann nur mit Mühe eine Beschäftigung im eigenen Land finden. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, in den Städten, wohin die Schulabgänger auf Arbeitsuche abwandern, mangelt es an Wohnungen, und all das schafft gewisse soziale Spannungen. Die RSA kann also Botswana ohne weiters wirtschaftlich unter Druck setzen.

Daher röhrt die sehr ausgewogene, vorsichtige Politik seiner Regierung, die darauf bedacht ist, die Beziehungen zum Nachbarn im Süden nicht zuzuspitzen, und



In Gaborone

natürlich die baldmöglichste Beilegung des Konflikts in Südwestafrika wünscht.

Wie wir uns überzeugen konnten, knüpft man in Gaborone große Hoffnungen an die allgemeine Verbesserung des Weltklimas und die Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA.

Präsident Masire sagte, als er uns empfing: „Seit Michail Gorbatschow die Führung übernommen hat, hat Ihr Land in der Tat viel erreicht, darunter auch in der Weltpolitik. Wir sind ihm dafür dankbar. Er ist heute der dynamischste Staatschef. Wir leben in einer sehr interessanten Zeit, und die Zukunft der Welt hängt hochgradig von Entscheidungen ab, die in der Gegenwart getroffen werden. Der Abschluß globaler Abkommen über die nucleare Raketenabrustung ist zweifellos sehr wichtig. Ich möchte jedoch betonen, daß auch die Ausarbeitung von Problemen des regionalen Friedens nicht minder wichtig ist. Unter anderem hoffen wir, daß es im Ergebnis gemeinsamer Friedensinitiativen der UdSSR und der USA gelingen wird, Namibia endlich seiner Unabhängigkeit entgegenzuführen.“

Der Präsident sprach davon, daß die Kontakte zwischen Botswana und der UdSSR aktiver ausgebaut werden sollten:

„Wir sind Ihrer Delegation erkenntlich, daß sie dieser Einladung in unser Land gefolgt ist.“ Dann fügte er lächelnd hinzu: „Ich glaube, wir verdienen mehr Aufmerksamkeit, als uns geschenkt wird.“

Offen gestanden empfand ich die Worte des Präsidenten als Ausdruck der allen Afrikanern eigenen Höflichkeit und Achtung gegenüber Gästen. Allerdings besuchen Delegationen der sowjetischen Öffentlichkeit dieses Land wirklich nicht allzu oft. Bei meinem Aufenthalt in Botswana kam mir immer wieder der Gedanke, daß wir Länder wie Botswana nicht als Peripherie der Weltpolitik betrachten sollten, wie es bei uns manchmal geschieht.

In Botswana besteht ein aufrichtiges, tiefes Interesse für das Leben der UdSSR und die Perestroika. Parlamentarier, die sowohl die Regierungspartei als auch die Opposition vertraten, Minister und Studenten überhäuften uns mit Fragen, die nicht immer angenehm waren. Dafür ließen sie erkennen, wie genau die Menschen die Entwicklung in der UdSSR verfolgen. In Gaborone sah ich Urnen für Spenden, die den Erdbebenopfern in Armenien zugute kommen.

„Möge der Regen kommen!“ sagen die Botswaner, wenn sie einander Glück und Gedeihen wünschen. Nicht weniger als Wasser braucht das Land, dessen Territorium fast zu drei Vierteln von der Kalahari-Wüste eingenommen wird, auch Frieden.

GABORONE – MOSKAU
Fotos des Autors

„Neue Zeit“
ein aktueller Überblick über das neue Denken,
Glasnost und Perestroika

Ordnung aus Chaos

Der Vorsitzende der größten Oppositionspartei Südkoreas antwortet auf Fragen der NZ

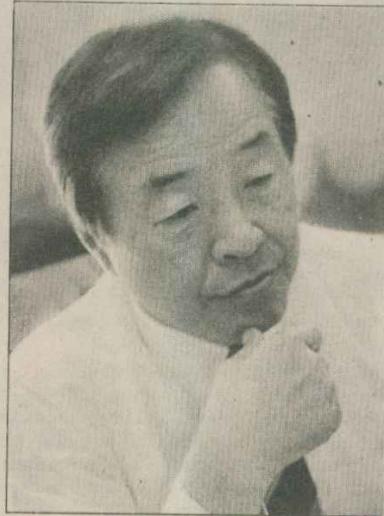
Kim Young Sam, Vorsitzender der Demokratischen Partei für die Wiedervereinigung Koreas, ist der erste südkoreanische Politiker, der nach Moskau eingeladen wurde. Zwischen der UdSSR und Südkorea bestehen keine diplomatischen Beziehungen, in Söul befindet sich nur eine Vertretung der sowjetischen Industrie- und Handelskammer, und so war Kim Young Sam Gast des akademischen Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen. Kontakte zwischen einer Forschungsanstalt und einer ausländischen Partei sind neu in der weltweiten diplomatischen Praxis, aber eine realistische Politik kümmert sich nicht um die Etikette, sondern um die Wege zum Einvernehmen.

Vor einem Jahr stellte die NZ als erstes sowjetisches Presseorgan ihre Spalten dem bekannten oppositionellen Politiker Kim Young Sam zur Verfügung. Vor den Olympischen Spielen charakterisierte die Sowjetpresse Südkorea am häufigsten als „amerikanische Marionette“. Seither hat sich vieles verändert, aber nach der Redaktionspost zu urteilen, haben unsere Leser ihre Einstellung zu Südkorea noch nicht festgelegt. Ist es ein selbständiger Staat, der erstaunliche Erfolge bei der Wirtschaftsentwicklung erzielt hat, oder ein von den Amerikanern ins Leben gerufenes künstliches Gebilde, das jedem Wink aus Washington gehorcht? Eine blutige Diktatur oder eine parlamentarische Demokratie? Wie sind schließlich unsere Bereitschaft zu Kontakten mit Söul und unser Bündnis mit der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik miteinander zu vereinbaren?

Dazu Kim Young Sam: „Früher erhielten wir bedeutende Hilfe von den USA, und sie hat eine entscheidende Rolle bei unserer Entwicklung gespielt. Mit Rücksicht auf unsere strategischen Interessen, unsere politischen und wirtschaftlichen Ziele sind die Beziehungen zu den USA für uns nach wie vor am wichtigsten. Genauso übrigens wie die Beziehungen zu Japan; in bestimmten Bereichen geben wir ihnen sogar den Vorrang.“

Die Annahme wäre jedoch falsch, wir seien auch heute Washington untergeordnet. Das alles gehört der Vergangenheit an. Die Amerikaner haben ein hohes Defizit im Handel mit uns, von Zeit zu Zeit kommt es zu einem Handelskrieg. In dieser Situation kann von Unterordnung keine Rede sein.

Das Blatt hat sich auch in der Innenpolitik gewendet. Wir haben die volle Redefreiheit und können alles sagen, was wir wollen.“



Aus Kim Young Sams politischer Biographie:

Geboren 1927 in Pusan; absolvierte die Universität Söul, hat einen akademischen Grad in Philosophie. Während des Koreakriegs kämpfte er gegen die Armee der KDVR. Mit 25 Jahren wurde Kim Young Sam zum erstenmal in die Nationalversammlung gewählt. Er war der jüngste Parlamentarier des Landes. Die oppositionelle Tätigkeit führte zu Kollisionen mit dem Regime. In Südkorea wechselten Militärs, die im Ergebnis eines Staatsstreichs an die Macht kamen, auf dem Präsidentenposten einander ab. Zweimal kam Kim Young Sam vor Gericht, wiederholt schwiebte er in Todesgefahr. 1979 vertrieb Präsident Park Chung Hee den Vorsitzenden der Neuen Demokratischen Partei Kim Young Sam aus dem Parlament. Park wurde von seinem eigenen Beamten ermordet, aber der Versuch, zur Demokratie zurückzukehren, hielt nicht lange vor: An die Macht kam der Ranger-General Chun Doo Hwan, der die Studentenunruhen in Kwangdschu grausam niedergeschlagen hatte. Kim Young Sam stand unter Hausarrest, ihm wurde das Recht auf politische Tätigkeit entzogen. Im Mai 1983 trat er in einen Hungerstreik. Dieser mutige Entschluß spielte eine beträchtliche Rolle bei der Veränderung des politischen Klimas im Lande.

1987 vermochte er, die wichtigste Oppositionspartei wieder auf die Beine zu stellen. Nunmehr hieß sie Demokratische Partei für die Wiedervereinigung Koreas. Die Partei führte die Traditionen der politischen Oppo-

sition fort, die im Lande 1945, gleich nach der Befreiung Koreas von der japanischen Kolonialverwaltung, ihre Tätigkeit aufgenommen hatte.

„Unter Chun Doo Hwan war mein Haus stets von Mitarbeitern des Geheimdienstes umgeben und ich vom politischen Leben ausgeschlossen“, sagt Kim Young Sam. „Es fiel mir sehr schwer, mich politisch zu betätigen und meine Gesinnungsgenossen zusammenzuschließen. Die Wahlen hat zwar Roh Tae Woo gewonnen, aber ohne unsere Partei in Betracht zu ziehen, kann er das Land nicht regieren. Die Demokratische Partei für die Wiedervereinigung Koreas ist die populärste im Oppositionslager. Sie wird praktisch von allen Kreisen der Gesellschaft unterstützt, besonders von der Intelligenz und, was beinahe noch wichtiger ist, von Studenten, Geschäftsleuten und sogar vielen Militärs. Allerdings dürfen Militärs unserer Partei nicht offen beitreten.“

Welche sozialen und wirtschaftlichen Probleme sind Ihrer Meinung nach am akutesten?

Vor allem der Wohnungsbau. Der minderbemittelte Teil der Bevölkerung muß relativ billige Wohnungen erhalten. Ein weiteres Problem ist der Stadtverkehr, besonders in Söul mit seinen 10 Millionen Einwohnern. Die Hauptstadt macht wegen der ständigen Verkehrsstaus einen tristen Eindruck. Leider kann die U-Bahn da nicht abhelfen, zudem ist sie verlustbringend. Gegenwärtig wollen wir eine neue Lösung versuchen und eine S-Bahn in Betrieb nehmen. Das wird die Landschaft zwar nicht schöner machen, dafür aber unsere Verkehrsadern etwas entlasten.

Auch die Strategie der Wirtschaftsentwicklung muß verändert werden. Unser Export ist doppelt so groß wie unser Import. Das macht bei unseren traditionellen Handelspartnern USA und Japan böses Blut. Wir dürfen ihnen das nicht übelnehmen, immerhin eröffneten die Amerikaner uns immer ihren Markt, aber es geht nicht, ihr Wohlwollen bis in die Unendlichkeit auszubeuten. Ich bin dafür, unseren Außenhandel zu harmonisieren. Wir müssen mehr kaufen und die Möglichkeiten unseres Inlandsmarkts erweitern. In Südkorea ist der Lebensstandard in den letzten Jahren stark gestiegen, wir haben die Zahlungsfähigkeit der Menschen gehoben. Früher haben wir unsere Pkws hauptsächlich exportiert, und das ging zu Lasten unserer Bevölkerung. Gegenwärtig gilt es, den Inlandsmarkt zu sättigen.

Wie stehen Sie zu einer umfassenden Einbeziehung der UdSSR in die Arbeitsteilung in der asiatisch-pazifischen Region?

Ich bin für die vollberechtigte Teilnahme der UdSSR an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in dieser Region und dafür, daß die UdSSR dem Wirtschaftsrat des Pazifik-

raums beitritt, denn bisher hat sie nur den Beobachterstatus.

In unseren Korea-Vorstellungen besteht auch noch das Denkklichee, die Interessen der Sowjetunion und der USA auf der Halbinsel seien antagonistisch. Die NZ äußerte vor kurzem einen anderen Standpunkt: Die Interessen beider Großmächte stimmen überein. Vor allem deshalb, weil man in Moskau und Washington am meisten an der Stabilität auf der Halbinsel Korea interessiert ist. Wie denken Sie darüber?

Ganz meine Meinung. Die direkte Konfrontation zwischen Ost und West (ich meine diese Kategorien im politischen Sinn) gehört allmählich der Vergangenheit an, die Denkweise verändert sich, und ich bin sicher, daß sich die Situation auf unserer Halbinsel anders gestalten wird. Der Frieden auf der Halbinsel Korea ist jetzt Anliegen nicht nur des Nordens und des Südens.

Auf deutschem Boden existieren zwei Staaten, und sie sind alle beide von der Weltgemeinschaft anerkannt. Auch Korea ist seit mehr als 40 Jahren gespalten, aber die Weltgemeinschaft spricht nicht von zwei Staaten, sondern von zwei Teilen ein und desselben Landes. Was ist der Unterschied zwischen der Lage in den beiden deutschen Staaten und der Situation auf der Halbinsel? Ist es real, nach all diesen Jahren von einer Vereinigung von Nord und Süd zu sprechen? Die politischen und wirtschaftlichen Strukturen sind unterschiedlich, Generationen sind herangewachsen, die ein einheitliches Korea nicht kennen.

Wir streben nach Vereinigung, aber das ist natürlich nicht so einfach, dazu waren unser Norden und unser Süden zu viele Jahrzehnte voneinander isoliert. Dieser Prozeß wird viel Zeit in Anspruch nehmen. Ein Vergleich zur Lage der DDR und der Bundesrepublik... Ich weiß, Ihr Land hat besondere Beziehungen sowohl zur DDR als auch zur KDVR. Dennoch haben Sie normale diplomatische Beziehungen zur BRD, und gerade jetzt stattet Ihr Präsident Gorbatschow einen Besuch in Bonn ab. Ihr Land hat einen gut gehenden Handel und eine gut funktionierende Infrastruktur der Beziehungen zur Bundesrepublik. Ich denke, daß diese Beziehungen für die Sowjetunion wichtig sind. Wir möchten, daß Ihr Land unsere Republik Korea ebenso anerkennt, wie es die Existenz Westdeutschlands anerkannt hat. Während meiner Treffen in Moskau sprach ich darüber. Man antwortete mir, daß die gegenwärtige Situation in der Tat nicht als normal anzusprechen sei.

Die Herstellung der Beziehungen zur BRD war etwas einfacher, weil man sowohl in Berlin als auch in Bonn anerkannt hatte, daß auf deutschem Boden zwei Staaten bestanden. In Pjöngjang und Söul heißt es, der Staat müsse ein-

heitlich sein. Auch in der Vorstellung der Sowjetbürger existiert ein einziges, wenn auch gewaltsam halbiertes Land.

Man muß stets zwischen Ideal und Wirklichkeit genau unterscheiden. Die Übereinstimmung der gesetzten Ziele und der realen Möglichkeiten ist ein Ideal der Politik. Natürlich möchten wir unsere Vereinigung herbeiführen, aber die Wirklichkeit sieht so aus: zwei selbständige Staaten mit unterschiedlichen Ideologien. Alle müssen diese Wirklichkeit anerkennen. Ich glaube daran, daß sowohl die KDVR als auch die Republik Korea in Zukunft der UNO beitreten werden und daß die Sowjetunion als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats diesen Schritt unterstützen wird.

Sind Sie mit Vertretern der KDVR zusammengekommen?

Unseres Erachtens muß zur Lösung unserer Probleme ein Dialog mit Pjöngjang eingeleitet werden.

Sind Sie mit Ihrer Moskau-Reise zufrieden?

Dieser Moskau-Besuch war für mich sehr wichtig. Ich empfinde große Genugtuung über seine Ergebnisse. Nach meiner Heimkehr werde ich vor allem sagen können, daß unsere Bitte erfüllt worden ist. Auf Sachalin lebt eine kleine Anzahl von Koreanern, die vor dem Krieg aus Südkorea dorthin ausgereist waren. Das sind etwa 200 Personen, hochbetagte Mehlschen, die viel erlebt haben und auf ein unglückliches Leben zurückblicken. Wir ersuchten die sowjetische Seite, ihnen die Ausreise in die Heimat zu erlauben, damit sie ihr Leben dort beenden können, wo sie geboren wurden, und damit sie dort neben ihren Ahnen begraben werden. Ich bin glücklich, daß dieser Bitte sowjetischerseits nachgekommen worden ist.

Wir haben Kontakte mit dem Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen und mit dem Verband der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland hergestellt. Eine Delegation dieses Verbands wird auf unsere Einladung in diesem Jahr nach Söul kommen. Wir hatten politische Beratungen im ZK der KPdSU. Ich schlug vor, einen sechssitzigen parlamentarischen Ausschuß einzusetzen, der regionale Probleme erörtern könnte.

Worauf läuft Ihr Vorschlag hinaus?

Parlamentarier aus den USA, der UdSSR, der VR China, Japan, der KDVR und der Republik Korea werden die Möglichkeit haben, alle uns interessierenden Probleme im Zusammenhang zu erörtern. Die UdSSR und China haben keine diplomatischen Beziehungen zu Söul, die USA keine zu Pjöngjang, weshalb die gewöhnlichen Kanäle der politischen Kontakte ausgeschlossen sind. Parlamentarier aber können sich im Rahmen der Interparlamentarischen Union an einen Tisch setzen, und das verstößt nicht

gegen die Verpflichtungen einer Seite. Wenn wir diese Kanäle der Diskussionen und des Meinungsaustausches hätten, würden wir zur Schaffung einer für die Zusammenarbeit günstigen Atmosphäre beitragen und mit der Zeit normale zwischenstaatliche Beziehungen herbeiführen.

Die Geschichte kennt keine Pausen. Morgen wird die Welt anders aussehen als heute. Sie ändert sich fortwährend. Im Chaos liegen schon Keime der Harmonie, wie in der Konfrontation Keime der Versöhnung liegen. Es kommt darauf an, diese Keime nicht zu übersehen.

Vom geopolitischen Standpunkt aus müssen die UdSSR und die Republik Korea unbedingt gute Beziehungen zueinander haben. Die Zeit ist gekommen, die Vergangenheit, die Hinterlassenschaft des kalten Kriegs zu überwinden. Meiner Meinung nach gibt es jetzt keine nennenswerten Hindernisse für unsere bilateralen Beziehungen. Schon jetzt ließen sich Bereiche gegenseitiger Interessen finden: Handel, humanitäre Zusammenarbeit, kultureller Austausch.

Werden Sie nach Ihrer Rückkehr in Söul mit Präsident Roh Tae Woo zusammenentreffen?

Vor meiner Abreise nach Moskau hatten wir, der Präsident und ich, ein vierstündiges Gespräch. Außerdem besuchten mich damals Delegationen von Militärs und Geschäftsleuten. Mit ihnen besprach ich das Programm meiner UdSSR-Reise. Mit Roh Tae Woo ist ein Treffen gleich nach meiner Rückkehr in Söul vereinbart worden.

Kim Young Sam verhehlte nicht, wie bedeutsam der Aufenthalt in Moskau für ihn war. Im Grunde entdeckte er die UdSSR für Südkorea, und Söul strebt schon seit langem danach, Kontakte zu Moskau aufzunehmen. Kim Young Sam ist als erster in die sowjetische Hauptstadt gekommen, und das bedeutet viel für sein politisches Schicksal. Aber noch unvergleichlich wichtiger für das Schicksal der gesamten Halbinsel Korea ist die Position der UdSSR. Die Beilegung des Konflikts auf der Halbinsel erfordert eine internationale Beteiligung und die Vermittlung der Großmächte. Da die USA keine Beziehungen zur KDVR unterhalten, können sie auch nicht zwischen Nord und Süd vermitteln und ihnen Berührungspunkte finden helfen. Die UdSSR ist da in einer günstigeren Lage. Aber auch sie hat keine politischen Beziehungen zu Söul, und das schränkt ihre Möglichkeiten als Vermittler grundsätzlich ein. Die KDVR reagierte sehr schroff, als Ungarn diplomatische Beziehungen zu Südkorea aufgenommen hatte. Die Sowjetunion muß auf die Gefühle Ihres Bündnispartners und Nachbarn Rücksicht nehmen.

Eine weitere unlösbare Situation? Ja, sie wird es bleiben, wenn man nicht nach einem Ausweg sucht. Die Verpflichtungen gegenüber Pjöngjang, das humane Streben, die Situation auf der Halbinsel zum Wohl des gesamten koreanischen Volkes zu stabilisieren, und die einzigartige Chance, sich als asiatische Großmacht zu präsentieren und die Notwendigkeit ihrer Teilnahme am Leben der Region zu beweisen, erfordern eine aktive sowjetische Diplomatie.

Foto: W. Panow

Die zweite Runde in Wien

Der Leiter der UdSSR-Delegation bei den Verhandlungen der 23 Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO über konventionelle Streitkräfte und der 35 Teilnehmerstaaten von Helsinki, Botschafter Oleg GRINEWSKI, antwortet auf Fragen der NZ

„Neue Zeit“. Auf der ersten Tagung der Wiener Verhandlungen unterbreiteten die Warschauer Vertragsstaaten ein konzeptuelles Schema einer Vereinbarung über die Reduzierung der konventionellen Waffen und Streitkräfte in Europa. Ein entsprechendes Dokument der NATO-Länder liegt ebenfalls vor. Welche Veränderungen gibt es in den Positionen nach der kleinen diplomatischen Auszeit?

Oleg Grinewski. Dieses Schema spielte und spielt auch weiterhin eine wichtige Rolle bei der Bestimmung der weiteren Entwicklung dieser Verhandlungen, ihrer Ausrichtung und ihres politischen Inhalts. Hierbei geht es um Aufgabenstellungen nicht nur für die allernächste Zukunft, sondern in der Perspektive bis hin zum Jahr 2000. Es handelt sich um die Herbeiführung eines militärischen Gleichgewichts auf geringerem Niveau, wobei beide militärische Bündnisse nur die Kräfte und Mittel behalten, die zur Verteidigung notwendig sind und nicht ausreichen, um überraschende Überfälle und Offensivoperationen ausführen zu können.

Die Ergebnisse der ersten Tagung haben gezeigt, daß es in den Positionen der Seiten übereinstimmende Elemente gibt, die die Grundlage für eine erste Vereinbarung bilden könnten. Ihr Resultat könnte die umfassende Kürzung der Streitkräfte und konventionellen Waffen in Europa sein: nicht nur die Beseitigung der bestehenden Ungleichgewichte und Assymetrien, sondern die Einigung auf ein wesentlich geringeres Niveau bei den am meisten destabilisierenden Waffenkategorien.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen entwickelten sich die Ereignisse zügig, für manche auch in vieler unerwartet.

Am 11. Mai unterbreitete Michail Gorbatschow in Moskau während seines Treffens mit US-Außenminister James Baker neue bedeutende Abrüstungsinitiativen. Am 18. Mai wurden sie offiziell von der sowjetischen Delegation im Namen aller Warschauer Vertragsstaaten in die Wiener Verhandlungen eingebracht. Danach legten die verbündeten sozialistischen Staaten innerhalb von zwei Wochen mehrere Arbeitsdokumente vor, die den Rahmen einer möglichen ersten Vereinbarung umrissen.

Im Ergebnis einer solchen Vereinbarung müßten Reduzierungen auf gleiche kollek-

tive Grenzwerte erfolgen, die für jedes Bündnis folgendermaßen aussehen:

Personalstärke	1 350 000 Mann
der Truppen	
Angriffskampfflugzeuge der (taktischen) Frontfliegerkräfte	1500
Kampfhubschrauber	1700
Kampfpanzer	20 000
Artillerie (Kaliber 100 mm und darüber)	24 000
Schützenpanzer	28 000

In diese Grenzwerte gehen sowohl die Waffen der kampfbereiten Verbände als auch die in den Depots befindlichen ein. Die Reduzierungen sollen auf vereinbarter Grundlage etappenweise in allen sechs Kategorien innerhalb von 5-6 Jahren nach Erzielung der Vereinbarung vorgenommen werden, damit die Sicherheit keines Verhandlungspartners und keines der europäischen Länder beeinträchtigt wird.

In welchem Umfang müßten die Seiten reduzieren? Die NATO müßte z.B. die Kampfflugzeuge und -hubschrauber um ca. 2500 Einheiten kürzen, der Warschauer Vertrag - in geringerem Umfang, weil er über weniger solcher Waffen verfügt. Dafür müßte der Warschauer Vertrag 40 000 Panzer verschrotten, die NATO dagegen nur 10 690, weil sie gegenwärtig weniger Panzer hat.

Die neuen Vorschläge der Warschauer Vertragsstaaten nannte das State Department der USA westlichen Pressemeldungen zufolge „wirklich erstaunlich“, und der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Brent Scowcroft erklärte, daß man es hier mit einem ernsthaften Vorschlag zu tun habe, den die USA aufmerksam prüfen werden. Auch in verschiedenen Äußerungen des Präsidenten und einiger Spitzenpolitiker anderer NATO-Staaten waren positive Noten zu vernehmen.

NZ. In seiner Rede am 29. Mai in Brüssel unterbreitete US-Präsident George Bush neue amerikanische Vorschläge betreffs der konventionellen Streitkräfte in Europa. Sie sind faktisch eine direkte Antwort auf die Initiativen des Warschauer Vertrags. Die amerikanischen Verbündeten billigten sie als Position der westlichen Seite bei den Gesprächen der 23er-

Gruppe, obwohl sie in konkreter Form nicht vor September auf dem Verhandlungstisch in Wien landen werden. Was denken Sie darüber?

O. G. Selbstverständlich kann man heute nur vorläufige Einschätzungen abgeben, denn die Vorschläge sind noch sehr allgemein gehalten.

Ich denke, die Vorschläge der NATO sind ein ernsthafter und spürbarer Schritt der Annäherung an die Positionen der sozialistischen Staaten. Wenn wir früher nur über drei Kategorien von Waffen sprachen, die der vorrangigen Reduzierung unterliegen - Kampfpanzer, Artillerie und Schützenpanzer, so geht es heute schon um sechs, d. h. es kommen noch die Kampfflugzeuge, die Kampfhubschrauber und die Personalstärke hinzu.

Wir haben also heute folgendes Bild: Bei den Kampfpanzern und den Schützenpanzern stimmen die von der NATO und dem Warschauer Vertrag vorgeschlagenen Obergrenzen fast überein. Bei der Artillerie und den Hubschraubern kommen sich die Positionen sehr nahe. In den Arbeitsgruppen müssen jetzt Zählvorschriften für diese Waffenarten ausgearbeitet werden, und dann wird es vermutlich leichter sein, eine gegenseitig annehmbare Lösung zu finden.

Natürlich bedeuten Fortschritte in den Positionen der NATO nicht, daß alle ernsthaften Schwierigkeiten und Differenzen im Herangehen der Seiten beseitigt sind.

Die NATO schlägt z. B. vor, alle landgestützten Kampfflugzeuge zu reduzieren, einschließlich solcher reinen Verteidigungssysteme wie Abfangjäger der Luftverteidigung, die Erdziele nicht angreifen können. Ein solches Herangehen entspricht unserer Meinung nach nicht dem bei den Seiten schon vorhandenen Verständnis, daß in der ersten Etappe nur destabilisierende Waffengattungen, die für Offensivoperationen vorgesehen sind, gekürzt werden sollen. Für die Luftstreitkräfte bedeutet das die Reduzierung der Angriffskampfflugzeuge der (taktischen) Frontfliegerkräfte, jedoch nicht der Flugzeuge der Luftverteidigung.

Auch der Vorschlag von Präsident Bush über die Verringerung auf gleichen Stand nur der Streitkräfte der USA und der UdSSR, die sich auf dem Territorium des Bündnisses befinden, ist nicht ausgewogen. Er berücksichtigt nicht die Streitkräfte Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas und Belgiens auf dem Territorium der Bundesrepublik, das sind aber ca. 100 000 Mann. In dieser Frage ist, wie

mir scheint, der frühere Standpunkt der NATO, den übrigens auch der Warschauer Vertrag teilt, gerechter: die Festlegung gleicher Obergrenzen für alle Streitkräfte der Staaten jedes der beiden Bündnisse, die sich außerhalb der nationalen Territorien befinden.

Ungeachtet dieser und anderer Schwierigkeiten machen die von den Seiten verkündeten Positionen ein ernsthaftes Arbeiten möglich, garantieren auch weiterhin den dynamischen Verlauf der Verhandlungen mit dem Ziel, sich auf eine gegenseitig annehmbare erste Vereinbarung zu einigen. Die sowjetische Delegation wird nach Kräften dazu beitragen.

NZ. Die NATO-Staaten schlugen bekanntlich ihre Variante der Aufteilung der gesamten Reduzierungszone vom Atlantik bis zum Ural in Gebiete mit bestimmtem zulässigen Rüstungsniveau vor. Die sowjetische Delegation brachte in Übereinstimmung mit den anderen sozialistischen Staaten ebenfalls einen Vorschlag ein, der die regionale Teilung des Abrüstungsgebietes betrifft. Worin stimmen die Positionen der Seiten überein und worin unterscheiden sie sich?

O. G. An sich ist das Herangehen an das Problem der Reduzierung der konventionellen Streitkräfte vom Standpunkt der Zoneneinteilung ein wichtiges gemeinsames Element in den Positionen der Seiten. Die zonenmäßigen Beschränkungen sollen die Möglichkeit einer gefährlichen Konzentration von Streitkräften und Rüstungen an der Trennlinie der beiden militärisch-politischen Bündnisse und die Möglichkeit ihrer Verlagerung aus rückwärtigem Gebiet an die Berührungsstelle verhindern. Die vom Warschauer Vertrag und der NATO vorgelegten Schemata der Zoneneinteilung enthalten einige gemeinsame Elemente. So wird z. B. die mitteleuropäische Zone berücksichtigt, wo die meisten Waffen konzentriert sind, und Zonen der ersten Staffel sowie Hinterlandszonen sind vorgesehen.

Die Unterschiede betreffen im wesentlichen die Konfiguration der einen oder anderen Zone, oder anders gesagt, ihren „Zuschnitt“. Der NATO-Zuschnitt der

Karte von Europa und besonders die vorgeschlagene Verteilung der Rüstungen in den Zonen kann sich unserer Ansicht nach inadäquat auf die Sicherheit der einzelnen Staaten und die Struktur der Streitkräfte auswirken. Bei der Gebietsaufteilung nach dem NATO-Schema werden bis zu 70% der auf diesem Kontinent stationierten schweren Waffen dieses Blocks in Mitteleuropa zusammengezogen. Entspricht das nicht der bekannten NATO-Konzeption von der „Vorneverteidigung“? Die Anzahl der Panzer würde z. B. 14 000 – 15 000 Einheiten betragen, die in den Arsenalen eingelagerten mitgerechnet. Diese Zahlen sprechen für sich selbst.

Unser Schema der Zoneneinteilung baut auf anderen Prinzipien auf. So ist die Aufteilung des gesamten Gebietes vom Atlantik bis zum Ural in Berührungsstreifen der Bündnisse für beide Seiten vorgesehen (Mitteleuropa wird ausgeklammert). Dabei sollen die Waffen in den Zonen so verteilt werden, daß die Fähigkeit der Seiten zu großangelegten Angriffsoperationen maximal eingeschränkt wird.

NZ. Worin besteht die Besonderheit der zweiten Phase der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte?

O. G. In der Konzentration der Anstrengungen beider Seiten auf die Ausweitung und Vertiefung der Übereinstimmungsberichte, die die Grundlage für eine erste Vereinbarung bilden könnten. In der Praxis würde das den Übergang zur konkreten Behandlung solcher Fragen bedeuten wie die Kategorien der zu reduzierenden Streitkräfte und Rüstungen, ihre Definitionen und die Abstimmung der Zählvorschriften. Parallel dazu könnte an der zahlenmäßigen Festlegung der Obergrenzen bei den zu reduzierenden Streitkräften und Waffen sowohl in Europa als Ganzes als auch in den einzelnen Regionen gearbeitet werden. Außerdem müssen noch Fragen der Kontrolle erörtert werden. Der Übergang zu dieser neuen Arbeitsstufe vollzieht sich unter den Bedingungen der unlängst von den Mitgliedern vereinbarten Arbeitsstruktur der Verhandlungen.

NZ. Worin besteht das Wesen der von

den Warschauer Vertragsstaaten eingebrachten Vorschläge betreffs der Obergrenzen bei den konventionellen Streitkräften der Staaten der beiden Bündnisse, die sich außerhalb der nationalen Territorien in Europa befinden?

O. G. Dieser Vorschlag war von der Notwendigkeit diktiert, zusätzliche Schritte zur beträchtlichen Verringerung der Konzentration der Streitkräfte und konventionellen Waffen sowohl in Europa als Ganzem als auch in seinen verschiedenen Regionen zu unternehmen. Es geht darum, nicht nur die gleichen verringerten Obergrenzen für die Truppen und die konventionellen Waffen festzulegen, die nach der Reduzierung in jedem der Bündnisse verbleiben, sondern auch die Stärke derjenigen Truppen und konventionellen Waffen auf einen bestimmten Stand zu begrenzen, die die Bündnissen angehörenden Länder außerhalb ihres nationalen Territoriums stationieren dürfen.

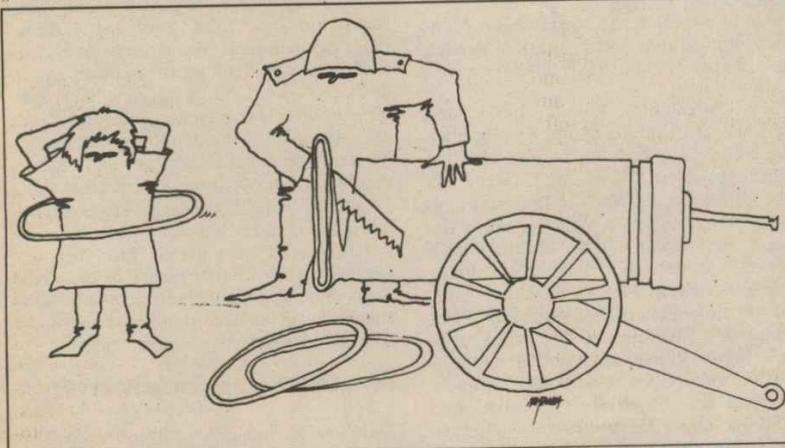
Entsprechend dem Vorschlag, den unsere Delegation im Namen der Warschauer Vertragsstaaten einbrachte, könnten im Falle des Zustandekommens einer ersten Vereinbarung die Streitkräfte und konventionellen Waffen der Staaten eines Bündnisses, die sich in Europa außerhalb ihres nationalen Territoriums befinden, auf folgende kollektive Grenzwerte beschränkt werden:

Personalstärke der Truppen	350 000 Mann
Angriffskampfflugzeuge der (taktischen) Frontfliegerkräfte	350
Kampfhubschrauber	600
Kampfpanzer	4500
Artillerie (Kaliber 100 mm und darüber)	4000
Schützenpanzer	7500

Wir gehen davon aus, daß die Einführung von Obergrenzen für die Stärke der Truppen und Waffen jedes Bündnisses, die sich außerhalb der nationalen Territorien befinden, an sich schon entscheidende Bedeutung in militärischer Hinsicht hat. Zusammen mit den kollektiven Obergrenzen auf regionaler Ebene begünstigen solche Schritte in großem Maße die radikale Reduzierung der Streitkräfte und die Beseitigung des Potentials für einen Überraschungsangriff und die Einleitung großangelegter Angriffsoperationen.

Das Gespräch führte

Wladimir Nasarenko



Zeichnung: Marina Bondarenko



Die Diktatur geht...

Vorausschauen

Chilenische Wirtschaftskreise blicken mit Optimismus auf die Möglichkeiten, die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern auszuweiten

Seit meinem ersten Aufenthalt in Chile ist mehr als ein halbes Jahr vergangen, und meine zweite Reise liegt ungefähr drei Monate zurück. Aber immer noch fragen mich die Leute, wie es mir gelungen ist, ein Visum für dieses Land zu bekommen.

„Sehr einfach“, antworte ich gewöhnlich, „ich gehe zum chilenischen Konsulat in Montevideo, wo sich unser Korrespondenzenbüro befindet. Dort füllte ich die nötigen Formulare aus, wobei ein Punkt die Verpflichtung betrifft, keiner regierungseindlichen Tätigkeit nachzugehen.“

„Du wurdest auf dem Flughafen sicher gründlich durchsucht?“

„Nichts dergleichen. Sie waren sehr freundlich und machten keine großen Augen, als sie meinen sowjetischen Paß sahen, sondern versahen ihn mit dem Vermerk ‚Einreise‘. Sie hätten noch die Worte ‚herzlich willkommen‘ hinzufügen, mit den Augen zwinkern und sagen können: Sieh

an, auch die Sowjets, schauen schon bei uns vorbei.“

„Heißt das, daß die sowjetischen Menschen nur ‚grünes Licht‘ auf den Straßen Chiles haben?“ ging „das Verhör“ weiter. „Ja und nein.“

Wie ich erfahren konnte, bekommen nicht alle das Einreisevisum. Es gibt auch Ablehnungen. Aber Journalisten werden nicht abgewiesen. Das ist eine Tatsache. Ich habe Glück gehabt. Nach 15 Jahren strenger Verbote (und zwar nicht nur von chilenischer Seite) war ich der Erste. Gleich nach mir kamen aber auch schon einige andere Kollegen. Meines Erachtens würden die chilenischen Behörden jetzt nicht einmal die Eröffnung von Vertretungen sowjetischer Presseagenturen in Santiago de Chile behindern. Und sollte irgendein Vertreter der sowjetischen Industrie- und Handelskammer hierher reisen wollen, so bin ich davon überzeugt, daß man ihm nicht nur das Visum gewähren, sondern ihn hoch-

erfreut begrüßen und Bedingungen für normale fruchtbare Handelsbeziehungen schaffen würde.

Ich übertreibe? Keineswegs. Um sich davon zu überzeugen, braucht man sich nicht einmal auf einen Empfang zu den chilenischen Wirtschaftsbossen durchzuschlagen, was mir übrigens gelungen ist. Im März wurde mir ein Interview mit dem damaligen Finanzminister Hernan Büchi Buc, den man zu den Vätern des „chilenischen Wirtschaftswunders“ zählt, verweigert. Allerdings gab er damals überhaupt keine Exklusiv-Interviews, denn es war in jenen Tagen noch nicht klar, ob er auf seinem Posten bleiben oder ihn aufgeben würde, um sich ganz dem Kampf um den Präsidentensessel bei den Wahlen im Dezember 1989 widmen zu können. Nun wenn nicht, dann eben nicht. Ich mußte meine Erwartungen etwas zurückschrauben und mich einige Stufen tiefer zu begeben, weil man gerade hier, bei den Geschäftsleuten, einen Bezug zu dem Problem der Wiederaufnahme der sowjetisch-chilenischen Handelsverbindungen viel mehr spürt. Und genau davon spreche ich.

Der „Lada“ schlägt alle Rekorde

Das erste, was jedem sowjetischen Bürger sofort ins Auge springt, wenn er sich in den Straßen von Santiago de Chile befin-

det, ist die große Anzahl unserer „Ladas“ in verschiedenen Ausführungen. Manchmal taucht in den Autoschlangen ein Moskwitsch oder sogar ein Saporoshez auf, aber sie gibt es vorerst nur in Einzlexemplaren. Die Nachfrage wird noch getestet. Wie sind sie dahin gekommen? Über Panama, wo sich sozusagen der Verteilerpunkt unserer Autos in die lateinamerikanischen Länder befindet.

Chilenische Geschäftsleute zogen sogar den Schluß, daß der „Lada“ durch seine technischen Eigenschaften und seinen verhältnismäßig annehmbaren Preis auf dem einheimischen Markt großen Erfolg haben könnte. Unerwartet eröffnete sich vor ihnen ein zukunftsreicher Markt. Viele Besitzer von altersschwachen Autos, die diese durch modernere ersetzen wollten, aber kein Geld hatten, um sich neue zu kaufen, zogen es vor, relativ billige Gebrauchtwagen zu erwerben.

„Man muß ihnen neue anbieten, aber zum gleichen Preis und mit Service-Garantie“, beschlossen die Geschäftsleute, als sie auf die Idee kamen, den Lada einzuführen. Und das haben sie tatsächlich auch in Angriff genommen.

Das Geschäft kam in Gang. Heute blüht das chilenisch-panamaische Unternehmen „Lada Chile“, das gemeinsam finanziert wurde. Ende letzten Jahres hat die Firma schon die Verkaufsrekorde von „General Motors“, „Volkswagen“ und „Nissan“ in Chile geschlagen. Heute kann man sagen, daß der „Lada“ in Chile zum populärsten Auto geworden ist. Überall stößt man auf Lada-Reklame: auf Plakatwänden, in den Zeitungen und auf den Bildschirmen. Die besten chilenischen Rennfahrer werben mit seinen Qualitäten bei nationalen und internationalen Rennen. Er wird bei Lotterien als Preis verlost. Letztendlich ist er ein nicht mehr wegzudenkender Teil des chilenischen Straßenbildes. Man hat sich an ihn gewöhnt.

Nachdem er den Gebrauchtwagenmarkt erobert hat, fordert der „Lada“ die modernen westlichen Modelle heraus: er konkurriert erfolgreich mit von neuesten Wagen seiner Klasse. Doch wie lange kann dieser

Boom anhalten? Der geschäftsführende Direktor der Firma „Lada Chile“, Gianfranco Zecchetto, denkt, daß ohne entscheidende Veränderungen, und ohne daß man den Forderungen nach mehr Fahrkomfort entspricht, die Beliebtheit des „Lada“ nachlassen wird. Sogar der neue „Samara“, der anfangs mit Enthusiasmus gekauft wurde, hat allmählich seine Attraktivität eingebüßt, so daß die Firma selbst gezwungen ist, einige Veränderungen und Zusätze vorzunehmen.

„Was würde in einem solchen Fall aus Ihrer Firma werden?“ fragte ich interessiert.

„Die Firma würde trotzdem weiterwachsen“, antwortete mir G. Zecchetto mit Überzeugung. „Wir würden den Verkauf auf Ihre landwirtschaftlichen Maschinen erweitern, auf Traktoren und Laster. Man könnte sie hier direkt vor Ort montieren. In Chile weiß man, daß die sowjetische Technik, wenn auch nicht immer die modernste, doch aber zuverlässig ist, und daß sowjetische Autos robust sind. Mancherorts sind bis heute noch Anlagen in Betrieb, die vor 1973 gekauft wurden. Chile ist nicht Europa mit seinen idealen Autobahnen und den höheren Qualitätsanforderungen an die Erzeugnisse. Hier sind Ihre Marken gerade richtig am Platz.“

Wie ich die Sache sehe, kann es Zecchetto kaum abwarten, in die Sowjetunion fahren zu können, um direkte Kontakte mit sowjetischen Herstellern zu knüpfen.

Was liegt hinter dem Horizont?

In der Handelskammer habe ich von den Bemühungen chilenischer Geschäftsleute gehört, mit uns zusammenzuarbeiten. Geschäftsleute sind viel mutiger und kommen leichter als andere auf die Idee, „hinter den Horizont“ zu schauen, und zwar auch hinter den politischen Horizont. Nach den Wahlen im Dezember 1989 bleiben der chilenischen Militärjunta und ihrer Führung noch drei Monate, um das chilenische Volk zu regieren. Deshalb beeilen sich die Geschäftsleute, den Zug nicht zu verpassen und die neuen Möglichkeiten zu nutzen, zumal es sicherlich bald grünes Licht für

viele geben wird. Die Handelskammer bereitet schon große Delegationen vor, die im nächsten Jahr nach Osteuropa, in die Sowjetunion reisen sollen.

Der exekutive Sekretär der internationalen Abteilung der chilenischen Handelskammer, Carlos Recabarren, glaubt, daß der riesige sowjetische Markt gute Möglichkeiten bieten könnte, um in den nächsten Jahren den chilenischen Export bedeutend zu vergrößern, ja Chile aus manchen wirtschaftlichen Problemen herauszuhelfen.

„Ich möchte Sie daran erinnern“, sagt C. Recabarren, „daß die Beziehungen zwischen unseren Ländern nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen waren. Und deshalb muß nur der richtige Moment kommen, und es wird einfacher sein, diese Beziehungen wiederzubeleben. Wir verfolgen aufmerksam die Veränderungen in der Sowjetunion und halten sie für sehr vielversprechend. Wir haben intensiv aus den Erfahrungen unserer Handelsbeziehungen mit Ihrem Land vor 1973 gelernt und wissen sehr wohl, wofür Sie sich interessieren könnten. Schließlich ist gerade der chilenische Markt für jede Art von Import offen. Sie werden heute kaum irgendwo anders so günstige Bedingungen vorfinden. Ich bin davon überzeugt, daß wir uns arrangieren könnten. Die Hauptsache ist, erst einmal anzufangen.“

Es ist nicht das erste Mal, daß ich über dieses nicht ganz einfache Thema schreiben soll. Und ich gebe zu, daß ich mit Überzeugung dafür eintrete, die „eingeschlafenen“ Handelsbeziehungen jetzt sofort wiederzubeleben. Ein gesunder Pragmatismus muß die Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes nahelegen. Wir konnten doch auch zur Zeit Francos mit Spanien Handel treiben und zu den Olympischen Spielen nach Seoul fahren. Wir haben dort letztendlich sogar eine Vertretung der sowjetischen Industrie- und Handelskammer eröffnet. Warum lassen wir andere Millionen verdienen und mit unseren Waren gute Geschäfte machen?

Man wirft mir vor, daß ich selbst so viel über dieses Regime geschrieben, seine Misserfolge enthüllt habe, und nun dafür eintrete, mit ihm Kontakt aufzunehmen.

„Nicht mit dem Regime“, antworte ich meinen Gegnern, „sondern mit einem der wirtschaftlich am weitesten entwickelten Länder Südamerikas, mit seiner Geschäftswelt und zu guter Letzt mit seinem Volk. Und dieses Volk hat das Regime schon selbst verurteilt, ebenso wie die Geschäftsleute, was wir ja gerade gesehen haben. Sie schauen in die Zukunft und wollen mit der Zeit Schritt halten. Und deshalb glaube ich, daß, wenn man ihnen auf halbem Weg entgegenkommt, dies keine Abweichung von unseren Prinzipien oder die Aufgabe unserer Solidarität mit dem chilenischen Volk bedeutet. In gewisser Weise wird es ihm sogar helfen, sich schneller als vollwertiges und erwünschtes Mitglied der Staatengemeinschaft unserer Welt zu fühlen.“

Alexander Karmen

APN-Korrespondent für die „Neue Zeit“

SANTIAGO DE CHILE – MONTEVIDEO

Fotos aus der Zeitschrift

„National Geographic“ (USA)



Chile hat einiges zu bieten

SKF, Ragas u. a.

Sind Konzessionen heute notwendig?

Dr. sc. rer. oec.

Wladimir Schitow

Der Schriftsteller W. Below verfasste auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR einen Brief von Wählern, die bitten, die „Gesetzgebungsinitiative für die Annulierung aller Verträge über die Verpachtung von Teilen des Territoriums der Sowjetunion an ausländische und gemischte Firmen zu unterbreiten. Über ein Verbot derartiger Verträge für die Zukunft sowie über die Annulierung aller übrigen Konzessionen und Pachtverhältnisse“. Die Idee, die nichttraditionellen Formen geschäftlicher Zusammenarbeit mit dem Auslandskapital abzubauen, ist nicht neu und wurde leider bereits einmal bei uns verwirklicht. Gemeint ist das Konzessionswesen, das in den 30er Jahren in der UdSSR bestätigt wurde.

Die Aufhebung der Konzessionen Anfang der 30er Jahre suchte man bei uns lange Zeit damit zu erklären, im Zusammenhang mit den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus seien sie zu einem unnötigen, ja schädlichen Element im sozialökonomischen Organismus des Sowjetstaats geworden. Heute kann man eine solche Erklärung wohl kaum als befriedigend ansehen. Um so wichtiger ist es, sich der Geschichte des Konzessionswesens zuzuwenden und aufmerksam an die Einschätzung seiner Möglichkeiten mit Hinblick auf die Anforderungen der Gegenwart heranzugehen.

Von der Idee zu Verträgen

Die Idee, Konzessionen an das Auslandskapital zu vergeben, um den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes zu beschleunigen, stammt von Lenin. Erstmals bereits 1918 wurden Konzessionen in Dokumenten der Sowjetmacht erwähnt. Doch wegen des begonnenen Bürgerkrieges konnte die Sowjetregierung erst zwei Jahre später intensiv an die Formulierung einer Konzessionspolitik gehen. Unter unmittelbaren Teilnahme Lenins erarbeitete ein Ausschuß des Rates der Volkskommissare der RSFSR den Entwurf des Erlasses „Über die allgemeinen ökonomischen und juristischen Bedingungen von Konzessionen“, der am 23. November 1920 vom Rat der Volkskommissare verabschiedet wurde. Dieses Dokument, das Konzessionen als Form eines Pachtverhältnisses definierte, dem zufolge ein ausländischer Unternehmer das Recht erhielt, Naturressourcen zu nutzen, die dem Staat gehören, erlaubte Konzessionen in Bergbau,

Forst- und Landwirtschaft sowie im Verkehrswesen.

Die erste Konzessionsfrage, die der Sowjetregierung 1918 vom einem norwegischen Unternehmer und vom russischen Maler A. Borissow unterbreitet wurde, war der Bau einer „Großen Nordbahn“ vom Ob bis zur Baltischen Eisenbahn. Doch die Bewerber konnten ihre Kreditwürdigkeit nicht nachweisen, und so wurde der Vertrag nicht geschlossen. 1921 prüfte die Sowjetregierung eine Reihe weiterer Konzessionsfragen und unterzeichnete Ende besagten Jahres die ersten Abkommen – mit der amerikanischen Firma American Asbestos Co. über die Förderung von Asbest im Ural sowie mit der Großen Nördlichen Telegraphen-Gesellschaft. Wenig später wurden Verträge mit deutschen Konzessionären über die Bildung der sowjetisch-deutschen Transportunternehmen Deruluft und Derutra geschlossen.

Seit 1922 wurden immer mehr Konzessionsfragen unterbreitet. Von 1922 bis Ende 1927 gingen 2211 Konzessionsfragen ein (die meisten aus Deutschland, Großbritannien, den USA und Frankreich), doch nur 163 von ihnen wurden bestätigt.

Die Ablehnung so vieler Konzessionsfragen durch die Sowjetregierung wurde mit diversen Gründen erklärt. Etwa die Hälfte

der abgelehnten Fragen waren Objekte, die nicht zur Konzession vorgesehen waren. Über ein Drittel wurden wegen fehlender finanzieller Garantien abgelehnt, die anderen wegen unannehmbarer Bedingungen. Seit März 1923 waren alle Konzessionsangelegenheiten bei dem durch Erlaß des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR und des Rates der Volkskommissare der RSFSR gebildeten Hauptkonzessionskomitee, dem Glawkonzessionskomitee (es wurde eine Zeit lang von Lew Trotzki geleitet), konzentriert.

Anlagebereiche

Die sowjetische Konzessionspraxis sprengte recht schnell den Rahmen des traditionellen Verständnisses der Konzession als eines Pachtverhältnisses zur Nutzung von Naturressourcen. Die Anlagebereiche für das Auslandskapital sollten viel umfassender sein. Allmählich zeichneten sich auch die Hauptformen seiner Nutzung ab – die „reine“ Konzession, die gemischte Gesellschaft und der Konzessionsvertrag über technische Hilfe.

Über die Anlagebereiche des Auslandskapitals kann man nach folgenden Angaben urteilen: Von den 145 Konzessionsverträgen, die von 1922 bis 1926 geschlossen wurden, betrafen 36 den Handel, 6 die Forstwirt-



Die erste Konzession für Asbestabbau in Alapajewsk. 1922

schaft, 10 die Landwirtschaft, 6 Fischfang und Jagd, 25 den Bergbau, 32 die verarbeitende Industrie, 12 Verkehrs- und Nachrichtenwesen, 3 das Bauwesen, 9 Verträge befaßten sich mit technischer Hilfe und 6 Konzessionsverträge entfielen auf andere Bereiche der bilateralen Geschäftsbeziehungen.

Die größten Konzessionsbetriebe gab es im Bergbau. Zu ihnen rechnete man auch die britische Lena Goldfields, auf die Mitte der 20er Jahre ca. 30 Prozent der gesamten Goldförderung im Land entfielen, und W. A. Harrimans amerikanischen Konzessionsbetrieb zum Abbau der Erzgruben von Tschatura, der 35 Prozent der gesamten Manganförderung bestritt. In der verarbeitenden Industrie waren die schwedische SKF (Kugellagerproduktion), Armand Hammers amerikanischer Konzessionsbetrieb für Bleistifte, die sowjetisch-amerikanische Gesellschaft Ragas Co. (Produktion von Preßgas und Gasschmelzanlagen) und andere tätig. Während Hammers Konzessionsbetrieb, der die Moskauer Bleistiftfabrik „Sacco und Vanzetti“ entstehen ließ, weit bekannt ist, läßt sich dies wohl nicht von zwei anderen Konzessionsbetrieben sagen, obwohl ihr Beitrag zur Entwicklung einiger Zweige der sowjetischen Industrie bedeutend ist. Mit Hilfe der Konzession an SKF konnte die zuvor primitiv erfolgende Herstellung von Kugellagern in eine für die damalige Zeit hochmoderne Massenproduktion verwandelt werden, die für die Entwicklung des Maschinenbaus so dringend erforderlich war. Mit Hilfe der Ragas wurden einige Sauerstoff-Azetylen-Werke errichtet und ausgerüstet.

Eine nicht geringe Rolle bei der Gewinnung progressiver technischer Erfahrungen und Kenntnisse für unser Land spielten Konzessionsverträge über technische Hilfe. Am 1. November 1927 gab es 24 derartige Verträge, darunter im Dieselmotorenbau, bei der Produktion von Kühlanlagen, bei Geräten und Maschinen für Stark- und Schwachstrom, bei Funkausrüstungen, Isolationsstoffen und synthetischem Ammoniak. So wurden amerikanische Fachleute als technische Berater beim Bau des Landmaschinenwerks vom Rostow am Don, des Stalingrader Traktorenwerkes, des Waggonbauwerks Dnjepropetrowsk und des



Anfang der 20er Jahre. Das Haus am Kusnezki Most, Moskau, wo Armand Hammers „Alamerico“ ihren Sitz hatte
Fotos aus dem autobiographischen Buch „Hammer“ (New York 1988)

Wasserkraftwerks am Dnjepr herangezogen.

Die Auflösung

6 Jahre waren seit der Vergabe der ersten Konzession vergangen. Und wenig schien auf die baldige Auflösung der Konzessionsbetriebe hinzudeuten. Zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1927/28 hatten die Investitionen des Auslandskapitals in die sowjetische Volkswirtschaft 52,2 Mio Rubel erreicht. Die Bruttoproduktion der Konzessionsbetriebe erreichte 1924/25 die Zahl von 14 Mio, 1926/27 bereits 70 Mio Rubel. Der Verkauf von Bergbau- und Forstwirtschaftskonzessionen brachte der UdSSR 1924/25 Devisen für 11 Mio Rubel und 1927/28 für 18 Mio Rubel ein. So zeigte der Umfang der Konzessionen, wenn er auch bescheiden blieb, doch eine Tendenz zur Zunahme – und das, obwohl es nicht wenige Faktoren gab, die eine solche Zunahme bremsten.

Dabei wirkte sich auch die nicht einfache internationale Lage jener Zeit aus. Die negative Haltung der ehemaligen Besitzer der in Konzession gegebenen Betriebe und die abwartende Haltung der westlichen Geschäftswelt gegenüber Kapitalinvestitionen in der UdSSR taten das Ihre. Es gab auch einen Bremsfaktor im Lande selbst – das Mißtrauen sowjetischer Wirtschaftsleiter, der Gewerkschaften und örtlicher Machtorgane gegenüber Konzessionen. Dieses Mißtrauen kam von ideologischen Postulaten des „Kriegskommunismus“ und fand nicht selten Nahrung in einzelnen negativen Erscheinungen des Konzessionswesens: in Fällen eines Raubbaus von Kon-

zessionären an Naturressourcen, in von ihnen zu verantwortenden Verstößen gegen die Arbeitsgesetzgebung. Einige Konzessionsbetriebe wurden mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert und mußten aufgeben.

Trotz dieser Bremsfaktoren wurde offiziell weiter auf die Fortentwicklung des Konzessionswesens gesetzt. 1927 besuchte eine erste amerikanische Gewerkschaftsdelegation die UdSSR. Bei Glawkonzesskom wurde ihr erklärt, in den kommenden fünf Jahren könne die sowjetische Seite 750 Mio bis 1 Md. Dollar ausländischer Kapitalinvestitionen in der Volkswirtschaft der UdSSR zu für die Konzessionäre günstigen Bedingungen unterbringen. Im Juli 1928 verabschiedete der Rat der Volkskommissare der UdSSR einen speziellen Erlaß über die Intensivierung der Konzessionspolitik. Der Erlaß sah einen ungefähren Plan für die Vergabe von Konzessionen vor, der etwa 100 Objekte in der Hütten-, der Brennstoff- und der Chemieindustrie, im Maschinenbau, im Verkehrswesen, in der Land- und in der Kommunalwirtschaft vormerkte. Im Grunde ging es um die breite Heranziehung ausländischer Hilfe für die technische Rekonstruktion der Wirtschaft. So erkannte die sowjetische Führung bereits im Sommer 1928 die großen Aussichten des Konzessionswesens für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Doch diese Aussichten sollten nicht realisiert werden. Viele Wissenschaftler verweisen auf den Einfluß, den die 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise auf die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen der

UdSSR hatte. Doch die vorhandenen Angaben zeugen davon, daß die Aufhebung der Konzessionen in der UdSSR bereits vor den Erschütterungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft begann. Während es im November 1927 in der UdSSR 113 Konzessionen gab, war ihre Zahl seit Oktober 1928 bereits auf 68 zurückgegangen. Die Wirtschaftskrise der Jahre 1929–1933 beschleunigte nur die Aufhebung der Konzessionen in der UdSSR, war aber nicht ihr Grund.

Die Drosselung des Konzessionswesens wurde dadurch hervorgerufen, daß der Erlaß des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom Juli 1928 in Widerspruch zu der in unserem Land verkündeten Orientierung auf die Drosselung der Marktbeziehungen und die Einführung ökonomischer Sondermaßnahmen geriet. Nachdem Stalin auf dem Juli-Plenum (1928) des ZK der KPdSU bei den Konzessionen einen „Tribut“ verlangt hatte, wurden in die Konzessionsverträge Ergänzungen über höhere Steuern an den Staat aufgenommen. Warenbörsen, Märkte und Kreditgesellschaften wurden beseitigt, was den Konzessionsbetrieben im Grunde die kommerzielle und finanzielle Infrastruktur ihrer Tätigkeit nahm. Nach dem Prozeß vom Sommer 1928 im „Schachty-Fall“ wurde eine Atmosphäre der Agentenfurcht, des Mißtrauens gegenüber westlichen Fachleuten als potentiellen Schädlingen angeheizt. Unter diesen Bedingungen war das Schicksal der Konzessionspolitik entschieden. Im Februar 1930 waren in der UdSSR nur 31 Konzessionsbetriebe tätig. Bis zum März 1932 hatte sich ihre Zahl auf 24 verringert. Und 1933 gab es eigentlich kein Konzessionswesen mehr in der UdSSR.

Ausgeschöpfte Potential?

Gehören Konzessionen nur der Vergangenheit an? Ist ihr Potential ausgeschöpft? Ich meine, daß sich auch unter den heutigen Bedingungen Möglichkeiten für das Konzessionswesen bieten. Sie sind offenbar vor allem in der Fernostregion unseres Landes zu suchen, die übrigens hier auf nicht geringe historische Erfahrungen verweisen kann. Es kann heute nur um „reine“ Konzessionen gehen, da gemischte Gesellschaften und der Abschluß von Verträgen über technische Hilfe bei uns bereits durch die Bildung von JV und durch industrielle Kooperation erfolgen. Der sowjetische Ferne Osten aber ist besonders geeignet, um das Konzessionswesen wiederzubeleben, weil das in direktem Zusammenhang mit der Idee der Schaffung von Zonen gemeinsamer unternehmerischer Aktivitäten in der Region steht.

Eine unabdingbare Voraussetzung für den Zustrom von Auslandskapital in solche Zonen, um gemeinsame Unternehmen zu schaffen, ist eine entwickelte Infrastruktur dort. Wie die Erfahrungen bei der Einrichtung derartiger Zonen in anderen Ländern zeigen, stellen ausländische Investoren hohe Anforderungen an die Entwicklung eines modernen Verkehrs- und Telekommunikationsnetzes, an Hotel- und Erholungskomplexe als unbedingte Voraussetzungen für die normale Arbeit einer großen Zahl von Geschäftsleuten.

Es gibt einige Varianten, um dieses Problem zu lösen. Die erste Variante – die Heranziehung zentral eingesetzter Kapitalinvestitionen – ist angesichts des jetzigen Zustands unseres Staatshaushalts problematisch. Zudem wird die Schaffung einer modernen Infrastruktur in den Zonen gemeinsamer unternehmerischer Tätigkeit, nicht nur Investitionen in Rubeln, sondern auch große Beträge in konvertierbarer Währung verlangen. Die zweite Variante setzt zur Entwicklung der Infrastruktur die Bildung gemeinsamer Betriebe voraus. So kann man z. B. teilweise die Aufgabe lösen, die materielle Basis des ausländischen Tourismus als einer potentiellen Devisenquelle für die Primorje-Region zu entwickeln. Doch insgesamt ist auch diese Variante mit Problemen verbunden, da es der sowjetischen Seite oft nicht gelingt, einen adäquaten Beitrag zu den statutengebundenen Eigenmitteln der JV zu leisten. Wenn z. B. für den Bau eines Touristenerholungszentrums als Beitrag der sowjetischen Seite die Vergabe des Rechts zur Nutzung des Küstengeländes gesehen werden kann, so wird es gar nicht einfach sein, den sowjetischen Beitrag zu den statutengebundenen Eigenmitteln der JV bei der Schaffung von Telekommunikationsnetzen oder beim Wohnungsbau mit Inhalt zu füllen. Deshalb ist die dritte Variante, die Vergabe von Konzessionen, wirtschaftlich sinnvoller.

Bei der Nutzung dieser Form der geschäftlichen Zusammenarbeit kann ausländischen Unternehmern das Recht der Schaffung und des selbständigen Betriebs von Objekten des Nachrichtenwesens, der Hotelwirtschaft, der Gaststätten und Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, des Autoservice sowie bei anderen Dienstleistungen eingeräumt werden. Hierbei werden die Konzessionszahlungen an die sowjetische Seite erst einige Jahre nach Inbetriebnahme des ausländischen Objekts aufgenommen. Diese Variante ist dadurch so attraktiv, daß die sowjetische Seite keine Großinvestitionen in Objekte der Infrastruktur vorzunehmen braucht und ihre Arbeit in naher Zukunft Devisen für den örtlichen und den Staatshaushalt abwerfen wird. Natürlich müssen Konzessio-

nen, wie bereits in den 20er Jahren vorgesehen, für einen längeren Zeitraum eingeräumt werden, wonach die Konzessionsobjekte Eigentum des Staates werden. Man kann in einem Konzessionsabkommen auch die anschließende Umwandlung des Objekts in einen gemeinsamen Betrieb vorsehen.

Ich meine, Konzessionen werden nicht nur bei der Infrastruktur, sondern auch in anderen Volkswirtschaftsbereichen ökonomisch effektiv sein. So ist die Gewährung von Agrarkonzessionen an Nachbarstaaten möglich. Hierbei muß unter Berücksichtigung des Mangels an Arbeitskräften im landwirtschaftlichen Sektor des sowjetischen Fernen Ostens und des Überangebots an Arbeitskraftressourcen in anderen Ländern der Region darüber entschieden werden, ob solche Konzessionen sinnvoll sind. Die Konzessionszahlungen für die Verpachtung von Grund und Boden könnten mit einem Teil der erzielten Ernte erfolgen. Neben dem Beitrag zum Nahrungsmittelfonds der betreffenden Gegend würde der wirtschaftliche Nutzen solcher Konzessionen in der Verbreitung nützlicher Erfahrungen bestehen, die für uns neu sind und die im Ausland bereits ihre Effektivität in der Landwirtschaft bewiesen haben.

Aufmerksam ist auch die Frage zu prüfen, ob die Vergabe von Konzessionen an Firmen kapitalistischer Länder in der verarbeitenden und der Förderindustrie sinnvoll ist. Solche Konzessionen können die Schaffung von Produktionsbetrieben auf hohem technischen Niveau bei Freisetzung eigener Mittel für die Lösung anderer Aufgaben gewährleisten, können einen Beitrag zur Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte leisten sowie die Steigerung der Produktion hochqualitativer Waren und zunehmende Staatseinnahmen gewährleisten. Ein weiteres Argument für eine solche Form der geschäftlichen Zusammenarbeit ist, daß sowjetische staatliche und genossenschaftliche Betriebe Konkurrenz erhalten, was sie zwingt, die Qualität ihrer Erzeugnisse zu verbessern und deren Selbstkosten zu senken.

Die Entwicklung des Konzessionswesens verfolgt keineswegs das Ziel, „... für Dollars alle Reichtümer des Landes auszuplündern“, wie es auf dem Kongreß der Volksdeputierten hieß. Bereits 1919 schrieb Lenin: „Zu vernünftigen Bedingungen vergebene Konzessionen sind auch für uns wünschenswert als ein Mittel, um Rußland in der Periode, in der sozialistische und kapitalistische Staaten nebeneinander existieren werden, die technische Hilfe der in dieser Hinsicht weiter fortgeschrittenen Länder zu sichern.“ Ich meine, dieser vorausschauende Leninsche Gedanke hat seine Aktualität nicht verloren.

... Und für zehn Jahre im voraus

Im Juni 1979 wurde in Wien der SALT-II-Vertrag unterzeichnet.

Im Juni 1989 werden in Genf die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen wiederaufgenommen. Zwischen diesen Daten liegen zehn Jahre, eine ganze Epoche

In den vergangenen Jahren brachten Moskau und Washington kein neues Abkommen über die strategischen Waffen zustande, und so blieb SALT-II nicht ratifiziert. Doch dies bedeutet nicht, das vergangene Jahrzehnt sei nur eine Zeit der versäumten Möglichkeiten der nuklearen Abrüstung gewesen. Ein Ausweg aus einer zeitweise fast ausweglos erscheinenden Situation wurde gefunden, die bei den Mittelstreckenraketen entstanden war. Dank dem INF-Vertrag sind heute bereits Hunderte von Raketen zerstört; wir konnten uns davon überzeugen, daß man Nuklearwaffen nicht nur begrenzen, sondern auch reduzieren kann.

Übrigens sah auch SALT-II bei Inkrafttreten eine etwa zehnprozentige Verringerung der strategischen Kräfte der UdSSR vor. Doch – ebenso wie SALT-I – sollte das Abkommen vor allem die Aufstockung der Nukleararsenale nur begrenzen, wodurch zahlreiche Kanäle des Wettrüstens offengelassen wurden. Heute aber geht es um die Vernichtung fast der Hälfte der strategischen Offensivwaffen. Ist dies viel oder wenig?

Diese Frage läßt sich nicht so leicht beantworten. Laut INF-Vertrag z. B. wird nur ein unbedeutender Teil der Nuklearsysteme der UdSSR und der USA vernichtet. Wenn man aber berücksichtigt, daß es um Raketen geht, von denen jede über eine enorme Vernichtungskraft verfügt, dann ist dies zweifellos viel. Und umgekehrt: So wenig Nuklearwaffen auch zurückbleiben mögen, es werden stets „zu viel“ sein. In dem Sinne, daß jeder nukleare Schlagabtausch alle denkbaren politischen Vorteile überwiegt, die die Besitzer dieser Waffen anstreben können.

Ebendeshalb ist eine Halbierung (in Wirklichkeit aber werden Verhandlungen über etwas höhere Obergrenzen geführt) zugleich viel und wenig. Viel, da, wie wir hoffen, Tausende von Nuklearsprengköpfen, Hunderte von Raketen und Bombern, Dutzende von raketenbestückten U-Booten zerstört werden. Und wenig, weil die verbliebenen Arsenale nach wie vor bedeutend mehr sein werden als erforderlich und ausreichend sind, um einen möglichen Nuklearangriff abzuschrecken.

Wohl kaum werden wir auch eine Gewähr gegen ein fortgesetztes Wettrüsten bei der qualitativen Perfektionierung von Waffensystemen, bei der Entwicklung weiterer rüstungstechnischer Neuheiten erlangen. Bekanntlich gibt es keine idealen Verträge,

und stets wird sich eine „Grauzone“ finden – rüstungstechnische Parameter oder Waffenarten, die von den Bedingungen eines Abkommens nicht erfaßt werden –, die, wenn es die Seiten wollen, ein Bereich der Rivalität bleiben kann.

Deshalb spielen, wie die Erfahrungen früherer Abkommen zeigen, nicht nur die Artikel der Verträge eine besondere Rolle, sondern auch die Zurückhaltung der UdSSR und der USA bei der Entwicklung neuer Waffensysteme, die ausgewogene Einschätzung der möglichen Folgen solcher Schritte. Sowohl Moskau als auch Washington haben sich in dieser Hinsicht einiges zuschulden kommen lassen – obwohl, ehrlich gesagt, den Amerikanern der größere Teil der „Initiativen“ gehört, die die Arbeit an dem jetzigen Abkommen erschwert haben. Das gilt sowohl für die Frage der seegestützten Flugelraketen als auch für die Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung von SDI entstanden.

Hute haben die Seiten noch keine Lösung für viele komplizierte Probleme gefunden, und der letzte Abschnitt des Weges, der uns von der Unterzeichnung eines Abkommens trennt, wird offensichtlich nicht leicht sein. Eine entscheidende Rolle in dieser Hinsicht spielen, wie wir uns wiederholt bei den Verhandlungen überzeugen konnten, der politische Wille der führenden Repräsentanten beider Länder, ihr Wunsch, beiderseits annehmbare Lösungen für die kritischen Punkte zu finden – ohne die Interessen der nationalen Sicherheit zu vernachlässigen, doch auch ohne zu versuchen, um jeden Preis Druck auf den Verhandlungspartner auszuüben.

Von besonderer Bedeutung ist die Haltung der neuen amerikanischen Administration. Präsident Bush und sein Team gelten in Washington seit langem als Profis in außenpolitischen und militärischen Fragen. Doch wie weit sie über politische Weitsicht, ja Phantasie verfügen, ist bislang keineswegs klar. Die Administration brauchte nicht wenig Zeit für ihre strategische Analyse – obwohl diese auch heute offenbar noch nicht ganz abgeschlossen ist, u. a. was die Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen angeht.

Gemischte Gefühle lösen auch die ersten Initiativen der Administration aus. Einerseits fand sie nichts besseres als Eisenhowers alte Idee vom „offenen Himmel“, deren Wert im Zeitalter der Aufklärungssatelliten

bestenfalls fragwürdig ist, aufzuwärmen. Andererseits unterbreitete sie auf der NATO-Ratstagung in Evere Vorschläge für eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen mit einer Reihe neuer Elemente, die der Haltung der Sowjetunion und der Länder des Warschauer Vertrages entgegenkommen.

Dabei ist natürlich zu bedenken, daß parallel zu den Verhandlungen mit der Sowjetunion in Washington selbst Konsultationen zwischen verschiedenen Ämtern erfolgen, die sich mit Fragen der nationalen Sicherheit befassen – zwischen dem State Department und dem Pentagon, der Administration und dem Kongreß. Doch dabei muß man eingestehen, daß ein in vielem ähnlicher Prozeß – bei allen Abstrichen mit Hinblick auf die Unterschiede in den politischen Systemen beider Länder – auch in Moskau erfolgt. Wohl kaum decken sich vollständig z. B. die Haltungen des Außenministeriums und des Verteidigungsministeriums der UdSSR. Offenbar ist es erforderlich geworden, ihre Tätigkeit ressortübergreifend stärker zu koordinieren. Eine aktive Rolle nicht nur bei der Einschätzung, sondern möglicherweise auch bei der Ausarbeitung von Abkommen werden jetzt der Oberste Sowjet der UdSSR, seine Ausschlüsse zu spielen haben. Das wird uns zusätzliche Gewißheit geben, daß die neuen Verträge sowohl den Interessen unserer Sicherheit voll gerecht werden als auch recht radikale Reduzierungen vorsehen, die der Konzeption des defensiven Minimums gerecht werden.

Der Oberste Sowjet wird natürlich ebenfalls klare langfristige Orientierungspunkte brauchen, ein klares Verständnis dafür, wonach wir letztlich streben – sowohl bei Verhandlungen als auch mit Hilfe einseitiger Schritte. Und ohne ein Herangehen, das mehrere Varianten bietet, wird es hier nicht gehen, ohne die vorherige Erarbeitung von Alternativen je nach den Veränderungen der militärischen und politischen Lage, je nach der Haltung unserer Partner. Angenommen, die USA zeigen auch in Zukunft keine Bereitschaft, die Konzeption einer kernwaffenfreien Welt zu verwirklichen (was mehr als wahrscheinlich ist) – bedeutet dies dann, daß die Sowjetunion auch künftig ein ebenso umfangreiches strategisches Arsenal wie die Amerikaner behalten wird? Was können unsere nächsten Schritte sein, wenn ein Vertrag über Nuklear- und Weltraumwaffen in Kraft treten wird?

Wenn wir uns heute solche Fragen stellen, müssen wir nicht nur zehn Jahre zurückblicken, sondern auch zehn Jahre vorausschauen.

Igor Malaschenko,
Dr. phil.

Schicksal einer Konzeption

In letzter Zeit wurde die Konzeption der sozialistischen Orientierung oder des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges in den jungen Nationalstaaten zu einem Objekt von leidenschaftlichen Diskussionen in der sowjetischen Gesellschaftswissenschaft

Die These von der Möglichkeit einer nichtkapitalistischen Entwicklung für die beim Zerfall des Kolonialsystems entstandenen jungen Nationalstaaten Asiens und Afrikas nahm die Züge einer in sich geschlossenen Konzeption an und erhielt im auf dem 22. Parteitag der KPdSU (1961) verabschiedeten Parteiprogramm offiziellen Status. Diese Konzeption wurde zu einem untrennbar Bestandteil des in jener Zeit verkündeten ideo-ideologischen Schemas, der ihm eigenen Sicht der Welt und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Wie sie entstand

Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre machte das in der UdSSR geschaffene administrative System eine Zeit der teilweisen Transformation durch. Im innenpolitischen Kampf, bei den Erschütterungen im eigenen Land und in der internationalen Arena (20. Parteitag der KPdSU, ungarische Krise, polnische Ereignisse, Auftreten der Gruppe Molotow-Kaganowitsch) wurden einzelne Elemente reformiert und einige Extreme beseitigt. Die Ersetzung totalitärer durch autoritäre Strukturen stabilisierte das administrative System für eine gewisse Zeit.

Die Veränderungen im administrativen System selbst waren auch von den entsprechenden Veränderungen in seiner offiziellen Ideologie begleitet. Ein Meilenstein auf diesem Weg war der 22. Parteitag der KPdSU, der ein, verglichen mit der „orthodoxen“ Ideologie des Stalinismus, erneuertes System von Thesen, dessen Ausrichtung ganz klar war, vorlegte.

Der Inhalt der gegenwärtigen historischen Etappe wurde als Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab bestimmt. Als Leuchtturm, der dieser Bewegung die richtige Richtung weist, galten die Erfahrungen der Sowjetunion, die „Wegweiser“ zum Sozialismus sei und die „nie dagewesene Höhen der Entwicklung und eine einmalige Blüte“ erreicht hatte. (Hier werden auch im weiteren Auszüge aus Dokumenten der KPdSU in Anführungsstrichen angeführt.) Das gesellschaftliche System der UdSSR wurde als einzige richtige Verkörperung der Wesenszüge des Sozialismus, seiner allgemeinen Prinzipien

charakterisiert und der Prozeß seiner Behauptung als der Weg, den „früher oder später alle Völker gehen werden“. Die Sowjetunion, die in die Etappe des „umfassenden Aufbaus des Kommunismus“ getreten war, wurde zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern, die sich an die „historisch erprobten“ Prinzipien hielten, als „Prototyp der neuen Gesellschaft, der Zukunft für die ganze Menschheit“ hingestellt. Für eine solche Perspektive sprach angeblich auch der „unvermeidliche Untergang“ des kapitalistischen Weltsystems, das an der Schwelle der „sozialen Revolution des Proletariats“ steht. Der nationalen Befreiungsbewegung mußte unweigerlich ein anti-imperialistisches und antikapitalistisches Potential erwachsen. Logische Krönung all dieser Hypothesen war der revolutionäre Weltprozeß als die Verbindung seiner drei Ströme – des sozialistischen Weltsystems, der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung.

Wie heute in Parteidokumenten eingestanden wird, erfolgte „eine Art Verabsolutierung der in der Praxis entstandenen Formen der Organisation der“ (sowjetischen – die Red.) „Gesellschaft. Überdies wurden derartige Vorstellungen im Grunde mit Wesensmerkmalen des Sozialismus gleichgesetzt.“ Diese Formen, die in ihrer Gesamtheit das administrative System (den „realen Sozialismus“) bildeten, wurden in den Mittelpunkt der Weltentwicklung gestellt, zu einem Orientierungspunkt für die revolutionären Kräfte in allen Ländern, zum Endziel ihres Kampfes gemacht.

Als theoretische Begründung für die Bewegung der jungen Nationalstaaten in dieser Richtung diente die Konzeption der nichtkapitalistischen Entwicklung. Der nichtkapitalistische Weg wurde zur unausweichlichen Fortsetzung der nationalen Befreiungsrevolution, zur Hauptentwicklungsrichtung der jungen Staaten Afrikas und Asiens und zur einzigen Richtung ihres Fortschritts erklärt. Sein Inhalt aber wurde von der offiziellen Ideologie mit Zügen erfüllt, die für den Prozeß der Behauptung des „realen Sozialismus“ bezeichnend sind: einer umfassenden Nationalisierung, der Industrialisierung, der großangelegten Bil-

dung landwirtschaftlicher Genossenschaften, der bestimmenden Rolle des Staates im Gesamtsystem der gesellschaftlichen Beziehungen und der Annäherung an das sozialistische Lager.

Die Konzeption der nichtkapitalistischen Entwicklung sollte auf diese Weise starr an die Grenzen der offiziellen Ideologie gebunden sein, die jenen „magischen Kreis“ bildeten, über den die sich schnell vermehrenden Schemen und Thesen nicht hinausgehen durften.

Veränderungen in der Konzeption der sozialistischen Orientierung beginnen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Ihr Wesen bestand darin, daß der sozialistischen Orientierung recht klar der Status einer vorsozialistischen Entwicklung, die erst in der Perspektive zum Sozialismus führt, zugewiesen wurde. Auf den ersten Blick scheint es, daß die Durchsetzung eines solchen Heran gehens Ergebnis einer objektiveren Einschätzung der Lage in den jungen Nationalstaaten, eines gewissen Kompromisses zwischen ideologischen Postulaten mit ihrer bipolaren Weltziel und den Realitäten in den Ländern Afrikas und Asiens war. Doch die wahren Gründe für eine solche Revision muß man unserer Meinung nach in etwas anderem suchen, und zwar in der inneren Verfassung und in den Bedürfnissen des administrativen Systems.

Die halbherzigen Reformen, die unter Chrutschow verwirklicht wurden, hatten nur eine kurzfristige, oberflächliche Wirkung. Die Magie der Lösungen und die künstlich aufrechterhaltene Euphorie ließen nach, und Mitte der 60er Jahre trat das System in eine Phase wachsender Schwierigkeiten. Die 1965 in der UdSSR eingeleitete Wirtschaftsreform erstarrte schon bald. Sie berührte die tieferreichenden Strukturen des entstandenen sozialen und ökonomischen Mechanismus nicht, was sich sehr bald schon zeigte.

Angesichts der zahllosen ungelösten Probleme wurde es für die offizielle Ideologie des administrativen Systems immer schwerer, ihre gesellschaftlichen Funktionen mit der Hilfe der früher erarbeiteten unflexiblen Formeln und Postulaten zu erfüllen. Kategorische Behauptungen, Versprechungen und Prophesien erwiesen sich immer mehr als haltlos und nicht selten auch als im Widerspruch zum gesunden Menschenverstand stehend. Deshalb war der Wechsel der politischen Führung (die Ablösung Chrutschows) von weiteren Veränderungen in der Ideologie begleitet. Die kategorischsten Thesen wurden durch gemäßigtere, weniger verpflichtende, unbestimmt-allgemein gehaltene Formulierungen ersetzt. Das galt sowohl für die Beschreibung des Zustands

des Systems selbst als auch für die Entwicklungstendenzen in der übrigen Welt, insbesondere die Prozesse in den Entwicklungsländern.

Wie sie sich veränderte

Der neue Inhalt der Konzeption der sozialistischen Orientierung entsprach dem veränderten Geist der offiziellen Ideologie. Die Gleichsetzung der in ihrer Entwicklung mit zunehmenden Schwierigkeiten konfrontierten Regimes sozialistischer Orientierung mit dem „realen Sozialismus“ war bereits unvorteilhaft, da dies dem Ansehen des letzteren Abbruch tat und dessen ökonomische und soziale Ineffektivität zeigte. Der qualitative Unterschied aber, den man zwischen den Ländern sozialistischer Orientierung und dem „realen Sozialismus“ mache, erlaubte eine „grundlegende“ Abgrenzung ihrer Probleme. Sie erlaubte es, das administrative System, seine Grundprinzipien der Kritik zu entziehen. Die Analyse der akuten Probleme der Regimes sozialistischer Orientierung wurde auf die Ebene der Klärung der „Inkonsequenz“ ihres Kurses, der „unvollständigen Aneignung der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus“ und der „nicht-schöpferischen“ Anwendung der keinem Zweifel unterliegenden, „historisch bewährten“ Prinzipien verlagert. Ein solches Herangehen erlaubte es dem System zu vermeiden, unter den Bedingungen seiner eigenen zunehmenden Schwierigkeiten einen Umfang ökonomischer und anderer Verpflichtungen gegenüber diesen Ländern einzugehen, der sich bei Ausweitung der Prinzipien des „sozialistischen Internationalismus“ auf sie ergab. Je mehr das administrative System von der Krise erfaßt wurde, desto mehr war es daran interessiert, die Praxis der Regimes sozialistischer Orientierung von seiner eigenen Praxis distanziert zu sehen.

In den 70er Jahren wird eine solche Ausrichtung dieser Konzeption besonders deutlich.

Das Eingeständnis, daß die Politik einer Reihe Entwicklungsländer der Praxis des „realen Sozialismus“ ähnlich war, widersprach den Interessen des administrativen Systems, den Direktiven seiner Ideologie. Deshalb blieb die Konzeption der sozialistischen Orientierung in ihrer gesamten Ausrichtung unverändert, ja sie verstärkte sie sogar in mancher Hinsicht. Obwohl die sozialistische Orientierung nach wie vor als Verwirklichung des Fortschritts in der dritten Welt und die radikalsten Regimes als dessen Vorhut betrachtet wurden, setzte man zwischen ihnen und dem administrativen System immer neue „vorsozialistische“ Zwischenstufen, Etappen und Formen an.

Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre wurden die Symptome der herangereiften Krise des administrativen Systems deutlich. Nichtsdestoweniger erfolgten in der offiziellen Ideologie keine grundlegenden Veränderungen. Sie orientierte sich nach wie vor auf die Erfüllung ihrer – apologetischen –

Hauptfunktion. In dem uns interessierenden Aspekt kam dies in den vom 26. Parteitag der KPdSU (1981) formulierten Kriterien der sozialistischen Orientierung zum Ausdruck. Letztere beinhalteten: die Beschränkung der Tätigkeit des Auslandskapitals, den entscheidenden Einfluß des Staates auf die Wirtschaft, den Übergang zur Planwirtschaft, die Förderung der Genossenschaftsbewegung auf dem Land, die Stärkung des Staatsapparats, die Hebung der Rolle der werktätigen Massen und die Konsolidierung der revolutionären Parteien.

Wie denken wir heute?

Der Perestroika-Kurs schuf eine grundsätzlich neue ideologische Lage. Zum Wendepunkt in dieser Hinsicht wurde das Januar-Plenum (1987) des ZK der KPdSU. Es sanktionierte und intensivierte die ideologischen Diskussionen, führte die Prinzipien des Meinungspluralismus und der Demokratie ein und eröffnete Möglichkeiten für die Verkündung neuer Ideen, die frühere Dogmen und Klischees in Frage stellen und zerstören. Das galt den Vorstellungen von der Welt insgesamt, von den Tendenzen ihrer Entwicklung, galt dem Verständnis des gesellschaftlichen Fortschritts, des Wesens des Sozialismus und anderen Grundfragen. Die offizielle Ideologie des administrativen Systems sollte, nachdem sie ihr natürliches Lebensmilieu verloren hatte, für das hierarchische Denken, Autoritarismus und Dogmatismus kennzeichnend waren, in einer tiefen Krise sein. Die Zerstörung des Systems, seiner Prinzipien kennzeichnete auch den Beginn der Krise in der Konzeption der sozialistischen Orientierung.

Das theoretische Denken, das die administrativen und ideologischen Ketten abschüttelt, ist zu einer viel umfassenderen Analyse bereit, erreicht einen neuen Stand des Verständnisses der Gegenwartsprobleme. Seine Anstrengungen führen zu einer grundsätzlich neuen Weltansicht.

Statt der Vorstellungen von der „Fäulnis“ des Kapitalismus, vom unmittelbaren Übergang zum Sozialismus im Weltmaßstab als wichtigstes Merkmal der jetzigen Entwicklungsetappe, von der Bipolarität der Welt und der Bewegung der Gesellschaftssysteme gleichsam auf parallelen (oder gar auseinandergehenden) Bahnen verkündet das neue Denken das Bewußtsein der Ganzheit der Welt, der verstärkten Zusammenarbeit und Interdependenz der Länder im Rahmen der allgemeinen Weltentwicklung. „Immer deutlicher... wird, daß die gesellschaftliche Entwicklung verschiedener Länder zunehmend **mehrere** Varianten zuläßt“, sagte Michail Gorbatjow in seiner Rede in der UNO im Dezember 1988. „Das gilt für das kapitalistische wie für das sozialistische System. Davon spricht auch die Vielfalt der politisch-gesellschaftlichen Strukturen, die sich in den letzten Jahrzehnten aus den nationalen Befreiungsbewegungen ergaben. Diese objektive Tatsache aber setzt den Respekt vor den Ansichten und Positionen

anderer, Toleranz und die Bereitschaft voraus, etwas anderes nicht unbedingt als etwas Schlechtes oder Feindliches zu sehen...“

Statt der Verschärfung der ideologischen und Klassenkonfrontation der verschiedenen Systeme, statt der Formeln „Entwicklung auf Kosten des anderen“ das Streben nach Schaffung einer gewaltfreien Welt, eine „kooperative Entwicklung“, die Klärung und Erweiterung des Bereichs übereinstimmender Interessen der verschiedenen Seiten, ein „sinnvoller Wettstreit unter den Bedingungen der Respektierung der freien Wahl und des Interessengleichgewichts“. Die Bewußtwerdung der Begrenztheit der Strategie der industriellen Entwicklung traditionellen Typs, ihrer katastrophalen Umweltfolgen führt zu der Notwendigkeit der Orientierung auf einen neuen Typ des industriellen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der den Interessen aller Länder entspricht, auf die Lösung der globalen Probleme (darunter der Rückständigkeit der jungen Nationalstaaten) durch die Anstrengungen der gesamten Völkergemeinschaft. Das Verständnis dafür nimmt zu, daß sich weltweit eine Schwächung oder Verlagerung der aus der Vergangenheit ererbten Unterschiede und Gegensätze vollzieht, daß sich der Charakter, die Kriterien und der Gegenstand des Fortschritts ändern. Es ist deutlich, daß sich aus einer solchen Weltsicht auch ein grundsätzlich anderes Verständnis der Probleme und Perspektiven einer progressiven Entwicklung der jungen Nationalstaaten ergibt, das unvereinbar mit dem alten ist, das von der Konzeption der sozialistischen Orientierung vertreten und von früheren ideologischen Schemen hervorgebracht wurde.

Die grundlegenden Veränderungen in der ideologischen Lage führen zu einer raschen Intensivierung der Forschung über Probleme der dritten Welt. Unter den Wissenschaftlern werden lebhafte schöpferische Diskussionen geführt. Der Gedanke setzt sich immer mehr durch, daß der Fortschritt der jungen Nationalstaaten mit dem Nebeneinander einer großen Zahl von Entwicklungsvarianten und -typen verbunden ist, die sich aus der historischen kulturellen Spezifität ergeben und sich gegenseitig nicht völlig ausschließen. Nicht wenige originelle, innovative Ideen und Konzeptionen werden vorgeschlagen. Natürlich steht eine große Arbeit bevor, um sie unter Berücksichtigung der detaillierten, tiefscriften Erkenntnis der Realien der Länder Afrikas und Asiens konkrete Gestalt annehmen zu lassen.

Möglichkeiten eröffnen sich, eine geistige Atmosphäre zu schaffen, da sich neue Ideen durch deren Gegenüberstellung und kritische Analyse durchsetzen, nicht aber durch Erlasse, durch das administrative Abwürgen von Ansichten, die sich in ein, wenn auch umgestaltetes, doch vorbestimmtes Schema nicht fügen.

*Igor Belikow,
Dr. phil., Historiker (UdSSR),
Inko Raspopow,
Dr. phil., Historiker (VR Bulgarien)*

Konturen des künftigen Parlaments

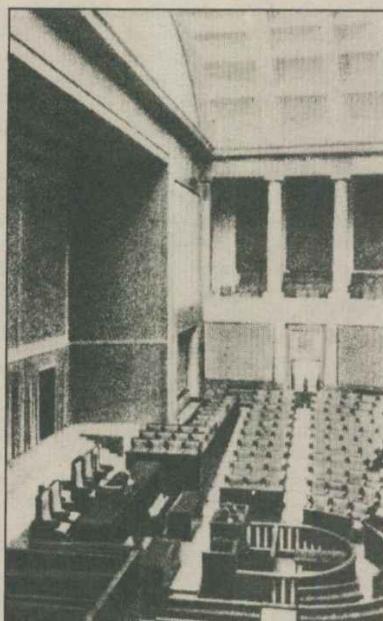
Die offiziellen Ergebnisse der ersten Runde der Wahlen zum Sejm und zum Senat zeugen von einem bedeutenden Erfolg der Kandidaten der Opposition

Die in erster Linie durch die „Solidarnosc“ vertretene Opposition hat sich 92 von 100 Sitze im Senat und 35% der Sitze im Sejm gesichert. Darüber, was aus den übrigen 8 Senatorenposten wird, soll die zweite Wahlrunde entscheiden. Was den Sejm angeht, so hätte die Regierungskoalition (PVAP, Vereinigte Bauernpartei und Demokratische Partei) gemäß den Rund-Tisch-Vereinbarungen 65% der Sitze erhalten sollen, aber die personelle Verteilung vieler Mandate bleibt auch dort unklar, weil in mehreren Wahlkreisen kein einziger Kandidat der Koalition die notwendige Mehrheit von 50% plus eine Stimme auf sich vereinigen konnte. Ein zweiter Wahlgang steht bevor.

Keine Mehrheit erzielten auch 33 von den 35 namhaften Politikern und Exponenten der Öffentlichkeit, darunter mehrere führende Funktionäre der Koalitionsparteien, die auf der gesamtpolnischen Liste standen. Unter ihnen sind die Mitglieder des Politbüros des ZK der PVAP Rakowski, Siwicki, Kiszczak, Miodowicz sowie die führenden Funktionäre der Bauernpartei und der Demokratischen Partei Malinowski und Jozwiak. Für diese Liste war eine zweite Abstimmung nicht vorgesehen, und die Frage nach dem Schicksal der 33 Mandate soll nun, wie B. Geremek, ein „Solidarnosc“-Berater, in einer Fernsehansprache sagte, so entschieden werden, damit der politische Rund-Tisch-Vertrag erfüllt und die dort erzielte Vereinbarung über die Verteilung der Parlamentssitze realisiert wird.

Wo liegt der Grund für den Mißerfolg der Kandidaten der Regierungskoalition? Wie die polnische Presse schreibt, hätten sich da vor allem die in der Gesellschaft angestauten Unzufriedenheit mit der Lage im Lande, das viel zu lange Warten auf Ergebnisse der Reformen und Apathie (nur 60% Wahlteiligung) ausgewirkt. Wie die „Gazeta Wyborcza“ betont, ließen sich die Wähler bei der Abstimmung vielfach von ihren persönlichen Gefühlen, von der kritischen Einstellung zur Vergangenheit leiten; man könne von einem Widerstreben, nicht jedoch von gemeinsamen, Kollektive vereinigenden Ansichten sprechen. Eine besondere Rolle spielte wahrscheinlich die Unterstützung, die der „Solidarnosc“ von vielen Vertretern der katholischen Welt zuteil wurde, obwohl sich die Situation in dieser Hinsicht, nach der Presse zu urteilen, nicht

ganz eindeutig präsentierte. Schließlich darf nicht verschwiegen werden, daß die Koalition nicht auf die früheren, wenig wirksamen Propagandamethoden verzichtete. Die „Solidarnosc“ gestaltete die Wahlkampagne ihrer Kandidaten energischer und überzeugender, wenn sie auch manchmal gegen die vereinbarten Regeln verstieß.



Der noch leere Sitzungssaal des Sejm

Dennoch sind die Wahlergebnisse ein Spiegelbild der neuen sozialen und politischen Situation in Polen. Der stellvertretende Pressesprecher der polnischen Regierung Zbyslaw Rykowski erklärte bei einer Pressekonferenz: „Das waren ehrliche Wahlen. Sie waren für die Regierungskoalition mit Risiko verbunden, aber ein Ergebnis ihres Willens und ihrer Entschlossenheit, die Rund-Tisch-Vereinbarungen zu realisieren. Einen anderen Weg zur Eintracht und zu Reformen sehe ich nicht... Nach den Wahlen ist die Zeit gekommen, eine sehr breite Koalition zu bilden, um der Wirtschaftsreformen und Demokratie willen eine Art Pakt zu schließen.“ A. Michnik, ein Exponent der „Solidarnosc“, vertritt folgenden Standpunkt: „Die Wahlergebnisse ver-

pflichten uns gegenüber der Zukunft. Auf das Vertrauen müssen die von der ‚Solidarnosc‘ in den nächsten vier Jahren mit Arbeit antworten... Die institutionelle Einrichtung muß sich nach den Wahlen um die Ideen von Dialog und Kompromiß konsolidieren.“

Natürlich sehen sich die PVAP und die ganze Regierungskoalition angesichts dieser Wahlergebnisse vor neuen komplizierten Problemen. Das Politbüro des ZK der PVAP erörterte die soziale und politische Situation im Lande und die vorläufigen Ergebnisse der ersten Wahlrunde und bestätigte Wojciech Jaruzelskis Vorschlag über die Bildung einer breiten Koalition der Reformkräfte. Das ZK der Demokratischen Partei schlug nach der Analyse der Situation nach den Wahlen vor, eine Regierung des Runden Tisches zu bilden, und zwar aus namhaften Wirtschaftsexperten und Politikern, die sich für die Reformen einsetzen und mit verschiedenen politischen Strömungen verbunden sind. Der bekannte polnische Publizist Jerzy Urban, der vor kurzem die Leitung des polnischen Fernsehens und Rundfunks übernommen hat, meint, der einzige vernünftige Ausweg aus dem heutigen Krisen sei die Bildung einer reformorientierten Regierungskoalition. Zugleich dürfe man nicht die Lage zulassen, bei der sich die Opposition in der Rolle des Kritikers gefalle, während ein praktisch um alle Rechte gebrachtes Ministerkabinett die Verantwortung zu tragen habe. Lech Wałęsa erklärte jedoch auf einer Pressekonferenz, er schließe eine Regierungsteilnahme der Opposition nicht aus, wenn er auch persönlich diese Idee nicht unterstütze. Auf jeden Fall werde die Opposition den Behörden, die unabhängig von ihrer Zusammensetzung die Aufgabe haben würden, ein demokratisches Programm umzusetzen und vom stalinistischen System, von den alten Wirtschaftskonzeptionen abzurücken, keine Schwierigkeiten bereiten.

Kurz, die Lage in Polens politischer Szene ist kompliziert. Dennoch, lesen wir in der „Trybuna Ludu“, habe die Idee der demokratischen Reformen bei den Wahlen nicht verloren. Historisch gesehen können auch die Partei und die Koalition, die diese Reformen unternommen haben, nicht verlieren. Eine Partei, die sich nicht der Verantwortung für die Zukunft entzieht und Schlußfolgerungen aus ihren eigenen Fehlern zieht, kann sich nicht als besiegt fühlen.

Alexander Didussenko

Unruhige Tage im Juni

Anfang Juni kam es in Peking, wo Studenten beinahe anderthalb Monate demonstrierten, zu dramatischen Ereignissen

In der Nacht zum 4. Juni führten die Truppen eine Operation zur Säuberung des Tiananmen-Platzes, wo Studenten nach der faktischen Unterbindung der Demonstrationen ein Sit-in veranstaltet hatten. Eingesetzt waren von Panzern und SPWs unterstützte Einheiten der Chinesischen Volksbefreiungssarmee und der bewaffneten Polizei. Zur Anwendung kamen Schußwaffen und Tränengas.

Nach Schätzungen des chinesischen Roten Kreuzes kamen infolgedessen 2000 – 2500 Zivilpersonen um. Der Pekinger Bürgermeister Chen Xitong erklärte seinerseits, daß unter den Militärangehörigen über 1000 Tote und Verwundete zu beklagen seien.

Das zentrale Fernsehen Chinas zeigte wiederholt, wie die Truppen den Platz angriffen und u. a. ein Panzer eine 10 m hohe Steropur-Skulptur – ein Mädchen mit einer Fackel in der Hand – niederwalzte. Die Skulptur, die auf dem Platz von Studenten der Pekinger Kunsthochschulen aufgestellt wurde, hieß bei ihnen die „Göttin der Demokratie“.

Die Zeitung „Renmin ribao“, das Organ des ZK der KP Chinas, nannte das Vorgehen der Armee „einen großen Sieg über die Konterrevolution“. Am 5. Juni erließ das ZK der Partei und der Staatsrat der Republik einen Appell an die Parteimitglieder und die Bürger des Landes. Wie darin betont wurde, hätten Aufwiegler die Unruhen in der Gesellschaft verursacht. Die Aufwiegler, hieß es im Appell weiter, hätten den Einmarsch der Truppen in Peking und die Säuberung des Tiananmen-Platzes behindert, über 100 Militärfahrzeuge beschädigt, Barrikaden errichtet, Parteifunktionäre, Militärangehörige und Polizisten verprügelt, den Sitz der chinesischen Führung Zhongnanhai, das Gebäude des Nationalen Volkskongresses und andere wichtige Objekte wiederholt angegriffen. Die Unruhen hätten das Ziel gehabt, die Parteführung, die sozialistische Gesellschaftsordnung und die KP Chinas zu stürzen.

Die Regierung der Republik habe von Anfang an den Anstiftern der Unruhen gegenüber Zurückhaltung geübt. Die Konterrevolutionäre hätten das jedoch als ein Zeichen der Schwäche gedeutet und ihre Aktivitäten fortgesetzt. Die Truppen seien bestrebt gewesen, ein Blutvergießen zu vermeiden, aber wenn das nicht geschehen wäre, hätte es ein noch schlimmeres Blutvergießen gegeben, die Ergebnisse

des sozialistischen Aufbaus in den 10 Jahren der Reformen wären vernichtet worden.

Nach den Ereignissen in Peking kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Truppen in anderen Großstädten Chinas, z. B. in Chengdu, dem Verwaltungszentrum der Provinz Sichuan, wo über 80 Polizisten verwundet wurden. In vielen Städten war das Leben völlig lahmgelangt. In Peking spürte die Bevölkerung einen Mangel an Reis, Weizenmehl und Brot.

Der internationale Flughafen von Peking war tagelang von Ausländern überfüllt, die auf Flugzeuge warteten: Die westlichen Länder und Japan evakuierten ihre Bürger. Die Unruhen machten keinen Bogen um sie, einige ausländische Journalisten wurden verwundet. Kugeln streiften auch Häuser, die für Ausländer bestimmt sind. Die Truppen spererten zeitweilig ein Pekinger Viertel mit Diplomatenwohnungen. Die Ausländer durften es nicht verlassen. Kurz zuvor hatten die Soldaten ein noch im Bau befindliches Gebäude unweit des Diplomatenviertels beschossen, nachdem ein Unbekannter aus diesem Haus eine Garbe auf eine Kolonne von Armeelästern abgefeuert hatte.

Im chinesischen Fernsehen und Rund-

funk werden Mitteilungen durchgegeben, die das Vorgehen der Behörden und Truppen erläutern, sowie dringliche Bekanntmachungen der Pekinger Stadtverwaltung verlesen. Eine davon lautet: Wer Autos in Brand setzt, wird an Ort und Stelle verhaftet; bei Widerstand sollen „die entschlossenen Maßnahmen“ getroffen werden. Trotzdem gibt es zu wenig Information. Die Zeitungen erscheinen unregelmäßig, Gerüchte schwirren durch die Stadt. Die Tätigkeit der ausländischen Korrespondenten ist eingeschränkt worden, sie müssen ihre Schritte im voraus in der Stadtverwaltung absprechen. Will man die Entwicklung außerhalb Pekings beleuchten, so muß man sich eine Genehmigung 10 Tage im voraus holen.

In einer Meldung der Zentralen Kommission der KP Chinas zur Prüfung der Disziplin heißt es, daß sich alle Parteiorganisationen und Mitglieder der KP darüber klarwerden müssen, wie kompliziert der gegenwärtige politische Kampf sei. Die Kommission forderte alle Parteimitglieder auf, die Parteidisziplin strikt zu halten, die Einheit mit dem ZK der Partei zu unterstützen und gegen Menschen, die Unruhen stiften, entschlossen zu kämpfen. Das Dokument enthält die Forderung, alle Mitglieder der KP Chinas, die sich an den Unruhen beteiligen, zu bestrafen.

In einigen westlichen Ländern reagierte man auf die Ereignisse in Peking schroff. Frankreich ist nahe daran, die diplomati-



Peking. Barrikaden werden gebaut

schen Beziehungen zur VR China auf allen Ebenen einzufrieren. Ein Frankreich-Besuch Li Pengs, des Premiers des Staatsrates Chinas, wird aufgeschoben, die französische Regierung beabsichtigt, das diplomatische Personal in China auf ein „notwendiges Minimum“ zu reduzieren. Kanada rief seinen Botschafter für Konsultation ab. Die USA und Großbritannien haben die militärischen Lieferungen nach China verboten. Das Pentagon hat die Einladung an Verteidigungsminister Qin Jiwei, die USA zu besuchen, annulliert. Zugleich wurde ein für Ende Juni geplanter US-Besuch des Befehlshabers der chinesischen Seestreitkräfte annulliert. Die chinesische Botschaft informierte das State Department der USA, der in Aussicht genommene Besuch von Außenminister Qian Qichen in Washington werde veragt.

Die Agentur Xinhua verbreitete eine Erklärung des chinesischen Außenministeriums anlässlich einer Rede US-Präsident Bushs über die gegen-

wärtige Situation in China. Die Ereignisse in China seien seine innere Angelegenheit, heißt es in der Erklärung. Die chinesische Regierung sei stabil und imstande, der gegenwärtigen Rebellion in Peking ein Ende zu setzen. Die Beschuldigungen der US-Regierung gegen China sind absolut nicht begründet, während die einseitigen Aktivitäten dieser Regierung die bilateralen Beziehungen schädigen. Jeder Versuch, die chinesische Regierung so oder anders unter Druck zu setzen, ist vernunftwidrig und kurzfristig.

Am 9. Juni strahlte das zentrale Fernsehen ein Treffen aus, das Deng Xiaoping, Vorsitzender des Zentralen Militärrats Chinas, in Zhongnanhai mit Kommandeu-



Panzer in einer Pekinger Straße

Was wünschen wir dem chinesischen Volk?

Nikolai Anin

Erst vor kurzem freuten wir uns über die positiven Ergebnisse von Michail Gorbatschows China-Besuch und die Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Mit Genugtuung sahen wir, daß der sowjetische Spitzenpolitiker eine herzliche Aufnahme fand, und dies nicht nur bei der Führung der Republik, sondern auch bei dem chinesischen Volk, darunter auch bei der Jugend, deren Vertreter damals in Peking friedliche Demonstrationen zur Unterstützung der Demokratisierung im Lande durchführten. Kaum zwei Wochen danach wurde aus China etwas ganz anderes gemeldet. Traurige Nachrichten.

Diese Wende in einem Land, das ein nachahmenswertes Beispiel bei der Erneuerung des Sozialismus schien, wirkt überraschend. Man hört erstaunte Stimmen: Wie konnte so etwas in China geschehen, das doch festen Schritten den Weg von Reformen und Modernisierung geht? Wo liegen die Ursachen?

In den letzten Jahren baten chinesische Wissenschaftler, Journalisten und Funktionäre uns sowjetische Journalisten wiederholt, die Lage in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben der VR China nicht schönzufärben und die chinesischen Errungenschaften nicht zu übertreiben. Aber bewußt oder nicht, malte die sowjetische Presse die chinesische politische und wirtschaftliche Landschaft nach wie vor hauptsächlich in rosa. Warum?

Erstens weil Chinas Erfolge in der Tat beeindruckend sind: In kurzer Zeit nahm die Getreideernte dort um 100 Mio t und die Fleischproduktion um 120% zu; die Wachstumsraten der letzten 10 Jahre in der Industrie betragen über 11%; in China wurden 18 000 Betriebe mit ausländischer Beteiligung gegründet; in verschiedenen Formen hat man 60 Md. US-Dollar aus dem Ausland herangezogen. Zweitens wurden sich Sowjetbürger, wenn sie nach China kamen und nach chinesischen Begriffen ziemlich viel Geld in der Tasche hatten, nicht immer darüber klar, daß die hübschen

und in der UdSSR seltenen Waren, die sie in den Geschäften von Peking und Schanghai ohne weiteres kaufen, den meisten Chinesen unerschwinglich sind oder sich keiner Nachfrage erfreuen. Drittens schwiegen sich selbst Menschen, die wußten, daß nicht alles in China so glänzend bestellt ist, oft genug aus, um unseren großen Nachbarn nicht zu „kränken“. Die sowjetisch-chinesischen Beziehungen begannen ja erst eine langwierige und schmerzhafte Krise zu überwinden, und man wollte die ersten Keime der wiederwachenden Freundschaft nicht roh anfassen. Viertens hatten einige sowjetische Wissenschaftler und Journalisten dabei wohl einen Hintergedanken: Sie beriefen sich auf die chinesischen Erfahrungen, um die eigenen Argumente zugunsten einer radikaleren Umgestaltung in der UdSSR zu erhärten.

Gewiß, vieles von den Erfahrungen der VR China ist und bleibt für uns nützlich. Dennoch muß man berücksichtigen, daß die Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz kein Zufall waren. In China stauten

sich komplizierte wirtschaftliche und soziale Probleme. Die auf dem Lande verbreitete manuelle Kleinwirtschaft, unrationelle Ankaufspreise und mehrere andere Gründe ließen die Getreideernte nicht mehr steigen, auch mit den Fleisch- und Baumwolllieferungen haperte es immer häufiger. In der Industrie sind starke Spannungen entstanden: Den Betrieben mangelt es an Rohstoffen und Strom, der Verkehr bricht beinahe zusammen. Die Differenzierung nach dem Vermögensstand ist direkt sichtbar: Die einen haben sich ganz schön bereichert, viele aber vegetieren noch immer dahin. Die Inflation erreicht 30% im Jahr, die Realeinkünfte von beinahe 50% der Städter sind zurückgegangen. Die Kriminalität – die Korruption und der Schmiergeldempfang unter den Machthabern, die Gewaltanwendung, Diebstähle und Morde am anderen Ende der gesellschaftlichen Leiter – greift um sich. Einige Funktionäre betreiben völlig offen, unter Heranziehung von Kindern, Brüdern, Tanten und sonstigen Verwandten, profitable private Geschäfte und

ren der in Peking zur Sicherung des Ausnahmezustands eingesetzten Truppen hatte. Wie Deng erklärte, habe eine Handvoll von Menschen die Unruhen eingefädeln, später hätten sich diese zu einem konterrevolutionären Aufstand ausgewachsen. Ihr Ziel sei, die Kommunistische Partei und die sozialistische Ordnung zu stürzen, die VR China aus dem Gleichgewicht zu bringen und dort eine bürgerliche Republik zu errichten.

Deng Xiaoping betonte: „Nachdem die Volksbefreiungsarmee Chinas den konterrevolutionären Aufstand niedergeschlagen hatte, zeigten die bewaffnete Polizei und die öffentlichen Sicherheitskräfte ein sehr hohes Bewußtsein und große Ausdauer. Unter Einsatz ihres Lebens schützten die Soldaten und Offiziere unserer Armee das Volk, die Lehre unserer Partei und die Interessen des Staates. Unsere Armee heißt mit Recht eine Volksarmee, sie verteidigt den Staat, das sozialistische System und die Interessen des Volkes.“

Die vom dritten Plenum des ZK der KP Chinas der 11. Legislaturperiode im

Dezember 1978 ausgearbeitete politische Linie, seine Prinzipien und seine Politik seien nach wie vor voll gültig, erklärte Deng. Die Treue zu den vier Hauptprinzipien (sozialistischer Weg, demokratische Diktatur des Volkes, Führung durch die Partei, Marxismus-Leninismus – Mao Zedongs Ideen), das Bekenntnis zur Reformpolitik und Weltöffnenheit in Verbindung mit der Modernisierung als zentrale Aufgabe der Partei seien völlig richtig und müssten konsequent in die Tat umgesetzt werden. Die wichtigsten politischen Linie, die wichtigsten Prinzipien und die Politik des Landes würden unverändert bleiben, betonte er.

Im Auftrag Deng Xiaopings und seines Stellvertreters Yang Shangkun besuchten die Mitglieder des Zentralen Militärrats Hong Xuezhi, Liu Huaqing und Verteidigungsminister Qin Jiwei Militärkrankenhäuser, wo bei den jüngsten Ereignissen in Peking verwundete Angehörige der Volksbefreiungsarmee und der bewaffneten Polizei behandelt werden.

Nach Mitteilungen der örtlichen Massenmedien zu urteilen, normalisiert sich

das Leben in der chinesischen Hauptstadt allmählich: Geschäfte werden geöffnet, der öffentliche Verkehr funktioniert alles in allem wieder, desgleichen der Luft- und der Eisenbahnverkehr innerhalb des Landes. Zugleich werden die Straßen noch immer patrouilliert. Gemeinsam mit der bewaffneten Polizei finden und verhaften die Streifen Unruhestifter. Laut Xinhua wurden in Peking „über 400 konterrevolutionäre Halsabschneider und Aufständische“ gefasst. Unter ihnen sind führende Vertreter der in diesem Frühjahr gegründeten Verbände „Unabhängige Assoziation der Pekinger Studenten“ und „Unabhängige Assoziation der Pekinger Arbeiter“. Die städtischen Behörden forderten sofortige Auflösung beider Verbände und erklärten, daß diese „gesetzwidrigen Organisationen in hohem Maße die Verantwortung dafür tragen, daß in der Hauptstadt ein konterrevolutionärer Putsch provoziert und gestartet wurde“. Verhaftungen wurden auch in Shanghai, Chengdu und mehreren anderen Großstädten vorgenommen.

Juri Starostenko

Firmen. Infolgedessen wuchs die Unzufriedenheit im Land an. Der Armbauer verbrannte die Ernte des glücklicheren Nachbarn und vergiftete dessen Enten. Der Arbeiter, der sich nur noch von Reis und Gemüse ernährte, war über die märchenhaften Einkünfte der ambulanten Händler mit importierten Konsumgütern entzweit. Der Angestellte litt unter dauernden Umorganisationen, der Partefunktionär trauerte den Zeiten nach, als er über eine unumschränkte Macht verfügte; die Aktivisten der „Kulturrevolution“ glaubten noch immer an die Dogmen von der Gerechtigkeit der totalen Gleichmacherei und träumten von einer politischen Revanche. Nicht alle billigten die Politik der breiten Zusammenarbeit mit dem Ausland. Man hörte warnende Stimmen, bürgerliche Ideologie dringe durch die offenen Türen ins Land, China könnte sich erneut in eine Halbkolonie ausländischer Imperialisten verwandeln. Zugleich konnte man auch das Gegenteil hören: China müßte den westlichen Weg gehen, weil der Sozialismus und die KP „ein Fiasco erlitten“ hätten.

Bedeutet die Entstehung einer solchen Unzufriedenheit, daß in der VR China nicht die

notwendigen Reformen durchgeführt wurden, daß sich Pekings Kurs als irrtümlich erwiesen hat?

Die Umgestaltungen, die in der chinesischen Wirtschaft vor sich gehen, sind notwendig, weil der Sozialismus nur durch sie zu erneuern ist. Im Bereich des theoretischen Umdenkens von Methoden und Formen der sozialistischen Wirtschaftsweise und im Bereich der Umsetzung von Theorie in Praxis ist China uns weit voraus. Meiner Meinung nach werden auch wir uns früher oder später genötigt sehen, die Marktwirtschaft im vollen Umfang wiederherzustellen.

Aber die Situation ist eben deshalb so dramatisch, weil die Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus für Menschen, die gerade in dieser Zeit leben, außerordentlich schmerzlich ist. Sie warten seit langem auf ein besseres Leben, statt dessen sehen sie sich neuen Schwierigkeiten gegenüber, die gewohnte Lebensweise wird zerstört, die verwurzelten ideologischen Stereotypen werden zerstört.

Übrigens wissen wir das aus eigener Erfahrung. Von unserer Situation unterscheidet sich die chinesische dadurch,

daß die Demokratisierung des politischen Lebens dort langsamer vor sich geht. Nicht, daß in China nichts dazu unternommen worden wäre. Aber in Peking sagte man mit Nachdruck: Politische Reformen seien „allmählich, umsichtig, planmäßig, gleichmäßig und zuverlässig“ zu verwirklichen, für die nächste Zukunft hätten sie lediglich „begrenzte Ziele“. Es wurde betont: Stabilität sei wichtiger als Demokratie, das chinesische Volk sei noch nicht gebildet genug, um seine führenden Politiker nicht nur zu den örtlichen Machtkräften direkt zu wählen; der Zentralismus bei der Beschlüffassung sei günstiger, weil man dabei rascher vorgehen und langwierigen Diskussionen und Beratungen aus dem Wege gehen könne. Ob dieser Standpunkt richtig ist, wird uns die Zeit zeigen. Schon jetzt ist aber klar, daß in der VR China keine Möglichkeiten bestanden, „den Dampf abzulassen“, und das provozierte die Frühjahrsdemonstrationen der Studenten, denen sich Vertreter anderer gesellschaftlicher Schichten anschlossen.

Wie stehen wir in der UdSSR zu den Ereignissen auf dem Tiananmen-Platz? Bekanntlich versuchten wir viele Jahre,

andere Länder, Völker und Parteien zu belehren. Gegenwärtig sind wir dabei, zu begreifen, daß wir auch selbst unsere Wirtschaft nicht gerade mustergültig geführt haben und uns als Lehrer einfach nicht eignen. Wichtiger ist jedoch anderes: Selbst wenn wir alles erkannt und glänzende Erfolge erzielt hätten, haben wir trotzdem kein Recht, andere zu belehren. Dieses Verhalten widerspricht den elementaren Völkerrechtsnormen, und der Wunsch, sich über sie hinwegzusetzen, kam die UdSSR mehr als nur einmal, auch in ihren Beziehungen zu China, teuer zu stehen.

Das Vorgehen der Militärs in Peking zu beurteilen, fällt auch deshalb schwer, weil viele Tatsachen dieser Tragödie unbekannt sind. Es ist wohl so, daß sich in China Leute finden, die gegen den Sozialismus sind, auch Leute, die das Land erneut in den Strudel einer „Kulturrevolution“ stürzen möchten. Schließlich gibt es auch noch Kriminelle.

Richtiger wäre es vielleicht, dem chinesischen Volk zu wünschen, es möge seine inneren Differenzen möglichst schnell überwinden und die Bewegung auf dem Weg der Reformen fortsetzen.

Entzauberte Welt

Drama der Perestroika in Personen und Dokumenten

Der Deputiertenausschuß, der vom Kongreß der Volksdeputierten den Auftrag erhielt, den gesamten Problemkreis, der mit der Arbeit der Untersuchungsführer Telman Gdlijan und Nikolai Iwanow verbunden ist, zu klären, legte es den Massenmedien nahe, vorläufig nicht darüber zu diskutieren, ob die beiden Untersuchungsrichter recht haben oder nicht. Der Ausschuß möchte keinem Druck ausgesetzt sein und die ohnehin erhitzen Gemüter nicht noch mehr aufrütteln. Während der Ausschuß am Werk ist, können und müssen wir uns selbst erklären, warum so gut wie unser ganzes Land das Problem erörtert und der „Fall Untersuchungsrichter“ (oder der Fall der Untersuchungsrichter?) zu einem neuralgischen Punkt des gesellschaftlichen Bewußtseins geworden ist.

Der vorliegende Artikel soll nicht Gdlijan und Iwanow sowie ihre Untersuchungsmethoden behandeln. Damit beschäftigt sich der Deputiertenausschuß. Wir haben vor, über Recht und Presse, Informationen und Mythen zu sprechen, auch darüber, wie die Gesellschaft vor ähnlichen Erschütterungen zu bewahren ist und wie sie die Fähigkeit erlangen kann, das, was vor sich geht, realistisch zu beurteilen.

Was wußten wir?



1980 wurde Alexander Buturlin, Leiter der Untersuchungsabteilung der Staatsanwaltschaft der UdSSR, nach Usbekistan entsandt. Seine Gruppe klärte Tatsachen der verbrecherischen Praxis der damaligen Führung des Innenministeriums der Usbekischen SSR auf, doch Scharaf Raschidow, der damalige erste Sekretär, sorgte dafür, daß die Moskauer Untersuchungsführer die Republik wieder verlassen mußten. Die Untersuchung begann erst nach seinem Tod, und damit befaßte sich das KGB der

Republik als Institution, die örtlichem Einfluß am wenigsten ausgesetzt war. Dann wurde der Fall, wie zu erwarten war, an die UdSSR-Staatsanwaltschaft weitergegeben, und die Leitung ihrer Untersuchungsgruppe übernahm Telman Gdlijan.

In der Gruppe, in der Nikolai Iwanow zu Gdlijans engstem Mitarbeiter wird, waren bis zu 200 Mitarbeiter tätig. In mehr als 5 Jahren wurden in den in Usbekistan untersuchten Fällen 70 Personen zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen, 19 Fälle an das Gericht weitergeleitet und 40 Personen abgeurteilt („Pravda“, 20. Mai 1989).

Die anfangs spärlich fließenden Informationen über die „Baumwollmafia“ in Usbekistan wurden mit zunehmender Offenheit in unserem Lande immer umfassender. Doch immer noch mangelte es an Informationen über den Gang der Untersuchung, und das Bild der Verbrechen blieb unvollständig. Natürlich erweise regte das die Phantasie an. Erschreckende Dinge zeichneten sich ab. Der etwas verschwommene Begriff der Mafia wurde bei uns sehr populär. Und als sich der Leiter der Untersuchungsgruppe bereit erklärte, mit Journalisten zu sprechen, und die verantwortlichen Redakteure genug Mut aufbrachten, das Interview mit ihm zu drucken, bestätigten sich die schlimmsten Befürchtungen.

Wir erfuhren, welch enormen Einsatz die Untersuchung verlangt, die von allen Seiten behindert wird: Die Mafia mit ihren enormen Verbindungen läßt die Ihren nicht im Stich. Und es gab keinen Anlaß, an Gdlijans Worten zu zweifeln. Hatten wir denn nicht unsere eigenen Beobachtungen gemacht, die von der Korrumpertheit des Systems von unten bis oben zeugen?

Wir gewannen Sympathie für den Untersuchungsführer in besonders wichtigen Angelegenheiten.

„Auf die eine Zielscheibe wird geschossen. Diejenige, die sich Telman Gdlijan, Leiter einer Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft und Oberuntersuchungsführer in besonders wichtigen Angelegenheiten, umgehängt hat. Alle Kämpfer (anders läßt sich das nicht sagen) der von ihm geleiteten Gruppe, mit denen ich sprach, stimmen nicht nur darin überein, daß sie die begonnene Aufdeckung der Korruption bis zum logischen Abschluß führen wollen, sondern auch darin, daß gerade Gdlijan die Anstrengungen Dutzender so verschiedener Menschen zusammenhält – mit seinem unbeugsamen Willen, mit seinem selbstlosen Einsatz, mit dem furcheinjagenden Wagemut, mit der laut verkündeten Überzeugung, daß die Gruppe ihr Ziel erreichen wird. Kurz gesagt, Telman Gdlijan ist ein...

wahrer Mann, ein Jurist, ein Kommunist. Ich sah, wie sich die Menschen, einfache Menschen, bei den Untersuchungsführern bedankten, wie sie ihnen die Hände küßten, die Hände derjenigen, die sie vom Joch der Korruption befreit hatten. Ich hörte, wie gefragt wurde: „Wann werden Sie denn zu uns kommen?“ („Smena“, Heft 15/88).

Wir überzeugten uns betrübt davon, daß man nicht nur der Miliz (Gdlijan führte gerade eine Untersuchung gegen ein Dutzend führende Mitarbeiter des Innenministeriums), sondern auch dem Gericht Usbekistans nicht trauen darf. Der erste, von ihm vorbereitete Prozeß, endete ganz anders, als er erwartet hatte. Das Oberste Gericht nahm die Argumente der Untersuchung nicht zur Kenntnis, Gdlijan und Iwanow aber wurden gerügt.

„Gdlijan und Iwanow hielten es für ihre Pflicht, ihre Frauen auf das Schlimmste vorzubereiten. Sie sagten ihnen, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen: Wenn man uns auf einmal einsperrt, dann wundert euch nicht. Sie verstanden, daß sie nicht einfach mit Milizchefs und Sekretären von Rayonparteikomitees, sondern mit einer in sich geschlossenen, allmächtigen Mafia konfrontiert wurden. Später, als Gdlijan erfährt, daß ein Anschlag auf ihn vorbereitet wird, als bei der Verhaftung von General Norbutajew eine Stahltrasse über die Landebahn gespannt sein wird, als sie die ständige Bespitzelung durch gedungene Spitzel spüren und fremde Elemente in die Untersuchungsgruppe eindringen, werden sie dessen ganz sicher sein...“ („Ogonjok“, Heft 4/1989).

Im Sommer v. J. wurden wir Zeugen einer der dramatischsten Episoden der letzten Zeit. Am Vorabend der Unionsparteikonferenz verfassen Gdlijan und Iwanow einen Artikel, in dem sie mitteilen, unter den Delegierten seien „auch Personen, die sich durch Korruption kompromittiert haben“. Ein Blitz flammte auf. Und, von ihm geblendet, achteten wir nicht einmal auf den bezeichnenden Stil: „Die vielköpfige Hydra der Korruption, die die tödliche Gefahr verspürte, unternimmt bisweilen verzweifelte Versuche, die Untersuchung zu kompromittieren. Auf dieser Etappe erfolgte die vollständige Konsolidierung der Reihen der Schmiergeldzahler und -empfänger sowie ihrer Beschützer...“ („Ogonjok“, Heft 26/1988).

Donnerrollen war zu vernehmen, als Philipp Popow, Parteisekretär aus der Altai-Region, am ersten Tag der Unionsparteikonferenz unter Beifall Klarheit verlangte, ob unter den Delegierten tatsächlich Schmiergeldempfänger seien?

Wir erstarren, fürchten, nicht nur dem

enorm an Popularität zulegenden „Ogonjok“ solle ein Schlag beigebracht werden, sondern auch den mutigen Untersuchungsführern, ja dem gesamten Kampf gegen das organisierte Verbrechertum. Vitali Kortitsch, Chefredakteur von „Ogonjok“, über gab vor dem ganzen Land, das das Geschehen am Fernseher verfolgte, eine Mappe mit Dokumenten an das Präsidium... Diese Dokumente wurden von der Parteikontrollkommission beim ZK der KPdSU und von der Staatsanwaltschaft geprüft. Vier Monate später wurden zwei Delegierte der Unionsparteikonferenz verhaftet: die ersten Sekretäre der Gebietsparteikomitees von Buchara und Samarkand, Ismail Dshabbarow und Nasir Radshaw. Einige Monate später wurde der dritte Delegierte festgenommen – ein pensionierter Sekretär des ZK der KP Moldawiens, Viktor Smirnow, der früher den mittelasiatischen Sektor der Abteilung für organisatorische Parteiarbeit des ZK der KPdSU geleitet hatte. Hatte die Gerechtigkeit triumphiert? So oder so bestätigte sich, daß die Untersuchungsführer recht hatten.

Fassungslosigkeit



Am Vorabend des „Tschurbanow-Prozesses“ erlebten Gdlyan und Iwanow ihren größten Erfolg. Doch nach dem Gipfelsturm sollte es mit ihnen bergab gehen.

Vor Beginn des Prozesses war offiziell mehrmals zu hören gewesen, dieser Prozeß sei kein politisches Verfahren, sondern ein Strafverfahren gewesen, und nicht die Breschnew-Ära, sondern konkrete Personen, die der schwersten Verbrechen für schuldig gehalten werden, ständen zur Aburteilung. Diese Warnung verhallte ungehört. Auf der Anklagebank saß Leonid Breschnew's Schwiegersohn, und uns verlangte es offensichtlich nach Rache – für das hemmungslos-luxuriöse Leben der früheren Führung, empörend angesichts der allgemeinen Armut. „Im Obersten Gericht des Landes wurden nicht einfach Generale abgeurteilt, sondern die Korruption – die Breschnew'sche Korruption. Für die die Charakterschwäche und Nachsichtigkeit des „Führers“ ein zuverlässiger Schutz sein sollten“ („Moskowskaja Prawda“, 3. Januar 1989).

Über das Dolce vita der Angeklagten, davon, wie viel sie sich unter den Nagel

gerissen und wie viele Menschenleben sie zugrunde gerichtet hatten, wußten wir vor dem Prozeß schon genug. Und selbst die Nachsichtigen und Geduldigsten unter uns zweifelten nicht daran, daß das Urteil überhaupt hart ausfallen würde. Übrigens meinte man, das Urteil sei im Grunde schon gefällt und die Sitzungen des Gerichts würden im Grunde formeller Art sein. Und deshalb waren viele nicht einmal sonderlich betrübt, als sie erfuhren, daß aus dem Gerichtssaal so gut wie keinerlei Informationen an die Öffentlichkeit dringen würden. Die Zeitungen durften nur Berichte des TASS-Korrespondenten drucken, der seine Aufgabe so erfüllte, daß das Urteil die absolute Mehrheit von uns einfach umwarf. Vor allem war die Öffentlichkeit erschüttert, daß einer der Angeklagten freigesprochen, ein zweiter aus der Haft entlassen und sein Fall einer Nachermittlung unterzogen wurde.

Der Gang des Prozesses gegen Tschurbanow und seine Helferhelfer war so gut wie niemandem bekannt, und das Fehlen von Informationen ließ breiten Raum für diverse Spekulationen... Diejenigen, die beim Prozeß zugegen waren, die den Fall kannten, waren fassungslos, sie begriffen nicht, was um sie herum geschah, warum die Öffentlichkeit Untersuchungsführer auf ihr Schild hebt, die nach Meinung von Fachleuten ihre Aufgabe sehr schlecht erfüllt, die es nicht verstanden hatten, ihre Versionen mit Fakten und Beweisen zu untermauern – doch, wie gesagt, wir wußten von dem, was im Gerichtssaal geschah, nichts.

Bei der Begegnung im Zentralen Haus der Schriftsteller attackierte das Publikum wütend Richter Michail Marow und die Volksbeisitzer, ließ sie nicht zu Wort kommen. Eine exaltierte Staatsanwältin mit gut eingübter Kommandeurstimme warf den Richtern vor, sie hätten durch ihr Urteil die gesamte weitere Arbeit der Untersuchungsgruppe unmöglich gemacht. „Unsere Personen, gegen die eine Untersuchung läuft, die sahen, daß Begelman, der der Untersuchung sehr geholfen hatte, die versprochene Nachsicht nicht widerfahren war, verweigern weitere Aussagen“, beklagt sich die Staatsanwältin. „Haben Sie außer Ihren Aussagen denn keine anderen Beweise?“, fragt ein Mitarbeiter des Obersten Gerichts. „Warum denn?“, windet sich die Staatsanwältin. „Warum regen Sie sich dann auf? Beweisen Sie Ihre Schuld, und das Gericht wird die Verbrecher bestrafen.“ „Wie sollen wir jetzt eigentlich weiter arbeiten?“, empört sich die Staatsanwältin, für die offensichtlich das Geständnis eines Beschuldigten der einzige Beweis ist, den die Untersuchung zutage zu fördern hat.

Noch nie erhielt unsere Zeitschrift so viele Leserbriefe, wie der kurze Bericht über den Prozeß bewirkte.

„Wie viele Punkte der Anklage brachen in sich zusammen, wie viele Schmiergeldzahlungen bewahrheiteten sich nicht! Im Grunde war es der erste große Prozeß unter Bedingungen der Perestroika, die die Aufgabe der Herausbildung eines sozialistischen Rechtsstaates stellte. Den Unterla-

gen der Voruntersuchung wurde nicht einfach blind geglaubt, wie das früher geschah; der Prozeß verlief in hartem kontradiktori schem Kampf zwischen der Anklage und der Verteidigung. Und wenn die Verteidigung die Argumente der Anklage überzeugend widerlegte, mußte die Anklage den Rückzug antreten, wobei sie von der bequemen Gewohnheit, Geständnisse der Angeklagten als den besten Beweis anzusehen, abging.“ (NZ 3/89).

In ihrer Antwort auf den NZ-Beitrag über den Prozeß verfaßten Gdlyan und Iwanow einen Artikel, der unter der Rubrik „Gegenmeinung“ veröffentlicht wurde.

„Unseres Erachtens benutzte man den Prozeß gegen Tschurbanow und seine Komplizen, um durch das Diskreditieren der Untersuchung ihr Vorankommen zu stören, den gesetzmäßigen Abschluß des Falls durch Heranziehung aller Schuldigen, insbesondere aus Moskau, zu verhindern... Wir müssen aber die Schmiergeldnehmer und ihre Gönner enttäuschen. Die Untersuchung kann nicht verhindert werden!“ (NZ 6/89).

Die Reaktion unserer Leser gibt den Zustand der öffentlichen Meinung wider:

„Es war ein Prozeß der Mafia gegen die Perestroika. Warum erstarkt die Mafia, die hohe Posten einnimmt, erneut? Wir protestieren entschieden gegen das Urteil. Wir verlangen einen ehrlichen und objektiven Prozeß.“

„Wie kam es, daß in den Zeiten der Perestroika so obskure Leute im Obersten Gericht sitzen sollten? Vielleicht fällt die Richter dieses Urteil unter dem Druck von hochrangigen einflußreichen Personen? Einfache Arbeiter werden wegen eines Kilos Pralinen oder Fleisch abgeurteilt, diejenigen aber, die mit Millionen hantieren, werden freigesprochen.“

„Die Angeklagten erschießen: Das sind ja wahre Volksfeinde! Wie lange kann man es noch dulden, daß der Staat derart in seinen Grundfesten erschüttert wird? Warum wurde bislang kein Organ wie die Tscheka geschaffen? Gegenwärtig haben wir sowohl Sabotage als auch Konterrevolution und die Kriminalität gar... Offenbar wird das Volk bald Untersuchungsführer Gdlyan zu einer Art Nationalheld machen...“

Sympathie und Achtung vor den Untersuchungsführern steigerten sich zu grenzenloser, fast hysterischer Begeisterung und ließen sogleich den Wunsch deutlich werden zu handeln, einen Wunsch, der sich mit den Absichten von Gdlyan und Iwanow selbst deckte. (Später wird der Ausschuß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR mitteilen, daß beide in diesem Jahr im Grunde ihre Arbeit als Untersuchungsführer vernachlässigt haben.) An dem Tag, als das Urteil im „Tschurbanow-Prozeß“ gefällt wurde, wurden Gdlyan und Iwanow von Untersuchungsführern zu Politikern. Sie halten Reden, die im Grunde von jedem Publikum begeistert aufgenommen werden, und beteuern, sie würden den Kampf bis zu Ende führen.

Alle in der Gesellschaft angehäuften Reizthemen – leere Regale, Schlangestehen, Enge, Dürftigkeit, nicht in Erfüllung gegangen

gene Hoffnungen und unerfüllte Versprechen – wurde zu einem Faktor, der Gdlian und Iwanow unterstützte. Sie verwiesen klar auf die Ursache der allgemeinen Probleme, des Mangels und der Unzulänglichkeiten: die Mafia, die in sich geschlossenen, einander unterstützenden finsternen Kräfte, die das Land ausplündern.

Gdlian zeichnet ein für uns sehr beeindruckendes Bild: „Wir besitzen ein absolut geheimes Schema dieser Typen, in dem sie alle in der Vertikale und in der Horizontale verzeichnet sind. Die einen geben, die anderen nahmen, wieder andere deckten riesige Summen.“ In dieser Liste sind „alle Ämter vertreten, damit sich niemand zu kurz gekommen fühlt.“

Er lädt sich sozusagen die Last unserer Probleme auf, verspricht reale Gerechtigkeit, wenn jeder nach seinen Taten beurteilt wird. Wie wir das alle wollen!

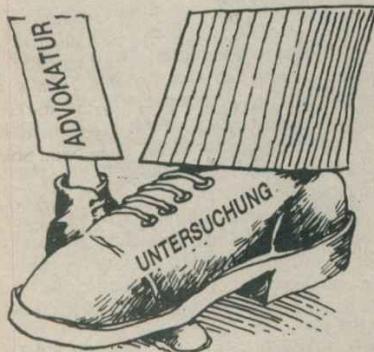
Nicht von ungefähr hebt der internationale Film die Figur des ehrlichen Untersuchungsführers, der allein gegen zahlreiche übermächtige Feinde kämpft, so hervor... Diese magische Figur schlägt uns in Bann.

Gdlian wurde in Moskau nur allzugen zum Kandidaten für den Kongreß der Volksdeputierten benannt.

Aus seinem Wahlprogramm:

„Vordringlichste Notwendigkeit ist die Schaffung eines wahren Rechtsstaates, in dem das Gesetz über der Macht der Bürokraten, nicht aber ihre Macht über dem Gesetz stehen würde, wahre Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Verantwortlichkeit der ‚unantastbaren‘ Personen vor dem Volk, unabhängig von ihren Ämtern, Funktionen und Titeln“ („Moskowskaja Prawda“, 14. März 1989).

Konfrontation



In unserer Begeisterung bemerkten wir die ersten kritischen Artikel über Gdlian und Iwanow fast nicht, obwohl sie von bekannten Journalisten verfaßt wurden, die das Urteil des Obersten Gerichts unterstützten und die Methoden der Untersuchungsführung verurteilten. Doch diese Artikel brachten nur die Leser gegen sich auf.

Und plötzlich geschah etwas. Gdlian und Iwanow wurden aus Anklägern zu Beschuldigten. Sie sind keine Helden mehr, keine

kühnen Untersuchungsführer, sondern Leute, die die sozialistische Gesetzlichkeit verletzt haben, Karrieristen, Klatschbasen und Provokatoren.

„In den Materialien, Briefen und Klagen von Bürgern, darunter in den Meldungen von Mitarbeitern der Untersuchungsgänge und der Staatsanwaltschaft, wird behauptet, in den letzten Jahren hätten Gdlian und Untersuchungsführer, die sich unter seinem Einfluß befinden, um den Kreis der Korruption bezeichneten verantwortlichen Mitarbeiter künstlich auszuweiten, den Weg massiver Verletzungen der Normen der sozialistischen Gesetzlichkeit eingeschlagen. Es heißt, daß sie die verhängnisvolle Praxis ausschweifender Bezichtigungen der Korruption, der Nötigung von Verdächtigten und Zeugen zu ‚Geständnissen‘ durch ungerechtfertigte Verhaftungen, Erpressung und Einschüchterung, ohne die gebührende Berücksichtigung der Tatumsände, aufzuoktroyieren suchten.“

Entsprechend Materialien des KGB der UdSSR erlaubten sich Gdlian, Iwanow und ihnen nahestehende Untersuchungsführer nicht selten Beleidigungen von Verhafteten, erniedrigten sie und suchten sie, durch Androhung der Todesstrafe einzuschüchtern.“ (Aus der Schlußfolgerung des Ausschusses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR; „Prawda“, 20. Mai 1989)

Das alles geschah so schnell, daß uns nicht einmal bewußt wurde, womit alles begann. Offenbar mit dem Urteil des Obersten Gerichts im Fall Hint, daß für uns ebenfalls völlig unerwartet kam.

Anfang des Jahres schrieb die „Prawda“ erneut zweimal über Hints illegales Business, das vor sechs Jahren zurecht bestraft worden sei; im Auftrag der UdSSR-Staatsanwaltschaft erinnerte die Zeitung, wurde der Fall von Untersuchungsführer Gdlian übernommen. In den Zeitungen von April findet sich eine Informationsmitteilung über ein Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR: Hint und seine Kollegen wurden vollständig rehabilitiert. Hint sei keineswegs ein betrügerischer Geschäftsmann, sondern ein ehrlicher Erfinder gewesen, der seiner Zeit voraus gewesen sei. Einige Tage danach findet sich in den Zeitungen eine Feststellung des Plenums zu Gdlian: „Die Tatsachen der Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit... verdienen... die Erörterung der Frage, ob es sinnvoll ist, Gdlian weiterhin auf einem so wichtigen Abschnitt der Untersuchungstätigkeit einzusetzen wie als Untersuchungsführer für besonders wichtige Angelegenheiten beim Generalstaatsanwalt der UdSSR“ („Prawda“, 7. Mai 1989).

Gdlian antwortet sogleich, die Rehabilitierung von Hint sei das Ergebnis eines „Komplotts estrischer Nationalisten... mit Moskauer Schmiergeldempfängern von der Partei gewesen“ („Prawda“, 20. Mai 1989).

Jeden Tag erfahren wir eine neue Wende der Ereignisse. Daß ein Ausschuß tagt, geleitet vom Vorsitzenden der Parteikontrollkommission beim ZK der KPdSU, Boris Pugo. Daß ein Ausschuß des Präsi-

diums des Obersten Sowjets der UdSSR gebildet wurde. Jetzt wird die Tätigkeit von Gdlian und Iwanow bereits eindeutig negativ eingeschätzt. Die Zeitungen wetteifern erneut in ihrer Aufmerksamkeit für diese Untersuchungsführer, doch diesmal indem sie eine Liste ihrer Verfehlungen aufstellen. Die öffentliche Meinung reagiert eindeutig darauf. Am 26. März überholte Gdlian bei den Wahlen mit Leichtigkeit sechs Mitbewerber. Der Moskauer Nikolai Iwanow besiegt drei Dutzend Rivalen bei den Nachwahlen im Mai in Leningrad.

Die Zeitungen veröffentlichen die umfangreiche Schlußfolgerung des Ausschusses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, der sich angeblich davon überzeugt hat, daß die Untersuchungsführer sich Verstöße gegen die Gesetzlichkeit haben zuschulden kommen lassen. Und einen Tag später sucht sich die „Prawda“ mit Hilfe des Justizministers gleichsam für diese Schlußfolgerung zu rechtfertigen. Und zu all dem kommt dann noch die Meldung, der ehemalige zweite Sekretär des ZK der KP Moldawiens und Delegierte der Unionsparteikonferenz, Viktor Smirnow, sei unschuldig; man entschuldigte sich bei ihm und setzte ihn auf freien Fuß. Und wie ist das zu verstehen? Haben also Gdlian und Iwanow die Delegierten umsonst der Korruption bezichtigt? Oder gehörte Smirnow nicht zu dieser „Viererbande“? Oder ist allein Smirnow völlig unschuldig, die anderen aber sind doch schuldig? Oder sind jetzt alle unschuldig, die Gdlian und Iwanow bezichtigen? Wiederum keinerlei Informationen... Die Öffentlichkeit aber möchte wissen, auf welcher Grundlage der Haftbefehl gegen V. Smirnow ausgestellt wurde und ob überhaupt gerade eine solche Maßnahme erforderlich war... Oder andererseits, auf welcher Grundlage er für unschuldig angesehen wird... Auf dem Kongreß der Volksdeputierten sprach der Generalstaatsanwalt von einem Fehler, der gegenüber Smirnow begangen wurde. Doch wir brauchen Fakten, Fakten...

Natürlich ist nicht dies die Hauptfrage, die die öffentliche Meinung bewegt. Was war der Grund für die „kollektive Erkenntnis“, die die Helden Gdlian und Iwanow über Nacht zu Bösewichten machte? Hängt dies nicht damit zusammen, daß Iwanow öffentlich einige hochrangige Personen nannte, mit denen sich die Untersuchung befassen wollte?

N. Iwanow erklärte am 12. Mai 1989 im Leningrader Fernsehen, in einer Strafsache figurierte Romanow, tauchten die „Figuren der Mitglieder des Politbüros Solomenzew, Ligatschow und des ehemaligen Vorsitzenden des Obersten Gerichts der UdSSR, Terebilow, auf“. (Aus der Schlußfolgerung des Ausschusses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR; „Prawda“, 20. Mai 1989)

Und solange es keine Antwort darauf gibt, wird die Kritik der Untersuchungsführer Gdlian und Iwanow von der Öffentlich-

keit als Versuch gesehen werden, furchtlose Kämpfer gegen die Mafia, die sich auch in Moskau eingenistet hat, aus dem Spiel zu ziehen.

Einige Fragen an sich selbst



Die unklaren, ungeschickten, bislang durch überprüfte Tatsachen nicht bestätigten Anschuldigungen gegen die Untersuchungsführer verstärken nur noch die Konfrontation zwischen Gesellschaft und Macht. Beide Untersuchungsführer sind Volksdeputierte, und ihre Wähler dürfen damit rechnen, daß ihre Abgeordneten durch keine unbewiesene Behauptung beleidigt werden.

Verstehen wir, daß es nur einen Ausweg aus dieser gefährlichen Situation gibt – die unverzügliche Veröffentlichung aller Dokumente über die Ermittlungen gegen die „Baumwollmafia“, der Protokolle des „Tschurbanow-Prozesses“ sowie die Information der Öffentlichkeit über jene Materialien, über die sie, wie Gdlijan und Iwanow behaupten, verfügen?

Das Vorjahrstabu, was die umfassende Berichterstattung über den „Tschurbanow-Prozeß“ angeht, stellt eine eindeutige Verletzung des Rechts auf freie Information dar – und das fügte der Perestroika ernsten Schaden zu. Für alle ist es eine Lehre, und die Journalisten müssen daraus Schlußfolgerungen ziehen, da die Presse (wenn auch nicht aus eigener Schuld) den Lesern etwas schuldig bleibt. Es ist in gleicherweise falsch, jemanden über den grünen Klee zu loben wie ihn in Grund und Boden zu kritisieren, doch wir werfen uns derartiges nicht vor, da wir es gewohnt sind, nicht vor den Lesern, sondern vor der Macht verantwortlich zu sein. Doch den Lesern sagt dies nicht zu.

Heute mangelt es in der Öffentlichkeit an Vertrauen zum Obersten Gericht, zur Staatsanwaltschaft der UdSSR, werden alle Erklärungen oder offiziellen Meldungen zurückgewiesen. Die Staatsanwaltschaft der UdSSR versichert: Auf Gdlijan und Iwanow habe es keine Anschläge gegeben – doch man glaubt ihr nicht. Das Oberste Gericht kommt zu dem Schluß, die Untersuchungsführer hätten gegen das Gesetz verstößen – da winkt man nur ab. Kein Wunder, niemand befaßt sich mit seinen Obliegenheiten. Die Presse informiert nicht. Das Gericht widmet sich nicht der Rechtspflege. Die

Staatsanwaltschaft wacht nicht über die Einhaltung der Gesetze. In dieser Situation gedeihen die Gerüchte. Da heißt es: „Alle Chefs in Moskau sind korrupt“ – und leider greift die Öffentlichkeit bereitwillig diese Behauptung auf, verlangt weder Tatsachen noch Beweise.

Das verlorengangene Vertrauen ist wiederherzustellen. Doch das wird nicht so schnell und nicht so leicht möglich sein.

Die Gesellschaft beginnt ein eigenständiges Leben. Deshalb ist noch zu beweisen, ob Gdlijan und Iwanow wirklich die schlechtesten Untersuchungsführer im Lande sind, oder zu erklären, warum gerade sie zum Objekt beispielloser Kritik (bislang nicht bestätigt durch Tatsachen) wurden und ob es Zufall ist, daß das Oberste Gericht gerade zu diesem Zeitpunkt den „Fall Hint“ wieder-aufgriff. Können wir sicher sein, daß alle anderen Untersuchungsführer, die sich mit einfachen Fällen und Personen befassen, streng nach Gesetz arbeiten? Und wenn nicht, wird dann ihre Tätigkeit einer ebenso leidenschaftlichen Analyse unterzogen?

Wir sprechen von der Unabhängigkeit des Gerichts und der Rechtspflegeorgane. Doch einstweilen sind das nur Worte. Welche Maßnahmen müssen noch ergriffen werden, um ihre Unabhängigkeit vom administrativen Apparat zu gewährleisten? Welche Maßnahmen zur Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens müssen ergriffen werden, um den begründeten Befürchtungen der Menschen entgegenzutreten, die meinen, daß sowohl die Miliz als auch die Staatsanwaltschaft und das Gericht sich bereitwillig telefonischen Anweisungen von oben fügen?

Ein anderer Aspekt: Die Rechtspflegeorgane werfen Gdlijan und Iwanow endlose, unbegründete Inhaftierungen vor, die Nötigung zu Geständnissen und im Grunde die Erpressung von Personen, gegen die eine Untersuchung läuft. Doch über diese Praxis schreibt ja die Presse, die dazu aufruft, die Teilnahme eines Rechtanwalts vom Augenblick der Festnahme an zu erlauben. Die Aufrufe aber nehmen absolut keine Gestalt an. Hat man denn auch jetzt nicht begriffen, daß es zu dieser ganzen Geschichte gar nicht erst gekommen wäre, wenn neben jedem der Verdächtigten ein Rechtsanwalt wäre. Auf dem Kongreß der Volksdeputierten stand auch der Generalstaatsanwalt das ein... Denken wir auch über etwas anderes nach. Man kann wohl kaum meinen, daß sich Gdlijan und Iwanow plötzlich nach vielen Jahren sauberer Arbeit völlig gewandelt hätten und nun auf einmal das Gesetz verletzten. Es drängt sich eine andere Schlußfolgerung auf: Sie machten stets von den gleichen Untersuchungsmethoden Gebrauch. Und sie erkletterten die obersten Sprossen der Dienstleiter...

Hören wir auf den guten Rat, nicht zweimal in das gleiche Fettäpfchen zu treten? Einerseits sind positive Veränderungen erkennbar. Andererseits wird die frühere Unfähigkeit demonstriert, mit einer kritischen Situation fertig zu werden, die man im Grunde leicht hätte vermeiden können. Einerseits muß jeder, der öffentlich beleidigt wird, so verfahren können, wie es in einem

zivilisierten Staat üblich ist – er reicht eine Klage ein. Andererseits ist klar, daß die Rotationsmaschine von irgendwie zusammengezimmerten Meldungen nicht in Bewegung geraten darf, daß es nicht darum geht, überreicht Ausschüsse zu bilden, die in einem geradezu wahnsinnigen Tempo arbeiten.

Doch nicht alle Vorwürfe müssen „nach oben“ gerichtet werden. Die Gesellschaft kann auch den Journalisten eine Rechnung präsentieren. Uns mangelt es aus verschiedenen Gründen an Selbständigkeit, und, statt den Lesern einen eigenen Standpunkt zu präsentieren, der sich auf das eingehende Studium der Umstände eines Falls gründet, verlassen wir uns auf eine fremde Meinung, haben wir es eilig. Es mangelt uns an Professionalismus, und das in unserem Handwerk wichtigste Genre – der „Enthüllungsjournalismus“ – beschränkt sich bestenfalls auf eine kurze Bekanntschaft mit den Unterlagen der Untersuchung. Die Schuld und das Problem der Presse besteht darin, daß sie ihre Leser nicht mit vollständigen Informationen versorgen kann, weil sie selbst darüber nicht verfügt, und sich in gewissem Maße daran gewöhnt und sich damit abgefunden hat. Braucht man sich da zu wundern, daß wir immer wieder in eine Welt von Legenden geraten?

Wir alle müssen uns nach etwas fragen. Warum sind wir so leichtgläubig? Warum stimmen wir gleich zu, wenn man uns die Allmacht obskurer Kräfte, der Mafia und unsere Unfähigkeit, das Leben besser zu gestalten, einreden will? Man hat uns noch nichts bewiesen, wir aber glauben es bereits. Wir müssen doch auch Respekt vor uns selbst haben. Warum sagen wir uns von der Verantwortung für unser Leben, für das Leben unserer Angehörigen, unserer Heimat los und greifen die Idee auf, „für Ordnung sorgen“ zu müssen? Soll uns doch irgend jemand alles abnehmen, uns von der Notwendigkeit befreien, etwas zu unternehmen... In der Begeisterung für Gdlijan und Iwanow spürt man nicht nur spontanen Protest gegen die Macht, sondern auch den unbewußten Wunsch nach einem „starken Mann“. Warum haben wir es so eilig, jemanden zum Helden zu erklären oder vom Sockel zu stoßen?

Wir machen es uns zu leicht. In Wirklichkeit brauchen wir keine Helden, sondern einfach ehrliche und denkende Menschen, denen das Schicksal des Volkes angelebt ist.

Der Parlamentsausschuß wird seine Arbeit abschließen, und wir werden ein weiteres Mal ihren Ergebnissen glauben. Diese Worte aber handeln nicht von Gdlijan und Iwanow, sondern von uns.

Ein Philosoph sprach von der „entzauberten Welt“, wo kein Platz ist für Magie und Zauberei, wo sich die Menschen vom Verstand leiten lassen. Wir müssen endlich uns und die Welt entzaubern, müssen uns von den Legenden trennen. Wir müssen es lernen, selbst zu denken.

Leonid Mletschin

Zeichnungen: Nikolai Stscherbakow

Wovon wir singen



Tatjana
Iwanowa

**Es gab mir
enormen Auftrieb,
als ich mich
davon überzeugen
konnte, daß, wie
sich herausstellt,
nicht ich allein
Frauen-Logik
habe...**

Der Kongreß der Volksdeputierten brachte natürlich eine Unmenge der verschiedensten Eindrücke. Doch einen merkwürdigen Eindruck, den ich ganz zu Anfang gewann, kann ich nicht vergessen. Sicherlich erinnern sich viele Deputierte noch der längeren Pause, die entstand, als sich die Deputierten bereits im Saal eingefunden und ihre Plätze eingenommen hatten, die Sitzung aber absolut nicht beginnen wollte.

Auf dem Fernsehschirm sah man, hörte man das Stimmengewirr im Saal. Auf einmal schien mir, ich höre Singen. Ich wollte meinen Ohren nicht glauben... Und in einer Minute wieder... Wird da gesungen?! Das kann doch nicht sein... Nein, ganz genau, da singen die!

Wissen Sie, obwohl ich das Lied hören konnte, das die weiblichen Deputierten im Kongreßsaal des Kreml anstimmten – so will ich doch bislang meinen Ohren nicht trauen. Ich selbst singe ja furchtbar gern mit anderen zusammen. Und selbst Touristen, die z. B. in Paris von Museum zu Museum gebahnt werden und im Bus gemeinsam singen, möchte ich nicht verurteilen.

Doch wenn im Kongreßsaal, wie in einem Touristenbus auf der Tour von Museum zu Museum, die Menschen zu singen anfangen... Deputierte... Haben sie denn einander nichts zu sagen?

Es waren Frauen, die sangen. Ich weiß nicht, ob ihre Wähler sie gehört haben. Wenn ja, was hätten sie wohl für Schlüsse gezogen? Vielleicht hatte jemand von ihnen gedacht, der Kongreß der Volksdeputierten in einer so schweren und verantwortungsvollen Zeit sei wohl nichts für Frauen?

Dieser Gedanke konnte leider auch später seine Bestätigung erfahren. Als eine Deputierte vom Rednerpult aus erklärte, sie kenne den Deputierten, der für einen verantwortungsvollen Posten aufgestellt wurde, als einen erfahrenen und hochqualifizierten Juristen. Und das wäre auch wunderschön, wenn sie zumindest ein einziges Argument für die juristische Erfahrung und die hohe Qualifikation des Betreffenden angeführt hätte. Doch Frauen bemühen bekannt-

lich nicht oft Argumente. Und auch der Beruf der Deputierten hatte mit der Jurisprudenz absolut nichts zu tun...

Und dann flehte eine andere Deputierte – war es nicht am dritten Kongreßtag? – den Saal an, mit der „Demagogie aufzuhören“, da die Schulferien unmittelbar bevorstünden und die Frauen zu Hause sein müßten. Dieses Flehen hätte vollste Sympathie und Verständnis gefunden, da eine Frau selbstverständlich vor allem an die Kinder denken und, das ist natürlich für sie, stets zum häuslichen Herd eilen muß – doch nicht von hier, nicht aus dem Kongreßsaal..

Ach, das ewig Weibliche... Diese Moskauer waren so furchtbar, solche Extremisten, solche Radikalen! „Ich als Frau habe sogar Angst, mich neben sie zu setzen“, erklärte eine Deputierte. Und wer konnte ihr da nicht mitfühlen? Muß ja eine anständige Frau tatsächlich Angst haben, sich neben irgendwelche obskuren Gestalten zu setzen! Doch jemand hat wohl auch in diesem rührenden Augenblick gedacht: „Ach, der Kongreß ist nichts für Frauen...“

Eine Deputierte erklärte, nicht kandidieren zu wollen (sie weigerte sich, in einem Ausschuß mitzuwirken), da sie ein Baby hat. Mein Gott, bei wem blieb denn das Baby für die vorher nicht festgelegte Tagungsdauer des Kongresses zurück? Wer legte es an die Brust? Und waren sich die Wähler bewußt, daß sie eine junge Mutter und ihr armes Kind, wenn sie ihre Stimmzettel in die Urne werfen, zu einem völlig unnatürlichen Leben verdammen? Warum handelten sie so mitleidlos? Oder gab es außer einer Schwangeren oder einer jungen Mutter in ihrem Wahlkreis niemanden mehr, den man für das Deputiertenmandat hätte nominieren können?

Doch genug. Man braucht sich nur an Gontar, Lauristin und Stawrowitowa zu erinnern, dann wird klar, daß der Kongreß wirklich ohne Frauen nicht hätte stattfinden können. Wem wäre denn ernstlich in den Sinn gekommen, das Schicksal des Landes ohne Vertreterinnen einer Hälfte (von Natur aus bescheiden, möchten wir nicht von der „besseren“ sprechen, doch mit Gewißheit kann man wohl sagen von der „größeren“) der Menschheit zu entscheiden. Frauen-Logik

par excellence aber wurde auf dem Kongreß gerade von vielen Männern besonders deutlich vorgeführt.

Jener Deputierter, der in seinen Betrieb kam, dort aber wird er von irgendwelchen kleinen Gruppen von Leuten, wie er sagt, in Empfang genommen, die ihm sagen, er sei ein typischer Vertreter des administrativen Kommandosystems – er erkannte seine eigenen Wähler einfach nicht mehr wieder, klagte über sie vor dem Kongreß. Was war das, wenn nicht Frauen-Logik? Und ein anderer, der bat, ihn vor den Menschenmengen, die am Hoteleingang warten, zu schützen? Und die vielen, die immer wieder verlangten, den Kongreß schnellstens zu beenden, da ihre Arbeit auf sie warte? Und jener Arbeiter, der sich davon überzeugt zeigte, daß die Interessen der Arbeiter nur von Arbeitern verteidigt werden könnten, der vergessen zu haben schien, wie viele große Wissenschaftler für die Interessen der Arbeiter ihr Leben geopfert, Zwangsarbeit und Gefängnis in Kauf genommen, Not, Hunger und Kälte erduldet haben? Und jene, die lachten, herumtrampelten, zischten und lärmten, als Akademiemitglied Sacharow das Wort ergriff – hatten sie etwa gedacht, er wolle sich selbst verteidigen? Oder hatten sie nicht erwartet, daß der Friedensnobelpreisträger kluge Worte sagen würde? Und was, wenn nicht Frauen-Logik ist der Aufruf eines Deputierten an die Deputierten aus Moskau, Leningrad und den baltischen Republiken, „in ihren Delegationen Organisiertheit und Disziplin zu wahren und für andere ein Beispiel von Organisiertheit und Disziplin zu sein“? Was soll man sagen, wenn sich jemand nicht einmal bewußt ist, daß Delegierter nicht gleich Deputierter ist, wenn er nicht begreift, daß organisierte Reden dem Wesen des Kongresses widersprechen? Und der Vorschlag, im sowjetischen Parlament eine Art „Ehrengericht“ (wie z. B. beim Militär) für Parlamentarier einzuführen, die etwas Unliebsames gesagt haben?

Ja, es gab mir enormen Auftrieb, als ich mich davon überzeugen konnte, daß, wie sich herausstellt, nicht ich allein, sondern so viele Deputierte ebenfalls Frauen-Logik demonstrieren...

Im Anfang war das Wort

Gedanken im Anschluß an einen Gedenktag

Den Tag des slawischen Schrifttums und der slawischen Kultur beginnt man bereits zum vierten Mal. Dieser Gedenktag hat in der Sowjetunion Fuß gefaßt, obwohl langsam und vielleicht nur auf einem fast akademischen Niveau. Wenn auch die meisten wissen, daß Kyrill und Method das slawische Alphabet entwickelt haben, ist sich kaum einer bewußt, daß wir ohne Kyrill und Method heute nicht die wären, die wir sind.

In Bulgarien wird man kaum einen Fünfjährigen finden, der dieses Fest nicht kennt und es nicht mit Sehnsucht erwartet. Sicher ist das der einzige Fall, wo allein schon die Idee, die feierliche Manifestation der Studenten und Schüler abzusetzen, auf den heftigen Protest aller Beteiligten stoßen würde.

Dennoch wird immer wieder um die Nationalität von Kyrill und Method gestritten. Wie gelangten sie nach Pannonien und Mähren? Dabei vergibt man völlig, daß es heute keinerlei Bedeutung hat, wer wen wohin geschickt hat. Das Wichtigste ist doch, daß damals die slawischen Aufklärer dort Erfolg haben konnten, wo es eine zuverlässige und ausreichend starke politische Stütze gab, die am Erfolg der Sache interessiert war.

Die Geschichte hat Bulgarien dazu ausgewählt. Alles stimmt: Kyrill und Method sind Byzantiner, wenn nicht nach ihrem Blut, so doch nach ihrer Erziehung, ihrer Geisteshaltung. Und geschickt wurden sie von keinem anderen als vom Patriarchen Photios, dem Oberhaupt der byzantinischen Kirche in Konstantinopel. Es war allerdings nicht die Liebe zur slawischen Kultur, die ihn veranlaßte, den beiden die Entwicklung einer slawischen Schriftsprache anzutragen und das Gotteswort in slawisch verbreiten zu lassen. Das Ziel war weit pragmatischer: Er wollte durch einen Wall die Einflußsphäre der griechisch-orthodoxen Ostkirche vor dem katholischen Rom schützen.

Das gelang nicht. Sowohl in Pannonien als auch in Mähren erwies sich Rom als stärker. Erst beim Rückzug nach Konstantinopel gelang es den Schülern von Kyrill und Method, auf dem Boden des jungen bulgarischen Staates Fuß zu fassen, der im 9. Jahrhundert nach einer Möglichkeit suchte, seine Selbständigkeit zu behaupten und sich

vom mächtigen Nachbarn Byzanz zu lösen. Ein Mittel dazu war die neue Schrift und die keimende Literatur in der Nationalsprache.

Was war eigentlich geschehen? Damit wurde der Grundstein für die Einbeziehung der Slawen in die Weltzivilisation gelegt. Das geschah fünf Jahrhunderte vor der Renaissance, fünf Jahrhunderte vor dem Zeitpunkt, da die romanischen und germani-

gesprochen wird. In diesem System wird den übrigen Sprachen die Rolle einer Umgangssprache für den Alltag eingeräumt, die höchstens noch in einigen spezifischen Zweigen der Nationalkultur benötigt wird. Man rechtfertigt dies mit der Objektivität des Prozesses und folglich mit dem Anschluß an fortgeschrittenere Kulturen, letztlich an die Weltkultur. Waren es nicht genau solche Gedanken, die seinerzeit das Römische Konklave anführte, um die Ausbreitung des slawischen Schrifttums einzudämmen? Wie wir sehen, beginnt sich der im 9. Jahrhundert gebrochene Kreis wieder zu schließen.

Man darf aber nicht überschreiten, daß neben den real existierenden Prozessen der Integration und der Kosmopolitisierung in der Welt auch andere Prozesse ablaufen. Man zeigt ein gewachsenes Interesse für nationale Eigenheiten, an der Wiederbelebung nationaler Traditionen, aber auch zur nationalen Separation, was örtlich extreme Formen annimmt. Oft stehen an erster Stelle Fragen der Entwicklung und Verbreitung der Nationalsprache

che, ihrer Koexistenz mit anderen Sprachen, Fragen des Status der National- und der Verkehrssprache in multinationalen Staaten.

Hierin, selbst dann, wenn die Konflikte ausarten, darf man nicht den bösen Willen einzelner vermuten. Diese Erscheinungen sind für sozialistische Länder, kapitalistische Industriestaaten und Entwicklungsländer gleichsam typisch. Offensichtlich ist diese Gesetzmäßigkeit der menschlichen Entwicklung noch nicht ausreichend untersucht worden. Vielleicht ist das Prinzip, das einst von den großen Aufklärern entdeckt wurde und vielen slawischen Völkern gestattete, ihre nationale Eigenständigkeit zu bewahren und sich gleichzeitig als Mitglieder einer großen Völkerfamilie zu fühlen, uns auch heute wieder eine Hilfe.

**Wenzel
Rajtschew**

Korrespondent von SOFIA-PRESS

MOSKAU

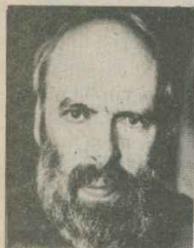


Beim Fest des slawischen Schrifttums in Kiew

nischen Völker Europas die Evangelien in ihrer Muttersprache zu hören bekamen. Das allein macht aber das Wesen der Erscheinung noch nicht aus. Entscheidend ist die Tatsache, daß die Slawen durch die Einbeziehung in die Weltzivilisation nicht ihr slawisches Antlitz verloren. Man schränkte nicht die Anwendungsbereiche der Nationalsprache ein oder gab sie gar dem Untergang preis, sondern förderte die Herausbildung einer eigenen Kultur, die sich deutlich von den bestehenden und eindeutig höherentwickelten Kulturen (griechische, hebräische, lateinische Kultur) unterschied.

Würde die menschliche Zivilisation in ihrer reichen Vielfalt heute existieren, hätte man nicht damals das Dogma der Dreisprachigkeit gebrochen? Dennoch werden heute, in unserem Zeitalter der umfassenden Wirtschaftsintegration, der alles durchdringenden Kosmopolitisierung der Kultur und Mode, der phantastischen Entwicklung der Kommunikation und der Kommunikationsmittel, Stimmen laut, man solle sich auf drei bis vier (glücklicherweise nicht auf eine!) Sprachen beschränken, die von den Trägern des Fortschritts der Zivilisation

Ich, ein Dissident?



Der Dichter und Prozaschriftsteller **Wladimir KORNILOW**, einer der Gründer des Komitees „April: Schriftsteller unterstützen die Perestroika“, berichtet über sein Schicksal

1977 wurden Sie aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen. Geschah das, weil man Sie für einen Dissidenten hielt?

Ob ich mich selbst als Dissident gefühlt habe? Eher als bescheidener Teilnehmer einer Rechtsschutzbewegung, die Larissa Bogoras in der Zeitschrift „20 wek i mir“ („Das 20. Jahrhundert und der Frieden“) hervorragend beschrieben hat. Das war keine politische, sondern eine ethische Bewegung. Wir wollten zeigen, daß wir in keiner Beziehung zu den Fehlern und Verbrechen der Behörden stehen. Ich nahm an dieser Bewegung hauptsächlich dadurch teil, daß ich Briefe unterzeichnete, in denen gegen die Verhaftung von Schriftstellern, und nicht nur von Schriftstellern allein, protestiert wurde. Der erste Brief, den ich zusammen mit Lydia Tschukowskaja unterschrieb (in „Gorizont“ Nr. 3/89 veröffentlicht), richtete sich gegen die Verurteilung von Sinjawska und Daniel. Dann unterstützte ich den Brief von Alexander Solzenizyn an den Schriftstellerkongreß. Für den Brief, in dem Akademiemitglied Andrej Sacharow in Schutz genommen wurde, hat man mich aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen.

Sind Dissidenten eine spezifische Erscheinung der Stagnationsperiode oder spiegeln sie das Schicksal von Andersdenkenden in jeder Gesellschaft wider?

In unserem Land wurde leider häufig sehr grausam mit Andersdenkenden abgerechnet. Nehmen wir Tschadajew unter Nikolai I. Wo kam es sonst noch jemandem in den Sinn, Menschen zum Tode zu verurteilen, weil sie zusammenfaßten, sich unterhielten, ein Pfeifchen rauchten und philosophische Schriften lasen? So wurde 1849 mit den Mitgliedern der Petraschewski-Gruppe verfahren. Später stellte man die Aussetzung des Todesurteils als besondere Gnade des Monarchen hin. Männer könnten auch an andere Zeiten erinnern. Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre gab es in Amerika etwas Ähnliches, den McCarthy-Terror, den man allerdings schnell überwand.

Ihre letzte Veröffentlichung kann man in Zeitschriften des Jahrgangs 1974 finden. Danach gab es eine 12jährige Pause. Wie haben Sie in diesen Jahren gelebt?

Es war schwer, aber meine Frau hat die ganze Zeit in der Redaktion von „Nowy mir“ gearbeitet. Dort hatte man frühere Traditionen der Kameradschaft bewahrt. Am Tag, da ich aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen wurde, empfing man meine Frau in der Redaktion so herzlich, als hätte man mich zum Verbandssekretär gewählt. Es rettete uns wie immer das althergebrachte russische Mitgefühl.

Es gelang mir nicht, unter einem Pseudonym zu schreiben, aber Freunde gaben mir Arbeit, die ich unter ihren Namen veröffentlichte. Dafür möchte ich mich noch einmal vor ihnen verneigen. Ohne Freunde wäre ich verloren gewesen. Eine Zeit lang arbeitete ich als Schneeräuber, aber nicht lange. Ich wurde mit einem paradoxen Widerspruch konfrontiert: Arbeit in meiner Fachrichtung bekam ich nicht, aber als Hauswart wollte man mich nicht einstellen, weil ich über ein Hochschuldiplom verfüge. Dann reiste glücklicherweise die Perestroika heran. Seit Ende 1986 werde ich wieder gedruckt. Später hat man mich auch im Schriftstellerverband rehabilitiert. Grigori Baklanow rief als erster Redakteur bei mir an, bot mir die Zusammenarbeit mit der Zeitschrift „Snamja“ an und nahm augenblicklich einen großen Gedichtzyklus von mir in Druck. Sergej Salygin war extra in das Sekretariat des Schriftstellerverbandes gefahren, wo meine Wiederaufnahme erörtert wurde. Ohne ihn, fürchte ich, wäre nichts daraus geworden.

Was war das Schreiben für Sie in diesen Jahren der literarischen „Ächtung“?

Dasselbe wie immer. Der einzige Unterschied bestand darin, daß ich in dieser Zeit mehr Prosa und weniger Gedichte geschrieben habe. Vier Erzählungen und einen Roman habe ich im Westen veröffentlicht. Die Erzählung „Ich will nicht sprechen“ ist zeitlich gesehen mein letztes Prosastück. Es ist nicht gerade typisch für mich, weil es auf historischem Material über Viktor Obnorski basiert, einem der Begründer der revolutionären Arbeiterbewegung. Seit Mitte 1986 habe ich viele Gedichte (viel bedeutet für mich mehr als hundert) geschrieben, die inzwischen in Zeitschriften und Sammelbänden erschienen sind.

Wie stehen Sie zu den biblischen Geboten: Du sollst nicht töten, nicht stehlen, dir kein Bildnis noch irgend-

ein Gleichnis machen, Vater und Mutter ehren, kein falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten... und zu den sozialistischen Moralprinzipien: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, der Mensch ist des Menschen Freund; Bescheidenheit, Kollektivgeist, Kameradschaftlichkeit, Unversöhnlichkeit gegenüber dem Nationalismus?

Die Menschheit hat nichts besseres als die zehn biblischen Gebote hervorgebracht. Davon bin ich überzeugt. Wenn wir sie doch immer befolgen würden... Was die sozialistischen Prinzipien angeht, so wurden sie nur verkündet. Das Prinzip „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ habe ich am eigenen Leib zu spüren bekommen. Man hielt mich für einen Nichtstuer, obwohl ich nicht weniger arbeitete als früher. Meine Werke durften nur nicht in der Heimat erscheinen.

Die Unversöhnlichkeit gegenüber dem Nationalismus ist ein hervorragendes Prinzip, das das kulturelle Niveau der Gesellschaft bestimmt. 1988 gab es aber Sumgait und Karabach. Die Gesellschaft „Pamjat“ hat regen Zulauf. Vielleicht hat es das auch schon früher gegeben, war aber in der Epoche der Verbote unsichtbar. Nun ist es an die Oberfläche getreten. Zu Beginn unseres Jahrhunderts hat man allerdings Menschen mit chauvinistischen Ansichten nicht die Hand gegeben. Davon hatte mir Anna Achmatowa erzählt. Wäre sie heute noch am Leben, würde sie viele bekannte Schriftsteller nicht grüßen. Ich bin der Ansicht, daß man einen chauvinistisch eingestellten Menschen, selbst wenn er über einen hohen Intellekt verfügt, nicht als Intellektuellen bezeichnen kann.

Kann ein intelligenter Mensch glücklich und zufrieden sein?

Glücklich ja, zufrieden kaum. Besonders mit der Rolle der Intelligenz in der Gesellschaft. Vor und nach der Revolution hat man bei uns die Intelligenz erniedrigt. Man hat ihr immer eingeredet, sie sei nur eine Schicht, dazu noch der dritten Sorte. Man hat immer einen Keil zwischen Arbeiter und Intelligenz, zwischen Intelligenz und Bauern getrieben. Selbst heute versuchte man, beim Kongreß der Volksdeputierten Arbeiter und Intelligenz gegeneinander auszuspielen.

Ich glaube, daß alle unsere Verluste, Fehlschläge, leeren Ladentische und dergleichen darin begründet sind, daß man die Intelligenz von der Leitung der Gesellschaft ferngehalten hat. Die Gesellschaft gab man in die Hände der Bürokraten, der schlimmsten Feinde der Intelligenz. Dem haben wir unsere furchtbare Rückständigkeit im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verdanken.

Sind Sie Pessimist oder Optimist?

Eher Optimist, weil mir nörgelnde und klagende Menschen auf den Geist gehen. Obwohl wir alle die Geschichte am eigenen Leib erfahren haben, wäre es dumm, aus der Literatur ein Beschwerdebuch zu machen.

Das Gespräch führte Wadim Panow

Wieder gab es eine Katastrophe, eine Explosion, die Hunderten von Menschen in zwei Zügen das Leben kostete. Die Kette der Unglücksfälle, die mit Tschernobyl begann, scheint nicht abreißen zu wollen. Und dabei sind diese Unglücksfälle alle durch Menschenhand verursacht worden. Selbst beim Erdbeben in Armenien war weniger die Naturkatastrophe am Tod vieler Menschen schuld, als vielmehr der Mangel an Zement in den kürzlich errichteten Neubauten. Jetzt, da ich diesen Beitrag schreibe, sind noch keine Einzelheiten bekannt, warum so viele Menschen sterben mußten. Wahrscheinlich aber war irgend jemand unaufmerksam oder inkompotent oder fürchtete sich, etwas nach „oben“ zu melden, oder jemand hat es gemeldet, aber man hat ihm geantwortet: „Beschwören Sie keine Panik herauf!“ Und da hat er abgewunken und sich gesagt: „Was soll's? Es geht auch so.“

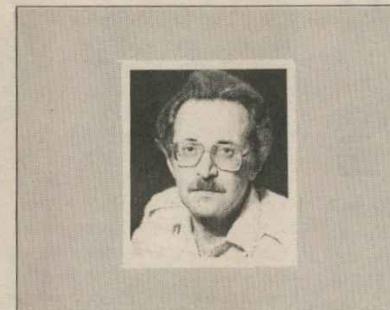
Überall bietet sich dasselbe Bild: mangelnde Kenntnis, organisatorische Unfähigkeit, Angst vor der Obrigkeit, die größer ist als die Angst vor einer möglichen Katastrophe, und eines der größten Übel unserer Zeit: Stümperei. Es geht auch so. Wozu sich also Mühe geben?

Stümperei ist ein Ausdruck tiefsten Zynismus, der deshalb so gefährlich ist, weil er sich nicht in philosophischen Ansichten niederschlägt, sondern in Handlungen, von denen öftmals das Leben von Menschen abhängt. Pfuscharbeit führt zur Degeneration der Persönlichkeit oder macht ihren Zerfall deutlich sichtbar. Wenn Ihnen jemand im Dienst sagt: „Macht nichts, es geht auch so“, dann betrachten Sie ihn voll Bedauern. Die Tage seines geistigen Lebens sind gezählt.

Die Stümperei breitet sich über das Land aus wie eine ansteckende Krankheit, eine Epidemie, vielleicht wie eine Pandemie. Da holt man ein Streichholz aus der Schachtel. Es ist schlecht bearbeitet, man kann sich leicht einen Splitter einziehen. Stümperei. Die Menschen hassen sie, verachten sie! Und wie sie die Stümperei verfluchen! Und wie sie sich an sie gewöhnt haben!

Eine stümpferhaft gearbeitete Sache ist ansteckend, sie führt zum allgemeinen Sinken der Moral. Es ist regelrecht gefährlich, so etwas in die Hand zu nehmen.

Umgekehrt gilt diese Regel ebenfalls. Gut gearbeitete Sachen, Ordnung und Verantwortungsbewußtsein heben den Lebenstonus. Einmal besuchte ich ein großes Kinder- und Jugend- und Erholungsheim am Schwarzen Meer, wo sich



Die Erziehung von Weichenstellern

Tausende von Kindern erholten. Dort, wo viele Kinder sind, dazu noch auf Zeit, ist gewöhnlich alles kaputt. Hier aber war es wie im Paradies: keine kaputte Fensterscheibe, keine schlecht schließende Tür, alles paßte und funktionierte. Ich fragte den damaligen Chefarzt Alexej Dubrowski, wie das zu erklären sei. Er antwortete: „Das sind doch Kinder! Wenn sie sehen, daß etwas ein bißchen kaputt ist, machen sie es völlig kaputt. Bei den Kindern ist das so: Ist etwas kaputtegegangen, muß es unverzüglich repariert werden. Dann machen sie nichts extra kaputt.“

Die Menschen sind keine Barbaren, Kinder auch nicht. Menschen, selbst Kinder, werden erst zu Barbaren, wenn rings alles kaputt ist, wenn sich das Gift der Stümperei in ihren Herzen wie eine schwer ausrottbare Mikrobe breitmacht.

Eigenartig, aber ich habe gerade an jenem Tag, ohne etwas von der Katastrophe gewußt zu haben, über die Möglichkeit von Eisenbahnunglücken nachgedacht. Als ich mit dem Vorortzug nach Hause fuhr, beobachtete ich lange die verschlungenen Schienenwege. Es waren viele, sie wurden immer weniger, bis dann nur noch eine Parallelstrecke übrigblieb, die plötzlich mit einem Prellbock endete. Da dachte ich, wenn ein Weichensteller plötzlich eine falsche Bewegung gemacht, etwas vergessen oder einfach gepfuscht hätte, wäre unser Zug mit maximaler Geschwindigkeit auf diesen Prellbock gerast.

Natürlich, die Weichen werden heute automatisch gestellt, da gibt es Verriegelungen und vieles mehr. Aber jede Automatik hat ihren eigenen Weichensteller. Tschernobyl hat es gezeigt. Auf jeden unfähigen Ingenieur, der diese Automatik projektiert hat, kommt ein Stüpper-Professor, der ihm das

Diplom ausgestellt hat.

Die ironische Feststellung „Der Weichensteller ist schuld“ stammt aus einer Zeit, da die Weichensteller die letzten Menschen in der Kette von Verantwortlichen für ein Unglück waren. Jetzt müssen wir umdenken. Ja, der Weichensteller ist schuld, aber wir sind alle Weichensteller! Überall sind Weichensteller, die unser Leben in der Hand haben. Jeder Schritt eines jeden Menschen bedeutet im Leben von heute den Tod oder die Rettung eines anderen Menschen. Ich habe immer das Gefühl, daß viele Menschen ihr Leben verloren haben, weil ich etwas nicht oder nicht richtig geschrieben, weil ich etwas nicht veröffentlicht habe. Dieses Gefühl der Mitschuld läßt mich keinen Augenblick los, und ich muß damit leben.

Laßt uns also gute Weichensteller erziehen, Menschen mit der Psychologie von Weichenstellern, Menschen also, die wissen, daß sie nicht die ersten und nicht die letzten sind, aber daß von ihnen das Leben anderer abhängt. Der Existentialismus lehrt, daß der Mensch mit jeder Handlung die Wahl zu seinen Gunsten trifft. Aber diese Philosophie stammt aus dem vorigen Jahrhundert. Wir leben in der Gegenwart, wo jeder in jeder Minute seine Wahl nicht nur für sich trifft, sondern auch für andere, ob sie leben können oder im Bruchteil eines Augenblicks in Rauch und Feuer aufgehen.

Müde von diesen Zeilen, sie hassend für ihre Nutzlosigkeit, denn sie können keinem mehr helfen, legte ich die beschriebenen Blätter beiseite und ging hinaus. Der kleine Nachbarsjunge spielte allein unter einem Fliederbusch. Ich kenne ihn. Wenn man ihn nach dem Namen fragt, antwortet er mit heller Stimme: „Ich heiße Sascha Lukaschow und bin vier Jahre alt.“ „Grüß dich!“ sagte ich heute zu ihm. „Grüß dich!“ bekam ich zur Antwort. „Ich jage Schmetterlinge, aber sie lassen sich nicht fangen.“

Ich hatte einen Kloß im Hals. Unter den Toten waren viele Kinder, die in den Süden fuhren, um dort zu baden und sich zu sonnen. Vor der Abreise hatten ihre Muttis alle Sachen gezeichnet. Wo sind sie jetzt, diese „Fänger im Roggen“, die kleinen Schmetterlingsjäger? Sie haben sich in Schmetterlinge verwandelt. Man kann sie nicht fangen, nicht zurückbringen.

Verflucht soll sie sein, die Stümperei in mir und in jedem von uns. Dreimal verflucht seien die Erzieher von Stümpfern.

Simon Solowejtschik

Personalien



Heute, da die Gesellschaft einen seelischen Halt sucht und wieder über Probleme der Moral nachdenkt, wendet sie sich wieder dem geistigen Kapital zu, das uns die Dekabristen als Erbe anvertraut haben, meint Professor **Wladimir Fjodorow**, Vorsitzender des kürzlich beim Dekabristenmuseum gegründeten gesellschaftlichen Beirates. Dem Rat gehören 30 Personen an, darunter Wissenschaftler, Schriftsteller und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Die Dekabristen sind für die junge Generation von heute nicht nur wegen ihrer staatsbürglichen, sondern auch wegen der moralischen Größe ihrer Tat von Interesse. Die Organisation hat sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeit der vielen Dekabristenmuseen und -gesellschaften zu koordinieren. Der Beirat arbeitet an der Veröffentlichung von Dokumenten. In den Archiven lagern immer noch neun Zehntel dieser wertvollen Zeugnisse der Epoche. Eine große Hilfe sind uns die Enthusiasten, darunter Nachfahren der Dekabristen, auch solche, die im Ausland leben. Schon zweimal in den letzten Jahren konnten wir Nachkommen Pustschins bei uns begrüßen.

1990 werden wir den 165. Jahrestag des Dekabristenaufstands feiern. „Die Geschichte der Dekabristenbewegung beschränkt sich nicht auf das Jahr 1825“,

sagte Wladimir Fjodorow. „Die Dekabristen übten einen gewaltigen Einfluß auf die nationale Befreiungsbewegung der Polen, Griechen und vieler slawischer Völker aus. Ihnen kam die Idee einer Föderation slawischer Republiken. Das Thema Dekabismus ist unerschöpflich.“

Professor Fjodorow hat 30 Jahre seines Lebens der Geschichte der ersten russischen Revolutionäre gewidmet. Sein letztes Buch „Auf unser Schicksal sind wir stolz“ hat die gerichtliche Untersuchung und den Prozeß gegen die Dekabristen zum Inhalt. „Das war seinem Wesen nach der erste großangelegte politische Prozeß in Rußland“, sagte der Historiker.



beim Film „Mephisto“ war von überwältigendem Erfolg gekrönt. Brandauer schien Szabos glücklicher Talisman zu sein, jedenfalls besetzte er die Hauptrollen in seinen beiden nächsten Streifen ebenfalls mit diesem talentierten Schauspieler. Alle drei Filme wurden zu bedeutenden Ereignissen in der europäischen Lichtspielkunst: „Mephisto“, „Oberst Redl“ und „Hanussen“. Istvan Szabo sieht sie als Trilogie an, denn das durchgehende Thema ist die historische Tragödie Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Der Film „Hanussen“ ist in der UdSSR noch nicht angelaufen. Im Mittelpunkt steht eine historisch reale Gestalt. Brandauer spielt den deutschen Schauspieler Klaus Steinschneider, der den Künstlernamen Hanussen führte. Ebenso wie in den früheren Filmen benutzt Regisseur und Akteur die historische Vorlage als Vorwand für eine schöpferische Aufbereitung der Epoche, ohne dabei nach historiographischer Präzision zu streben.

In den 30er Jahren genoß Hanussen in Deutschland den Ruhm eines Hellschers. Er sagte Hitlers Machtergreifung voraus, aber auch den Reichstagsbrand, der als Provokation zur Rechtfertigung des Terrors im Land diente. Zunächst erfreute sich Hanussen großen Zuspruchs seitens der Nazis, dann aber fiel er in Ungnade. Zwei Wochen nach Hitlers Machtantritt

Talente fördern



Jeder, der den Neuerer Pädagogen **Igor Wolkow** bei einem Vortrag erlebt hat, wird sich an seine leidenschaftlichen Worte erinnern, in jeder Schule gäbe es Repins und Mozarts, Lermontows und Einstiens. Diese Überzeugung hat sich im Herzen eines Menschen herausgebildet, der 37 Jahre seines Lebens der Schule

gewidmet hat. Igor Wolkow ist der Ansicht, es komme darauf an, das Kreative, das in jedem Kind steckt, zu wecken und voll zur Entfaltung zu bringen. Es ist sehr wichtig, „das kindliche Talent nicht zu verpassen oder zu verlieren“.

„Alle Kinder haben Talent“, behauptet der Lehrer. „Die Schule muß jedem dabei helfen, seine Fähigkeiten zu erkennen.“ Der Pädagoge lehnt eine routinierte, theoretisierende Schule ab, in der Stundengeber die Vorrherrschaft haben und die sich nicht an der Kreativität der Lernenden orientiert. Er ist ein aktiver Vorkämpfer für eine neue Schule, die sich aus bürokratischen Fesseln und grauer Einheitskluft befreit hat.

Seine ersten pädagogischen Schritte unternahm er mit elf Jahren, als er einen Zirkel gründete, in dem er anderen Kindern zeigte, wie man mit dem Pinsel umgeht, Modelle konstruiert, unterirdische Gänge baut und sich Spiele ausdenkt. Er arbeitete

als Elektromonteur in einem Architektenatelier, studierte an einer Eisenbahn-Fachschule, an einer Kunstfachschule und später als Fernstudent an einem pädagogischen Institut. Er spielte in einem Blasorchester, war Gewichthebermeister von Moskau und engagierter Hobbyfilmer. (Von seinen neun Streifen wurden drei prämiert.) Das alles kam ihm bei seiner Arbeit mit den Kindern zugute.

Die berühmten „Schöpferstunden“ des 62jährigen Igor Wolkow, in denen sich die Effektivität des Lernprozesses um ein Vielfaches erhöht, vermitteln den Schülern nicht nur neue Kenntnisse, sondern lassen sie aktiv an der schöpferischen Tätigkeit teilnehmen und helfen ihnen, ihren zukünftigen Beruf bewußt auszuwählen.

Der Verdiente Lehrer der RSFSR Dr. paed. Igor Wolkow gehört zu den Schöpfern der modernen kooperativen Pädagogik.

A. Kun

fand man seine Leiche in einem Wald bei Berlin.

Brandauer hatte seinen Regisseur nicht enttäuscht, weder als Schauspieler noch als „Talisman“. Die amerikanische Akademie für Filmkunst bezeichnete „Hanussen“ als besten ausländischen Streifen des Jahres 1988.



Als der amerikanische Schriftsteller **Richard Condon** von der Schule abging, hatte er so schlechte Noten vorzuweisen, daß von einem Studium am College keine Rede sein konnte. Als wollte er sich über seine Lehrer lustig machen, demonstrierte Condon allen seine Fähigkeiten, nicht nur auf literarischem Gebiet, sondern auch in der Technik: Er gehörte zu den ersten Schriftstellern, die den Computer zu beherrschenden lernten.

Condon wurde 1915 geboren, arbeitete als Liftboy, Nachtpörtier, Kellner auf einem Ausflugsdampfer und später als Werbefachmann bei verschiedenen Filmgesellschaften. In Hollywood holte er sich ein Magengeschwür und mußte seine Arbeit aufgeben. Da begann Condon mit dem Schreiben. Im Laufe von 30 Jahren schrieb er eine Serie gesellschaftskritischer Romane über Machtmissbrauch, wobei er die amerikanische politische Landschaft unter die Lupe nahm. Besonders erfolgreich war sein Roman „Der Winter tötet“ (1974), eine Variation zum Thema Kennedy-Mord.

Richard Condon schrieb daneben noch eine Trilogie über die Mafia, die einige im Vergleich zu „Der Pate“

von Mario Puzo für eine spannendere Lektüre halten. Sein bekanntestes Buch aber ist und bleibt der Roman „Der Mandschurische Kandidat“ (1959). Darin geht es um einen amerikanischen Soldaten, der während des Koreakrieges in chinesische Gefangenschaft gerät. Nach einer „Gehimwäsche“ verwandelt er sich in einen gehorsamen Roboter, der seinen Stiefvater ermordet, einen antikommunistisch eingestellten Politiker, der viele Ähnlichkeiten mit Senator McCarthy aufweist. „Der Mandschurische Kandidat“ hatte auch deshalb Erfolg, weil er eine Antwort auf die Frage gab, die damals viele Amerikaner beunruhigte: Warum verdammen über Korea abgeschossene US-Piloten so schnell die „Verbrechen des amerikanischen Imperialismus“? Man hatte die Nordkoreaner und Chinesen in Verdacht, daß sie Kriegsgefangene mit speziellen Präparaten und Hypnose behandelten. Diese Geschichte hat offensichtlich das Interesse aller Geheimdienste der Welt an der Suche nach pharmazeutischen Mitteln zur Beeinflussung der menschlichen Psyche stimuliert.



Sollte jemals ein Wettbewerb „Mrs. Welfare“ ausgetragen werden, würde ihn **Julia Morley** aus Großbritannien unbedingt gewinnen. Erstens ist sie für ihr Alter eine bezaubernde Frau, und zweitens ist Julia Vizepräsidentin des Variety Club, einer Organisation, der einflußreiche Politiker, Geschäftsleute und ein-



Der Pianist des Jahres

Die italienische Musikakademie der Stadt Siena verlieh dem 33jährigen sowjetischen Musiker **Andrej Gawrilow** den Titel „Bester Pianist des Jahres“. Die feierliche Verleihung dieses begehrten Interpretenpreises wurde auf den 25. August angesetzt.

Mit 18 Jahren gewann Andrej Gawrilow den Tschaikowski-Wettbewerb. Im gleichen Jahr 1974 vertrat er bei den Salzburger Festspielen erfolgreich den erkrankten Swjatoslaw Richter. Angefordert wurde er per Telegramm von der damaligen Kulturministerin Furzawa.

1979 ließ man Gawrilow nicht zu seinem Debüt mit den Berliner Philharmonikern ausreisen, die damals von Herbert von Karajan geleitet wurden. Der Maestro erfuhr zudem erst einige Stunden vor dem angekündigten Konzert davon. Das war ein Skandal! Von Karajan sprach nicht mit erzürnten Worten, die er den sowjetischen Beamten widmete. Für Andrej Gawrilow begann ein fünfjähriger Kampf gegen die Kulturbürokraten, die den Musiker für irgendwelche irrealen Sünden mit einem Ausreiseverbot belegt hatten.

1984 gelang es ihm, zusammen mit seiner Frau zu einem Gastspiel nach London zu fahren. 1985 wandte er sich in einem Brief an Michail Gorbatschow mit der Bitte, ihm einen Aufenthalt von zwei weiteren Jahren im Ausland zu genehmigen. Dem Antrag wurde stattgegeben. Bald darauf glänzte der Musiker mit seinem Chopin-Programm in der Carnegie Hall.

1987 wandte er sich erneut an das sowjetische Staatsoberhaupt und bekam wiederum eine positive Antwort. Es ging hierbei um die Schaffung einer von GOSKONZERT unabhängigen Agentur, die die Interessen des Musikers vertritt und das Recht hat, selbst Verträge zu unterzeichnen. Heute gehören zu Gawrilows Mannschaft ein Manager, eine Sekretärin und ein Chauffeur. Alljährlich führt die Agentur 140 000 Dollar an sowjetische Finanzorgane ab.

„Es geht dabei nicht nur ums Geld“, sagte Andrej Gawrilow. „Das Wichtigste ist, seine Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort zu sein, wo das gerade nötig ist. Das ist aber eine unverzichtbare Bedingung für die professionelle Selbstvervollkommenung.“

fach nur wohlhabende Bürger angehören, die ihr Geld für Wohltätigkeitszwecke und die Hilfe für arme und kranke Kinder spenden. Mitglieder dieses Klubs waren zu verschiedenen Zeiten u. a. Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und John F. Kennedy.

Außerdem gehört Julia Morley zu den Organisatoren der Show „Miss World“.

„Wir wollen über allen Kindern der Welt den Schirm unserer Sorge spannen“, sagte Julia Morley. „Diesem Ziel ist

die gesamte Tätigkeit unseres Klubs untergeordnet. Die Wettbewerbe „Miss World“ sind eine herrliche Möglichkeit, große Summen zusammenzubringen, um kranken Kindern effektiv zu helfen. In den 25 Jahren, da es diese Show gibt, konnten ca. 50 Millionen Dollar für Wohltätigkeitszwecke überwiesen werden.“ Das bedeutet qualifizierte ärztliche Hilfe für Tausende von kranken Kindern in den besten Kliniken der Welt.

Julia Morley war das

erste Mal in der UdSSR. Sie besuchte die Internatsschule Nr. 17, wo zerebral gelähmte Kinder unterrichtet werden. Einige von ihnen, die schwersten Fälle, will sie zur Behandlung mit nach Westeuropa nehmen.

Die Reise der berühmten Britin war möglich geworden dank der Einladung von Dr. Mansour, des Präsidenten der britischen Firma AFARCO, die zu den Sponsoren des Schönheitswettbewerbs „Miss USSR“ gehört.

„Die Erste“ soll nicht die letzte sein

Eine Genossenschaft unterstützt nichtkommerzielle Ausstellungen

Bis jetzt gab es in Moskau nur die Tretjakow-Galerie. Nun hat eine weitere ihre Tore geöffnet: „Die Erste“. Und sie ist tatsächlich der erste Ausstellungssaal für moderne Kunst auf kommerzieller Basis. Die Galerie ist Teil der universellen Genossenschaft „Strastnoj 7“, zu der außerdem ein Bistro auf der Tscheschow-Straße und ein Devisen-Restaurant auf dem Strastnoj-Boulevard, gleich neben der Galerie, gehört. Vorsitzender der Genossenschaft ist Dr. oec. Michail Kruk. Ajdan Salachowa, Jewgeni Mitta und Alexander Jakut, drei junge Moskauer Maler, die Gestalter der Ausstellung, sind Mitglieder der Genossenschaft.

Die Einrichtung der Galerie war nach der Auktion von Sotheby's in Moskau möglich geworden, die gezeigt hat, daß sowjetische moderne Kunst so gut wie konvertierbare Währung ist. Die Preise, 5000 bis 10 000 Dollar pro Bild, haben einen wahren Umschwung im ästhetischen Bewußtsein der Sowjetbürger bewirkt.

Jewgeni Mitta: „Lange Zeit war der Verkauf von ‚Dissidentenbildern‘ von Geheimnissen umwoben, und man schämte sich sogar deswegen. Die erzielten Preise erwiesen sich als mächtiges Argument für die sich verspätende Anerkennung der alternativen Kunst. Sotheby's hat sie auf unserem Binnenmarkt eingeführt.“

Zuerst tauchten viele Genossenschaften auf, die Bilder gegen Computer tauschten. Ausreisende Bürger verwandten ihr Kapital in Werke der Malerei. In beiden Fällen erfüllt das Bild die Funktion einer sperrigen Kreditkarte, nicht mehr. Die Galerie führt in diesen Mechanismus grundlegende Änderungen ein.

Die Organisatoren der Galerie handeln ebenfalls mit Bildern und nutzen die gegenwärtige Konjunkturlage. Dabei geben sie den Bildern ihren Status als Kunstwerk wieder. In der Galerie bekommt man ein Bild erst zu sehen, bevor es sich in das Eigentum eines Käufers verwandelt. Mit Ausstellungen machen sich Künstler, manchmal ganze Richtungen, einen Namen. Die Geschichte der modernen Kunst im Westen, so wie wir sie kennen, ist sehr von Galerien beeinflußt worden. Nehmen wir allein die Tatsache, daß die Ausstellung eines Bildes automatisch den „Wert“ eines Malers anhebt. Hier steht hinter den gepfefferten Preisen nicht eine farbige Leinwand, sondern der Name des Künstlers, sein Image. Das, was heute in der Galerie einer Aprobation unterzogen

wird, kann morgen schon einen Platz in den Museen unter den „unbezahlbaren“ Nationalsschätzen einnehmen.

Jewgeni Mitta: „Alle künstlerischen Arbeiten, die in Moskau gefertigt werden, kommen rhythmisch auf den Markt und werden hundertprozentig realisiert. Warum? Weil gegenwärtig in der UdSSR nicht ausreichend qualitätsgerechte Waren erzeugt werden. Die Malerei dagegen gehört zu den wenigen Waren, die Welt niveau haben.“

Die Aufgabe der Galerie besteht darin, heute schon für strittige ästhetische Werte ein unbestreitbares Geldäquivalent zu finden. Die Verbindung von Expertise und Kommerz ist ebenfalls eine Lehre von Sotheby's. Die Auktion hat bewiesen, daß die Leute, die mit Kunst handeln, in wissenschaftlicher Hinsicht nicht schlechter, sondern viel besser ausgerüstet sind als verschiedene Museen und Forschungsinstitute, weil ein Fehler der Expertise einem Kunsthändler teuer zu stehen kommen kann. Die Auktion hat erstmals gezeigt, welche Werte doch in unserer „illegalen Kunst“ stecken.

Von den sechs Teilnehmern der ersten Ausstellung in „Der Ersten“ hatten zwei, Ilja Kabakov und Iwan Tschujkow, an der Versteigerung von Sotheby's teilgenommen. Die vier anderen, Erik Bulatow, Eduard Gorochowski, Semjon Faibisowitsch und Oleg Wassiljew, sind für westliche Experten auch keine Unbekannten. In letzter Zeit haben Bulatow im Centre Georges Pompidou in Paris, Wassiljew,

Gorochowski und Faibisowitsch in der Galerie Phyllis Kind in New York, Kabakov in der Galerie de France in Paris und Tschujkow in Münster und Köln ausgestellt. In Moskau hatten sie dazu praktisch keine Gelegenheit.

Alle sechs sind Klassiker der sowjetischen alternativen Malerei. Einen Namen haben sie sich in westlichen Galerien gemacht. Nun haben sie erstmals die Möglichkeit, ihre Bilder in der Heimat öffentlich zu zeigen.

Ajdan Salachowa: „Jetzt sieht es so aus, daß die Maler weniger daran interessiert sind zu verkaufen. Sie wollen ausstellen. Im Ausland sind sie schon lange bekannt, hier dagegen noch nicht.“

Die Moskauer Galerie orientiert sich auf die kommerzielle Welt, auf die Profis. Im Unterschied zu Ausstellungen der Avantgardisten in verschiedenen Klubs fehlt in der Galerie der politische Akzent. Das ist ein wichtiges Verdienst der Galerie. Sie hat die Probleme der alternativen Malerei, die bis vor kurzem ein illegales Dasein fristete, vom politischen Beigeschmack befreit und auf ein kommerzielles Niveau gehoben. Schon der Titel der Ausstellung „Fotografie in der Malerei“ ist ausschließlich auf ästhetische Kategorien orientiert und hat die Frage nach der politischen Überzeugung der Maler von der Tagesordnung abgesetzt.



In einem Saal der „Ersten Galerie“



Wir sind keine Genossenschaftler, wir sind Künstler

In Fragen der Kunst ist das kommerzielle Herangehen dem ideologischen vorzuziehen, da die Ideologie kommerziell schwache und starke Werke einander gleichsetzt. Nun stehen sie sich gegenüber, wodurch eine kommerzielle Konkurrenz geschaffen wurde.

Es ist interessant, daß es Maler waren, die in Moskau erstmals eine Galerie eröffneten, zudem noch recht junge aus der Generation der „legalen“ Avantgardisten. Sie haben im vergangenen Jahr die Kunsthochschule absolviert und bereits an öffentlichen Ausstellungen der nonkonformistischen Kunst teilgenommen. Sie kennen keine Verfolgung und haben sich dadurch einen rein professionellen Blick bewahrt, ohne durch soziale Erfahrungen vorbelastet zu sein.

Mit der ersten Ausstellung zollen sie den inoffiziellen Autoritäten Tribut, die in ihrem Land keine Anerkennung gefunden

haben. Gleichzeitig erheben sie damit Anspruch auf ein internationales Niveau in der modernen Malerei. Diese beiden Positionen werden für die künftige Tätigkeit der Galerie bestimmt sein. Die nächsten Ausstellungspläne allerdings stehen im Zusammenhang mit dem Schaffen junger Künstler, die sich erst noch einen Namen machen müssen.

Das ist eigentlich eine Milchmädchenrechnung: Zuerst macht sich die Galerie einen Namen durch Ausstellungen bekannter Meister, dann können sich unbekannte Maler durch die Ausstellung ihrer Bilder in der Galerie einen Namen machen. Deshalb war die erste Ausstellung eine Werbung: Die ausgestellten Bilder standen nicht zum Verkauf.

Alexander Jakut: „Ich persönlich würde für die Elite arbeiten, für Museen und Sammler. Das wäre eine saubere Arbeit, aber so sauber geht es leider nicht. Jene, die gegenwärtig von Maler zu Maler marschieren, sind Leute, die zu Geld gekommen sind. Wir möchten keinesfalls, daß man unsere Galerie mit dem Begriff der kommerziellen Kunst in Beziehung setzt.“

Die Organisation der Ausstellung hat ohne Miete für die Räumlichkeiten und Renovierungsausgaben fast 20 000 Rubel gekostet, von denen 12 000 für Plakate und Kataloge verwendet wurden.

In diesem Fall traten die Genossenschaft „Strastnoj 7“ und die Firma Intourservice gemeinsam als Sponsoren dieser nichtkommerziellen Ausstellung in Erscheinung. Die Vorteile des Galerie-Kunsthandels traten allerdings sofort in Erscheinung: Graphiken, die von den Ausstellungsteilnehmern zum Kauf angeboten wurden, erzielten einen durchschnittlichen Preis von 1200 Rubel pro Blatt, das Doppelte bis Dreifache des Atelierabgabepreises.

Künftig wird die Galerie monatlich mindestens 11 000 Rubel in die Genossen-

schaftskasse einzahlen, die durch den Verkauf von Kunstwerken verdient werden sollen. Das deckt gerade die Organisationskosten ab. Obwohl „Die Erste“ als Teil einer Genossenschaft gegründet wurde, kann man sie strenggenommen nicht als kommerziell bezeichnen.

Jewgeni Mitta: „Es gibt keinerlei Garantien dafür, daß die Galerie mit Gewinn arbeiten wird. Wir sind eigentlich für die finanzielle Seite auch nicht verantwortlich. Damit befaßt sich der Genossenschaftsvorsitzende. Nicht jeder Wirtschafter würde dieses Risiko eingehen, für ihn jedoch ist es interessant.“

Die Galerie war primär nicht auf die Marktkonjunktur ausgerichtet, sondern auf die Unterstützung einer bestimmten Kunstrichtung, die gar nicht so kommerziell ist, was in nächster Zeit offensichtlich werden soll.

Da haben wir eine paradoxe Situation: Die erste Galerie der alternativen Kunst ist in Moskau auf kommerzieller Basis entstanden, sonst wäre sie wohl kaum zustande gekommen. Wäre sie aber in Moskau nicht die einzige, gäbe es in Moskau wenigstens zehn von dieser Art, würde „Die Erste“ sehr bald den nichtkommerziellen zugerechnet werden müssen, sowohl was die Kunstrichtung angeht, auf die sie orientiert, als auch auf die Einkünfte bezogen.

Alexander Jakut: „Wenn man mit Genossenschaftlern spricht, fragen sie gleich: „Wie willst du denn dein Geld verdienen, wenn du nichtkommerzielle Ausstellungen veranstaltst?“ Sie können nicht verstehen, daß sich drei Künstler damit beschäftigen. Hier sitzen drei Künstler, keine Genossenschaftler.“

Bevor man aber auf kommerzielle und nichtkommerzielle Kunst zu sprechen kommt, muß die kommerzielle Seite wenigstens in Gang gekommen sein. Nun ist sie es, der Wagen rollt. Jetzt werden wir sehen, was daraus wird.

Jelena Piwowarowa

Immer dabei...

Das sind unsere Reporter und Korrespondenten, wenn irgendwo auf der Welt etwas passiert. Gründliche Recherchen, ernsthafte Analysen, kritische Berichte finden unsere Leser dann in der politischen Wochenzeitschrift

„NEUE ZEIT“.

Außerdem fundierte Informationen über Glasnost, Perestroika, Demokratisierung in der Sowjetunion. Wir beziehen Standpunkte in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Unsere Zeitschrift auch für Sie!

... mit „NEUE ZEIT“.

NEUE
ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „Neue Zeit“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die „Neue Zeit“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belge – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles.

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Xantener Str. 7
Postfach 10 15 55
4040 Neuss 13
Lange & Springer GmbH & Co. KG
Postfach 10 16 10
5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH
Postfach 34 01 08
8000 München 34

DÄNEMARK (150 dkr.)

- „Sputnik“ International
Vester Voldgade 11
1552 Copenhagen K
„Akademisk Boghandel“
Universitetsparken, 8000 Aarhus C

DDR – alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Boekhandel
Leidsestraat 25
1017NT Amsterdam
- Swets Subscription Service
347b. Heerweg
Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska kniga“, 11 000 Beograd, Trg. Republike, POB 36
- Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“, Export-Import
41 000 Zagreb, Ilica, 30

— „Drzavna Zalozba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25. P. O. B. 50-1.

— „Veselin Maslesa“ OOUR Jzvoz-Uvoz Ulica Jna 42

71 000 Sarajevo, SFRY

— Knigoizdatelstvo
Makedonska Kniga
Otdeljenje za Stranska literatura
Ulica Tiranska b.b.
91 000 Skopje, SFRY

POLEN – Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherclubs.

SCHWEIZ (40 SF)

- Cobram, CP 117
CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft
Froschauagasse 7
Postfach
8025 Zürich 1.

TSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6.
Bratislava

UNGARN – alle Postämter

USA (23.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852

WESTBERLIN (58 DM)

- „das europäische buch“
Thielallee 34,
1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer,
Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Fr. / Fa. / Buchhdg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

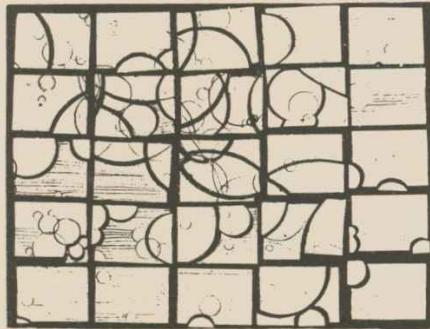
BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum

Bitte Entsprechendes ankreuzen Unterschrift

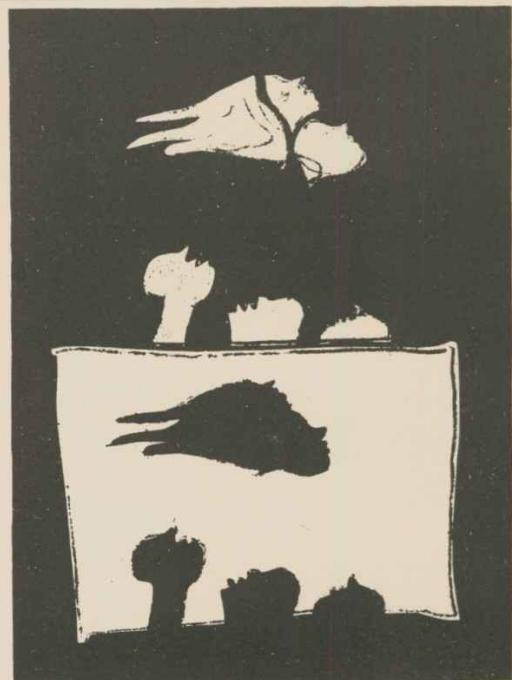


„Möbelstücke“
(Aus dem Zyklus
„Papier-
spielzeug“, 1983)



„Relation“
(1983)

„Kosmisches“
(1980/81)



„Verliebte“
(Aus dem Zyklus
„Papier-
spielzeug“,
1970–1983)

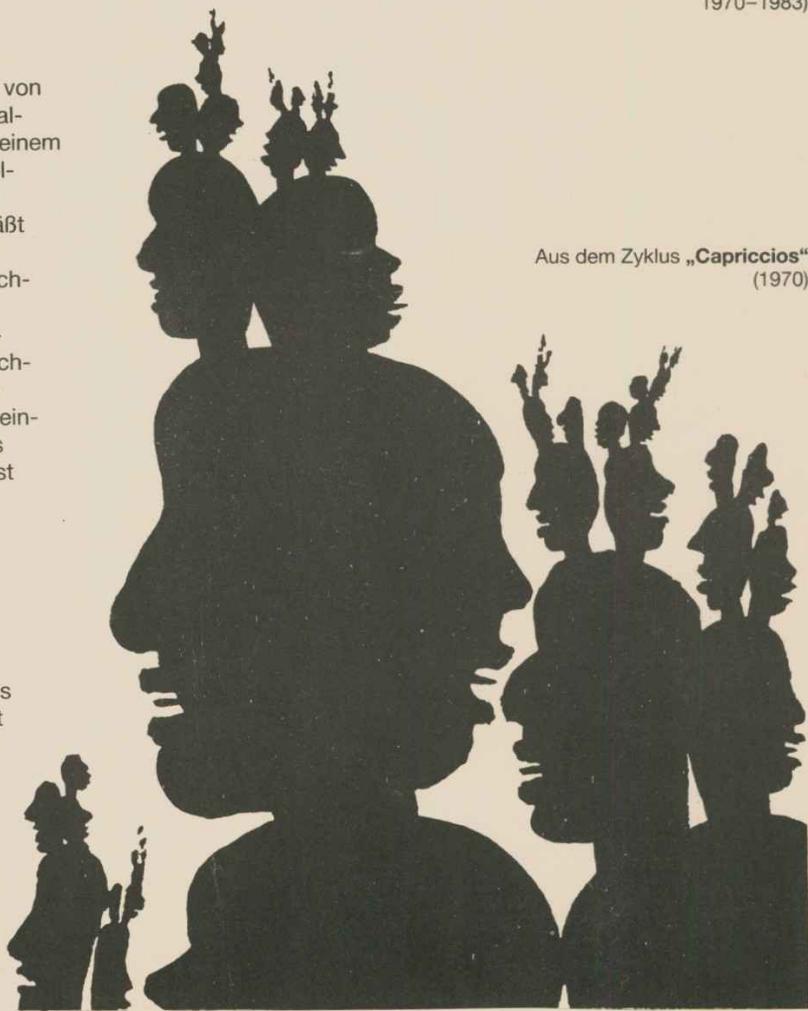


„Selbstbildnis“

Das Werk von Geno Malkowski, einem rätselhaften polnischen Maler und Grafiker, lässt sich weder in bestehende Richtung noch in vorläufig nicht-bestehende Richtungen der bildenden Kunst einordnen. Dieses Werk ist zutiefst

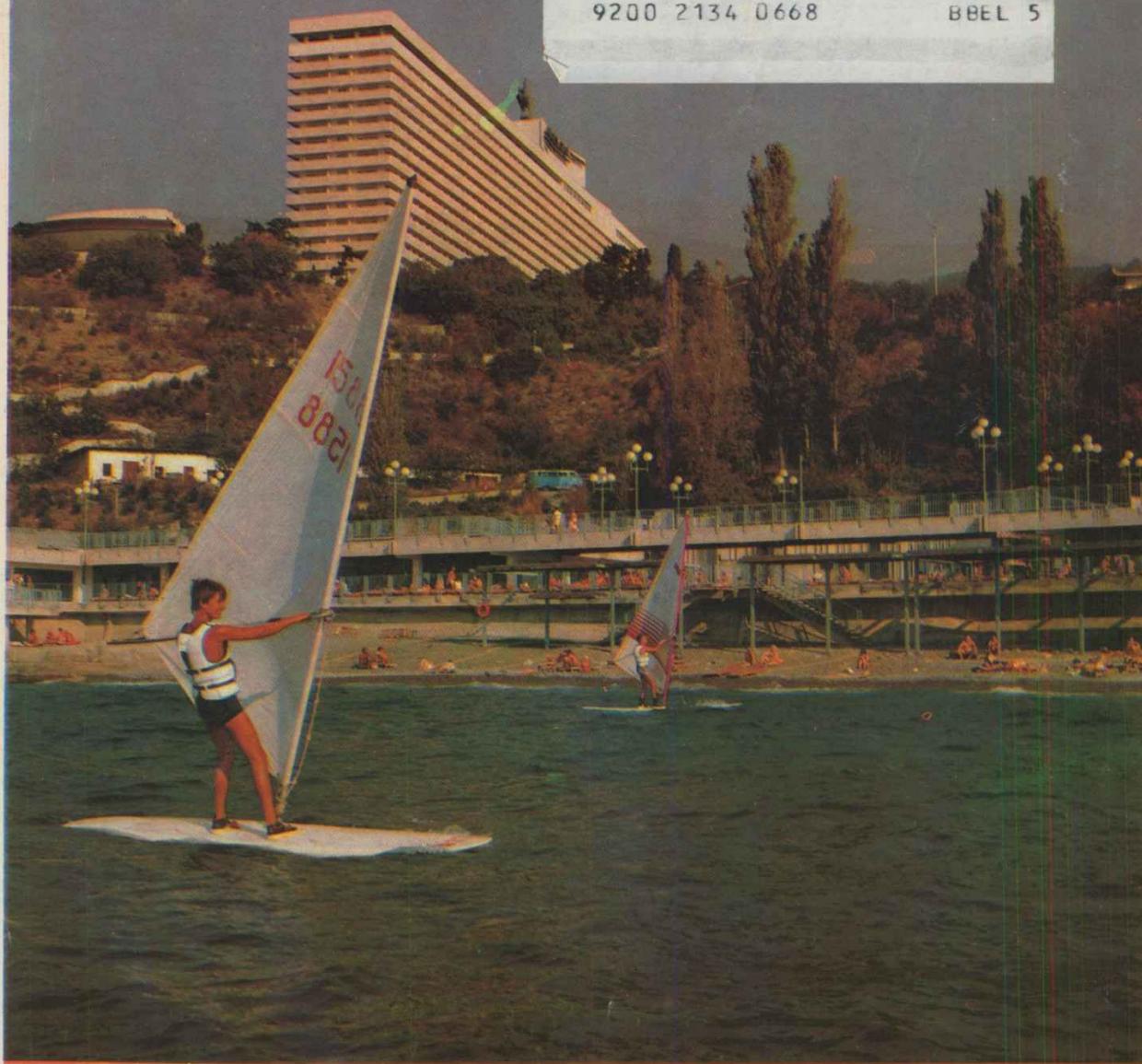
individuell und setzt beim Zuschauer ein gewisses Quantum an Wissensgier und Mitdenken voraus.

Malkowski ist ein sanftmütiger und kontaktfreudiger Mensch. Er bekennt sich jedoch konsequent, ebenso wie die Angehörigen der Gruppe „Swiat“, die verschiedene Künstler Polens vereinigt, zu der Idee der Unabhängigkeit des Künstlers von Kommerz und Politik.



Aus dem Zyklus „Capriccios“
(1970)

14159 25 132 361 275
BA FDJ CLUB
9200 2134 0668 BBEL 5



Mit der Aeroflot zur Kur auf die Krim und in den Kaukasus

Sie freuen sich schon auf Ihren wohlverdienten Urlaub?

Wann verbringen Sie ihn endlich am Schwarzen Meer, in einem der weltbekannten Kurorte der Sowjetunion? Über 200 Sonnentage im Jahr... Einladende Badestrände, Badesaison von Mai bis November, Wassertemperatur zwischen +24 und +26 Grad... Malerische Berglandschaften, üppige subtropische Vegetation...

Gesundheitsfördernde Mineralwasserquellen...

Komfortable Hotels, Gasthäuser, Pensionen, Sanatorien... Ihr Abzug in Sonne, Meer und Berge ist am schnellsten und bequemsten, wenn Sie den Service der Aeroflot in Anspruch nehmen.



Ausführliche Informationen erhalten Sie
bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land